

Nr. 3/2002

Juli - September 2002

CUBA LIBRE

€ 3,10



Thema:

Cuba

**Terror gegen die
»unzivilisierte« Welt**



Liebe LeserInnen, liebe CubafreundInnen,

Die Themen „Terrorismus“, „Kampf gegen den Terror“, etc. sind seit dem 11. September des letzten Jahres aus den Tagesschlagzeilen aller Medien nicht mehr weg zu denken.

Wenn für die hier vorliegende Ausgabe der Cuba Libre diese Problematik nun sogar als Hauptthema für ein ganzes Heft gewählt wurde, so geschah dies sicher nicht, um dem allgemeinen Mainstream zu folgen. Im Gegenteil.

Manche/r wird sich nun fragen: Was hat denn Cuba zu tun mit den Anschlägen auf ein World Trade Center und dem im Gegenschlag entfesselten Krieg gegen Afghanistan?

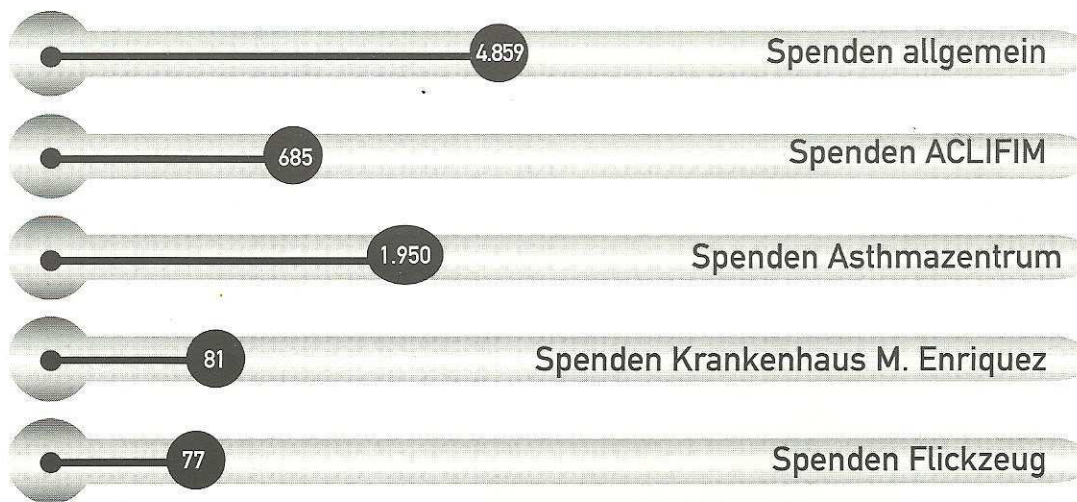
Nun, die bitteren Erfahrungen, die Cuba seit dem Sieg seiner Revolution mit organisiertem Terrorismus machen mußte, die zahlreichen Toten und Verletzten, die immensen Schäden an cubanischem Eigentum und für die cubanische Wirtschaft, die möchten wir in diesem Heft nicht nur ein weiteres Mal ins Bewusstsein unserer LeserInnen rufen. Viel wichtiger erschien es uns, die Verknüpfungen aufzuzeigen, Zusammenhänge, die uns vielleicht schaudern lassen, die uns aber vor allem eines ganz deutlich vor Augen führen:

Wir dürfen in der Solidarität mit Cuba nicht nachlassen!

Für die Redaktion Marianne Schweinesbein

Spendenbarometer Stand 31.05.2002

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.: Postgiroamt Köln: KtoNr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



Sonderprojekt Hurrican 1.965

alle Beträge in Euro

Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig

Bei Umzug: Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtauslieferung zurückzusenden.

Impressum:

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Zülpicher Straße 7, 50674 Köln
Tel./FAX: 0221 / 24 05 120, E-MAIL: info@fgbrdkuba.de - www.fgbrdkuba.de

Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.: 120 299 990 0

Spendenkonto: Postgiro Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion: Uli Fausten, Oliver Hübner, Henning Mächerle, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein, Manfred Sill. **V.i.S.d.P.:** Marianne Schweinesbein

Druck: CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg.

Titelgestaltung und MacPublishing: Plärrer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg.

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: Inland: 10,50 €; Ausland: 16,00 €; Einzelheft: 3,10 € + Porto
Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **ISBN:** 0178-2460

inhalt

thema:

terror gegen die »unzivilisierte« Welt

Terror ist teilbar	3
Bacardi	8
Die Northwoods Dokumente	9
Die Intellektuellen und der Krieg	12
Otto Reich	17
Jack The Ripper auf dem Chirurgenkongress.....	19

o-ton

Fidel Castro in Monterrey, Mexico	21
PCC: An die befreundeten Organisationen	21
Felipe Pérez Roque an UN-Menschenrechtskom.	22
Gesetzesinitiative zur Verfassungsänderung	24

Die Maschine, Eduardo Galeano	25
J. Carter zu Besuch auf Cuba	27
US-Regierung in der Hand von Terroristen?	27
Bundesreg. legt Bericht z. Menschenrechtspolitik vor..	28

trikont: lateinamerika

Arbeitskämpfe und Repression in Argentinien	30
---	----

solidarität

Post aus den „Eingeweiden des Monsters“	30
Aktivist der Friedensbewegung freigesprochen	32
Globalisierte Kleiderproduktion heute.....	33
Netzwerk Cuba: Bundestreffen der Cuba Solidarität....	34
Soli Cuba: Momente einer cub. Delegation	36

aus der fg

Bundesdelegiertenkonferenz 2002	36
Beclomethason: das Ende und ein neuer Anfang	38

kultur

Cubanische Nacht in Würzburg	38
Termine	38
Fiesta Cubana in Köln	39
Cubanisches Wochenende in Stuttgart	39
Havanna ist eine ziemlich große Stadt, Rezension ..	39

leserbriefe	40
-------------------	----

100 fragen + antworten	41
------------------------------	----

cuba kurz.....	42
----------------	----

thema: terror gegen die »unzivilisierte« welt

Terror ist teilbar

Um ein Haar hätte ich dem Artikel die Überschrift „Terror ist unteilbar“ gegeben. Doch das hätte zu sehr nach ökumenischem Kirchentag geklungen: gut gemeint, aber ein reines Postulat (und ein weltfremdes dazu). Als Schlagzeile einer realistischen Bestandsaufnahme wäre der Titel falsch gewesen, denn Terror ist teilbar. Terror wird von den Massenmedien selektiv und völlig willkürlich behandelt. Die Natur der terroristischen Akte selber spielt dabei allenfalls eine marginale Rolle (und oft genug nicht einmal das).

Seit über neun Monaten nun ist der „globale Kampf gegen den Terrorismus“ das alles beherrschende Thema. Dass der internationale Terror eine Geißel der Menschheit ist - wer wollte dem widersprechen!

Und die Frage, welche Staaten ihn befördern, indem sie Terroristen Unterschlupf gewähren, sie ausbilden und finanzieren, ihnen falsche Pässe verschaffen, sie mit Waffen versorgen und ihnen auch sonst in jeglicher Form bei ihrem finsternen Tun behilflich sind, ist ja durchaus naheliegend.

Hier stoßen wir allerdings auf ein merkwürdiges Phänomen: Die Nation, auf die all

Terrorismus gegen Cuba STOP
11.10.59 Flugzeug wirft Brandbomben über Zuckerfabrik „Niágara“ ab
STOP 19.10.59 zwei Bomben auf Zuckerfabrik „Punta Alegre“ STOP
21.10.59 zweimotoriges Flugzeug

beschießt Havanna STOP mehrere Tote, Dutzende Verletzte STOP
22.10.59 Personenzug in Las Villas aus der Luft beschossen STOP

dies seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in überreicherem Maße zutrifft als auf jede andere - von der möchte praktisch niemand etwas wissen!

Ich will ja nicht so früh zuviel verraten, aber es ist ein Land, das mit „U“ anfängt und mit „A“ aufhört. Es müsste von Rechts wegen ganz entschieden an der Spitze jener „Achse“ stehen, die in aller Munde ist, und es ist ziemlich groß, so dass man es eigentlich nicht übersehen kann.

Wer schon mal als Lehrer vor einer Klasse gestanden hat, der kennt das:

Der dicke Franz meldet sich andauernd; er verrenkt sich die Arme, schnippst mit den Fingern und ruft: „Hier! Hier!“ Er zerreißt

sich förmlich, um Aufmerksamkeit zu erregen, doch der erfahrene Schulmeister blickt unverwandt in die andere Richtung und denkt bei sich: Ach, der kluge Franz! Der weiß doch eh' alles. Nehmen wir lieber mal den Schorsch, den Fritz und die Inge dran ...

Als in den 80er Jahren die Reagan-Administration ihren Kampf gegen die nicaraguanischen Sandinisten aufnahm - mit Geldern, die wie aus einem märchenhaften Füllhorn erstens über die Einkünfte aus dem staatlichen Drogenhandel von Oberstleutnant Oliver North und zweitens über das NED (National Endowment for Democracy) an die Contra flossen - kam es durch deren Todesschwadronen zu Akten beispielloser Brutalität an der Zivilbevölkerung: Nach dem ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee gab es „Schwangere mit aufgeschlitzten Bäuchen, verstümmelte Kinder, hingemetzelte Männer und Frauen, denen man die

Geschlechtsteile abgeschnitten und die Augen ausgestochen hatte“.

Terrorismus der schlimmsten Sorte? Mooment! Wir wollen doch nicht vorschnell sein in unserem Urteil!

Sicher war das ganz schön schlimm für die Betroffenen im Einzelfall und zu bedauern ist es obendrein, aber last uns doch bitte nicht außer Acht lassen, dass die Täter beim Bäucheaufschlitzen, Pimmelabschneiden und Augenausstechen einem hehren, übergeordneten Zweck dienen, nämlich dem Kampf gegen die Furie des Kommunismus.

Oder wie, Mr. Ronald Reagan, soll man es sonst verstehen, dass Sie diese Leute „freedom fighters“ nannten - zu einer Zeit, als Sie nachweislich noch nicht an Alzheimer litten?

In der bereinigenden Sprache des führenden US-Geheimdienstes laufen derartige Vorkommnisse unter dem Euphemismus „low intensity conflict“ (Konflikt geringer Intensität) und auf entsprechend kleiner Flamme werden sie dann auch - ganz im Sinne des Erfinders - gekocht, sofern man seitens der Medien überhaupt geneigt ist, sie zur Kenntnis zu nehmen.

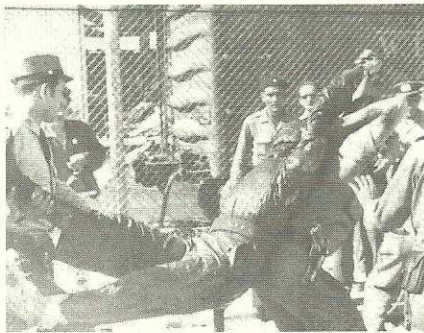
Ich war seinerzeit noch ein junger Mann und ich entsinne mich aus jenen Tagen eines Artikels in der „Rheinischen Post“, die meine Eltern im Abonnement bezogen. Die berühmten Vorturner der Zeitung waren ein Herr Bauer und ein Herr Breuer, die, wie ich von Herzen hoffe, mittlerweile im Ruhestand sind.

Einer der beiden (ich weiß beim besten Willen nicht mehr, welcher) veröffentlichte,

Terrorismus gegen Cuba STOP
21.1.60 Flugzeug wirft vier 1-Zentner-Bomben über Havanna ab STOP
18.2.60 US-Staatsbürger bombardiert Zuckerfabrik „España“ , wird dabei selbst getötet STOP 4.3.60 Sabotageakt gegen Frachtschiff „La Coubre“ im Hafen von Havanna STOP bei Explosion über 100 Tote, Hunderte Verletzte STOP

als sich der schmutzige, von den Vereinigten Staaten initiierte, finanzierte und logistisch unterstützte Terror der Contra auf dem Höhepunkt befand, einen Artikel, der sich angewidert über den Verfall der Pressefreiheit im sozialistischen Nicaragua ausließ. Anlass war, dass sich die FSLN erdreistet hatte, die dem Klerus nahe Postille „La Prensa“ von Violeta Chamorro nach langem Zögern schlussendlich der Zensur zum Opfer fallen zu lassen.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den Kontext: Die Häfen des Staates waren durch eine ausländische Macht vermint (und die USA angeklagt und verurteilt durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag), die Landbevölkerung wurde von Bandensadistischer Irrer frankensteinartigen Vivisektionen unterzogen, aber die wahren Gralshüter der Demokratie machten das Überleben des Abendlandes am Fortbestand eines Kirchenblättchens fest!



La Coubre: Bergung der Opfer

Foto: Granma

Ich denke, ich habe damals viel gelernt über die freien Medien in westlichen Ländern - oder was man gemeinhin dafür hält.

Müssen wir „Terrorist“ und „Terrorismus“ definieren, um das Recht zu erwirken, darüber reden zu dürfen? Seien wir doch bitte nicht albern!

Wer glaubt im Ernst, dass jemand wie - sagen wir mal - Helmut Reitze vom ZDF Heute Journal eine Definition dieser Begriffe parat hat, wenn er sie gebraucht?

Es ist nicht der Mühe wert, sich über diesen Punkt in akademischen Betrachtungen zu ergehen. „Terrorist“ ist einer, der mit der konzertierten Wucht der Medien so bezeichnet wird. Und wem man den zweifelhaften Ritterschlag dieses Wortes verweigert, der ist halt keiner. Komplizierter ist die Sache nicht.

Nehmen wir z.B. Scharon und Arafat:

Keiner bei uns hätte die „cojones“ (eine zugegebenermaßen sehr freie Übersetzung aus dem Spanischen wäre „Mumm“) Ariel Scharon einen Terroristen zu nennen, obwohl er, nüchtern betrachtet, einer ist - und zwar nicht erst seit jüngster Zeit, sondern spätestens seit dem Massaker von Sabra und Chatila.

Klar, jeder weiß aus der Historie heraus, warum gerade Deutsche es sich dreimal überlegen, bevor sie irgendeinen israelischen Politiker irgendetwas nennen, und dass diese Schere im Kopf immer noch funktioniert, hat ja auch grundsätzlich sein Gutes. Aber dass man nach jeder, wirklich jeglicher Kritik am Vorgehen Israels in den Palästinensergebieten in den Verdacht gerät, Antisemit zu sein - das ermüdet.

Mit Jassir Arafat gehen Presse und Fernsehen weit weniger pingelig um. Dem tritt man



La Coubre ausgebrannt

Foto: Bohemia

schon mal gerne, sozusagen en passant, den „Exterroristen“ vors Schienbein. Von ihm verlangt man mit der größten Selbstverständlichkeit, dass er von dem Schrott- und Trümmerhaufen der ehemaligen Autonomiebehörde aus mäßigend auf jene einwirkt, denen man Familienmitglieder umgebracht und ebenfalls die Bleibe

Terrorismus gegen Cuba STOP
13.3.61 Angriff auf Raffinerie „Hermamos Diaz“ durch mit Maschinengewehr bestücktes Boot STOP 1 Toter, 1 Schwerverletzter STOP
13.4.61 Brandanschlag in Kaufhaus „El Encanto“ STOP 1 Toter, 18 Verletzte STOP
28.5.61 Brandanschlag in Kino „Riego“, Pinar del Rio, während Kindervorstellung STOP 26 Kinder, 14 Erwachsene verletzt STOP

unterm Hintern weggeschossen hat.

Nachdem Colin Powell von seiner desaströsen Mission im Nahen Osten zurückgekehrt war, wurde George W. Bush mit den Worten zitiert, er - Bush - sei nunmehr völlig vom Friedenswillen Scharons überzeugt.

Es stellt sich die Frage, ob nicht schon diese Bemerkung den Tatbestand einer terroristischen Handlung erfüllt ...

Apropos: Was erfüllt nun eigentlich den Tatbestand einer terroristischen Handlung?

Bei ihren Kriterien für Terrorismus kümmern sich die Medien der westlichen Welt recht wenig um das „was“ oder das „wie“. Umso mehr stellen sie die Frage nach dem „wer“!

So kann es ohne weiteres passieren, dass irgendein Pipifax-Gerücht von DPA, Reuters oder AFP seinen Weg auf die Titelseite findet, wenn es nur mit dem redaktionellen Konzept vereinbar ist.

Als Otto Reich sich einigen peinlichen Fragen zur Verwicklung der CIA in den Staatsstreich von Venezuela zu stellen hatte, sagte er - völlig zusammenhanglos - , Flugzeuge der cubanischen Streitkräfte hätten den Gegenputsch unterstützt. Gänzlich aus der Luft gegriffen und hirnrißig, wie die Behauptung war, fand sie, kaum ausgesprochen, auch schon „schwups“ ihren Platz in der Tagespresse. Außenminister Powell dementierte den Verdacht kurz darauf wieder, aber die Meldung war gebracht worden.

Etwa zur gleichen Zeit wurde von einem gewissen Bolton, seines Zeichens Kongressabgeordneter, in die Welt gesetzt, Cuba beliefere des Terrorismus verdächtige Länder mit biologischen Waffen. Jimmy Carter setzte sich am Vorabend seines Cuba-Besuchs mit einigen US-Experten für Bio-Waffen zusammen, die ihm einhellig versicherten, dass dieser Vorwurf jeglicher Grundlage entbehre. Entsprechend äußerte sich dann auch der US-Expräsident mehrfach vor dem Tross von internationalen Journalisten in Havanna, worauf Mr. Bolton wieder schnurstracks zurückgepfiffen wurde. Aber man hatte es versucht - und wenn nur nach dem Motto: Irgendwas wird schon hängen bleiben.



Kind nach Bombe im Kaufhaus Flogar

Foto: Bohemia

Die US-Regierung hat mit solcherart lanciertem Unfug leichtes Spiel bei den Medien, die auf postwendende Verbreitung von Negativschlagzeilen über Cuba gleichsam konditioniert sind, da sie das Land als „bösen Buben“ sehen wollen.

Ähnliches gilt übrigens für Venezuela. Ein weiteres beredtes Beispiel für die selektive Wahrnehmung und Verbreitung terroristischer Aktionen durch die Massenmedien bot denn auch deren Berichterstattung über den Putschversuch in Caracas.

Man machte uns über die blutigen Unruhen des ersten Tages weis, chavistische Heckenschützen hätten 8 bis 10 friedliche Demonstranten der bürgerlichen Opposition ermordet. „V-Headline“, eine unabhängige venezolanische News-Site, die während der dramatischen Ereignisse viertelstündig (!) aktualisiert wurde, stellte die Namen und Referenzdaten jener Todesopfer ins Internet. Es handelte sich nachprüfbar samt und sonders um Chavez-Anhänger! Die Mörder befanden sich also offenbar auf der falschen Seite und damit waren sie für die großen Nachrichtenagenturen unbrauchbar geworden, weshalb man auch nichts mehr von ihnen hörte. Man wartete ebenfalls umsonst auf eine Richtigstellung der Falschmeldung seitens der ideologischen Schreibtischtäter der „freien Welt“. Das kam nicht überraschend. Schließlich lohnt eine Reportage über Venezuela, bei der man nicht Hugo Chavez ans Bein pinkeln kann, kaum dazu, dass man überhaupt den Laptop auspackt.

Andererseits kann eine schwerwiegende Meldung, an deren Authentizität kein vernünftiger Zweifel besteht, kaltschnäuzig gekippt werden, wenn sie kontraproduktiv

Terrorismus gegen Cuba STOP
5.9.63 zwei Flugzeuge werfen Sprengkörper über Santa Clara ab STOP 1 Lehrer in seinem Haus getötet, 3 seiner Kinder verletzt STOP 23.12.63 CIA-Kommando versenkt Schnellboot der cubanischen Marine STOP 4 Matrosen getötet STOP 12.10.71 zwei US-Schnellboote beschießen den Ort Boca de Samá STOP 2 Einwohner getötet, mehrere verletzt, darunter 2 Kinder STOP

zur erwünschten Meinungsbildung der anvisierten Zielgruppe wäre.

Diese Vorgehensweise ist übrigens hierzulande - solange sie nicht von gezieltem Verschweigen in nachweisliches Lügen umschlägt - völlig legal. Sie wird gedeckt durch den im deutschen Medienrecht verankerten „Tendenzschutzparagrafen“. Vergleichbares scheint es aber auch in anderen Ländern zu geben.

Als Hernando Calvo Ospina („O-Ton Miami“ und „Im Zeichen der Fledermaus“) die große französische Tageszeitung „Le Monde“ um eine Besprechung seiner Bücher bat, in denen wirklich viel über Terrorismus zu lesen ist, antwortete ihm deren Chefredakteur ohne Umschweife: Ein positiver Artikel über Castros Insel? Nicht solange ich bei diesem Blatt das Sagen habe!

Was waren die Folgen des 11. September 2001?

Die USA wurden ein einzig Volk von Feuerwehrlenten und ihr Präsident erfand die „Achse des Bösen“. Wer dazugehört, bestimmt er. Welche „Schurkenstaaten“ Priorität vor welchen anderen haben, sprich in welcher Reihenfolge sie zu sanktionieren sind, bestimmt auch er. Über seine Gründe muss er keinem Rechenschaft ablegen. Die ergeben sich aus geheimdienstlichen Erkenntnissen, die ihrerseits aus Zwängen der „nationalen Sicherheit“ nicht offengelegt werden dürfen. Wie praktisch! Die Administration der Vereinigten Staaten von Amerika nimmt nicht mehr und nicht weniger für sich in Anspruch als das Recht, jederzeit in jedem Land der Dritten Welt machen zu können, was sie für richtig hält. Sie braucht nur ihr Sprüchlein aufzusagen, das da anfängt mit „Wir haben eindeutige Beweise, dass ...“ und mit den Worten endet „Sie müssen allerdings Verständnis dafür haben, dass ...“

Irak, Iran, Somalia, Sudan, Libyen, Syrien, Nordkorea, Venezuela, Kolumbien, Cuba - sie alle sind potentielle Afghanistans, und zwar innerhalb einer zeitlichen Marge, die nicht einmal in groben Zügen umrissen ist. Es heißt lapidar, der „Kampf gegen den Terrorismus“ werde viele Jahre dauern.

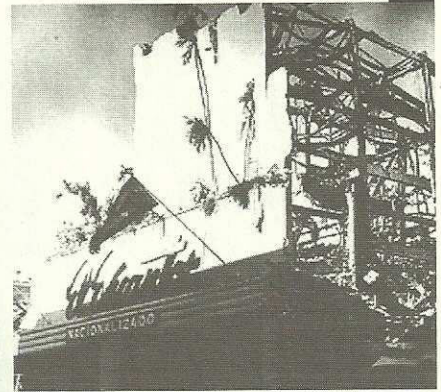
Da kann die US-Rüstungsindustrie schon mal auf Vorrat produzieren, am besten für die „Feinde Amerikas“ gleich mit.

Ein so weitreichender Freibrief für Handlungsspielraum setzt natürlich im eigenen Land eine ans Phantastische grenzende Akzeptanz voraus. Aber wie sagte doch gleich Dan Rather, einer der berühmtesten TV-Nachrichtensmänner der USA: „Ich erwarte die Befehle meines Präsidenten.“

Das sind paradiesische Zustände für eine Regierung.

Die Medien brauchen gar nicht auf Linie gebracht zu werden. Sie bringen sich selber auf Linie. In vorausweisendem Gehorsam werfen sie ihre Funktion als gesellschaftliche Kontrollinstanz über Bord und reduzieren sich zum Sprachrohr einer höheren Weisheit.

Einer Weisheit, die in der „pole position“ verkörpert wird durch einen Mann, den die Cubaner gelegentlich mit stüffisantem Spott „Bush Hijo“ nennen (Bush Sohn), womit



Das berühmte Kaufhaus Encanto, nachdem es Ziel eines terroristischen Brandanschlags geworden war, bei dem die junge Arbeiterin Fé de la Valle ums Leben kam.

Foto: Bohemia

Terrorismus gegen Cuba STOP
4.10.73 zwei Fischerboote von Kanonenbooten angegriffen und versenkt STOP 1 Fischer ermordet, Restbesatzung in Gummiflößen ohne Wasser ausgesetzt STOP 22.4.76 Bombenexplosion in cubanischer Botschaft in Lissabon STOP 2 Diplomaten getötet, mehrere verletzt STOP 9.8.76 zwei Beamte der cubanischen Botschaft in Buenos Aires werden verschleppt und tauchen nie wieder auf STOP

sie darauf anspielen, dass der heutige Oberkommandierende im telegenen Tarnanzug vor noch nicht allzu langer Zeit ein unter dubiosen Umständen gewählter Hobbypräsident kraft seines Status als verwöhntes Kind reicher Eltern war.

Und wir?

Die Staubwolken über dem zerbröselten World Trade Center hingen noch in der Luft, als man unseren Repräsentanten die Mikros bündelweise unter die Nase hielt, um sie zu spontanen Statements der Betroffenheit zu zwingen.

Bekanntnisse der Solidarität bis an das kühle Grab waren das Gebot der Stunde für jeden, der in Deutschland politisch überleben wollte.

Wohl nur wenige brachten die Unverbrüchlichkeit dieser Treue so schön auf den Punkt wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz, der mit dem ihm eigenen beleidigten Gesichtsausdruck im Bundestag den Satz von sich gab: „Ohne die Amerikaner wären wir gar nicht da.“ Womit er dem hohen Haus einen echten „brainstopper“ vor die Füße warf, denn wer vermöchte sich schon eine Welt ohne Friedrich Merz darin vorzustellen!

Es folgten jene Tage, die mir vorkamen, als lebten wir alle in einem Spuk: Das ganze deutsche Volk - eine einzige US-patriotische Soligemeinde! Das deutsche Fernsehen - eine Endlosschleife von Sondersendungen. Und das Sternenbanner als Einlegeblatt zum Wedeln in der BZ. Als wären „Amerikanische Wochen“ bei Karstadt nicht schon schlimm genug!



Familienangehörige bei der Beerdigung der Opfer des Flugzeugattentats



Foto: Granma

Es waren auch die Tage der einsamen Mutigen. Des Metallarbeiters, der sich weigerte, an der Gedenkminute der Belegschaft teilzunehmen (mit dem Argument, viele Hunderttausende von Terror-Toten in Ruanda seien dem Konzern schließlich auch kein Gedenken wert gewesen) und der deshalb fristlos entlassen wurde. Oder des Lehrers, der, statt den blinden Fanatismus der Attentäter zu verurteilen, vor seinen Schülern jene Mechanismen anklagte, die diesen erst hervorrufen, und der darum bis auf weiteres vom Schuldienst suspendiert wurde.

Die öffentliche Haltung war so einhellig und duldete so wenig Widerspruch, dass manche mit vorgehaltener Hand redeten, als befänden sie sich in einem totalitären Staat.

Was da geredet wurde? Kostprobe gefällig?

„Was sagt der eine Twin Tower zum andern? - Ich warte unten auf dich.“

Ein geschmackloser Witz? Unter normalen Umständen würde ich dem zustimmen, aber die Umstände waren nicht normal. Sie waren hart an der Schwelle zu hysterisch und näher an Meinungsdictatur, als ich es in meinem 50jährigen Leben in diesem Land je zuvor erlebt habe. „Klammheimliche Freude“? Nein. Geschockt waren wir alle - auch die, welche den USA nicht in Liebe zugetan sind. Der Witz mag ein schlechter sein, aber er geht nach einem ebenso abrupten wie verstörenden Ende der Gedankenfreiheit als emotionaler Befreiungsschlag durch. Moralische Entrüstung sollte sich hier nicht zu sehr aufblähen.

Es wurden auch solche Witze von Mund zu Ohr geflüstert, die eigentlich zu anspruchsvoll waren, um Witze zu sein: „Beim Terrorattentat in New York sind 5000 Menschen umgekommen. Schweigeminuten allenthalben weltweit. Rechnen wir das mal hoch: Wir fordern 6 Schweigeminuten für die Opfer der Videla-Tyrannie in Argentinien. Wir fordern eine Schweigeviertelstunde für die von den Paramilitärs Abgeschlachteten in Guatemala. Et cetera pp.“

Und Witze dieser Art legten nun wirklich die Hand in die Wunde:

Das Ausmaß des von den Massenmedien zelebrierten Entsetzens über die Anschläge

**Terrorismus gegen Cuba STOP
6.10.76 CIA-Agenten (L. Posada Carriles und O. Bosch Avila) bringen mit zwei Zeitzunderbomben cubanische Verkehrsmaschine nahe Barbados zum Absturz STOP 73 Opfer, überwiegend Jugendliche, keine Überlebenden STOP 9.11.80 cubanischer UNO-Mitarbeiter Félix García in New York im Auto erschossen STOP**

in den USA lag dermaßen jenseits aller Proportion, dass wirklich nur noch Ahnungslose oder Dummköpfe dieses eklatante Missverhältnis leugnen konnten - zwischen denen, die zu Millionen sinnlos in Entwicklungsländern anonym krepieren, und der vergleichsweise überschaubaren Menge von Toten in einer spektakulären Freak-Show des Terrors.

In ihrer Amerika-Besoffenheit rechnen Zeitungs- und TV-Frontleute vermeintliche Qualität gegen schiere Quantität menschlichen Lebens auf und haben keine Ahnung, was sie da anrichten. Gewiss, sie würden diesen Vorwurf vehement zurückweisen! Aber dann stellt sich ernsthaft die Frage, inwieweit sie nicht schon selber Opfer jener Gehirnwäsche sind, die sie tagaus, tagein an anderen praktizieren.



Foto des Flugzeugs der Cubana de Aviación, das 1976 mit 73 Personen an Bord in der Luft über Barbados explodierte. Die Attentäter ließen die Bomben im Handgepäck zurück und kamen nach einer Zwischenlandung auf Barbados nicht mehr in das Flugzeug zurück. Foto des Flugzeugs einige Monate vor dem Anschlag.

Die Tatsache, dass wir in Deutschland mit unverhohlener Bewunderung auf ein Land blicken, dessen Bewohner mehrheitlich zu blöd sind, Mexiko mit dem Finger auf der Landkarte zu finden, ist eine notwendige Voraussetzung für diese wertende Sicht der Dinge - und sie ist nicht vom Himmel gefallen.

Allmählich sickern nun Verdachtsmomente durch, die so gar nicht mehr zur Fremd- und Selbstdarstellung der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit den schlimmen Vorgängen am 11. September passen wollen.

Die Regierung der USA soll aus verschiedenen Quellen über die bevorstehenden Attentate vorab informiert gewesen sein? Huch! Was für garstige Möglichkeiten tun sich denn da auf?

Die Andeutungen sind zwar noch äußerst vage, aber sie sorgen bereits für Irritation. Ein Untersuchungsausschuss droht am Horizont, und George W. Bush hat es bereits jetzt kategorisch abgelehnt, vor diesem auszusagen - aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ (versteht sich).

Was die Massenmedien bis dato im Gewand reiner Spekulation verlautbart haben, ist ein Fliegenschiss im Vergleich zu dem, was noch auf uns zukommt, wenn man der akribischen Wühlarbeit einiger investigativer Journalisten die Öffentlichkeit geben wird, die sie verdient. Die Betonung liegt auf „wenn“ im Sinne von „falls“!

Ich kann mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, dass es dazu kommt, denn wenn Leute wie Michael Ruppert, Al Giordano oder Jared Israel tatsächlich Gelegenheit bekämen, vor ABC- NBC- oder CNN-Kameras ihre Karten auf den Tisch zu legen, dann flöge uns allen ein politischer Sprengsatz um die Ohren, dessen Folgen überhaupt nicht abzusehen wären.

Diejenigen, die mehr wissen „als die Polizei erlaubt“, blicken in beschwichtigend lächelnde Gesichter:

„Ach, interessant! Sie haben Zugang zu alternativen News-Webs! Na ja, man muss natürlich auch immer berücksichti-



Beerdigungsfeier der Fechter

Foto: Granma

gen, wo gewisse Nachrichten herkommen, nicht wahr?“

Unsinn! Wenn eine Nachricht sich so weit aus dem Fenster lehnt, dass sie für jeden, der sich die Mühe macht, verifizierbar oder falsifizierbar ist, dann spielt es keine Rolle mehr, wo sie herkommt.

Immer dann, wenn Neuigkeiten an die Oberfläche schwappen, die zu gepfeffert sind,

Terrorismus gegen Cuba STOP 1984 gesteht „Omega 7“ Agent in den USA, wenige Jahre zuvor Dengue-Virus bislang unbekannt (da von der CIA experimentell hergestellten) Typs nach Cuba eingeschleppt zu haben STOP Zahl der Todesopfer seinerzeit: 158, etwa zwei Drittel davon Kinder STOP 1997 legt Auftragskiller in Diensten der FNCA Bomben in sieben Touristenhotels Havannas STOP 1 Toter STOP

als dass man sie zu Morgenkaffee und Frühstücksbrötchen goutieren könnte, haben Totschlagargumente Hochkonjunktur. Nicht selten bestehen sie in einem einzigen Wort, das durch jahre- oder jahrzehntelange Dis-

Oswald als Einzeltäter war, der „von hinten“ John F. Kennedy erschoss!

Die Bilder von den tödlichen Schüssen in Dallas gingen um die Welt. Spätestens seit Oliver Stones Film „JFK“ kennt sie jeder in Zeitlupe. Aus den Aufnahmen geht ohne den Schatten eines Zweifels hervor, dass Kennedy von vorne erschossen wurde, zu einem Zeitpunkt, da sein Fahrzeug bereits an dem Fabrikgebäude vorbei war, in dem Oswald sich aufhielt. Es muss folglich jedem Halbdioten klar werden, dass Oswald den Präsidenten gar nicht erschossen haben kann.

Aber dass andere als er an dem Attentat beteiligt gewesen sein sollen, gilt bis auf den heutigen Tag als die klassische Verschwörungstheorie schlechthin, während es sei noch einmal daran erinnert - Verschwörungstheorien allgemein als völlig indiskutabel stigmatisiert sind! Und an solcher gezielter Begriffsverwirrung in den Köpfen haben nicht skrupellose Politiker den Löwenanteil, sondern

kreditierungsarbeit der Medien so unten durch ist, dass allein seine Erwähnung Ablehnung hervorruft.

„Verschwörungstheorie“ ist z.B. so ein Wort. Verschwörungstheoretiker kann man nach Belieben abwaschen. Sie gelten als unseriös per se.

Und was ist die historisch berühmteste Verschwörungstheorie von allen?

Es ist die, dass es nicht Harvey Lee

die Medien, die sich von ihnen gän- geln lassen und ihnen nach dem Mund reden.

Massenmedien verstehen ihre Auf- gabe allzu häufig darin, zwischen den Nachrichten zu „vermitteln“, die die Menschen wissen könnten und denen, die sie wissen sollten. Sie dienen mit- hin nicht der Wahrheit. Sie dienen Interessen. ★

Dies zu tun galt früher einmal als beliebtes Charakteristikum von Bananenrepubliken oder „linken Regimes“. Aber in der Zeit- rechnung des einen Wortes und des einen Bildes, die seit jenem Tag des Terrors ange- brochen ist, entlarvt sich die Freiheit der Medien der sogenannten westlichen Welt als Mythos.

Und je früher wir uns von ihm verabschie- den, desto besser für uns alle!

Am Tage nach der Rede des US-Präsi- denten im Bundestag machte die WAZ mit der Schlagzeile auf: „Bush fordert Allianz gegen Armut“

Selbst wenn er das sinngemäß gesagt hat, bleibt dieser Titel eine Bodenlosigkeit, die einem den Atem verschlägt.

Der Kabarettist Volker Pispers, der auf der Düsseldorfer Kundgebung gegen den Bush- Besuch einen hinreißenden Auftritt hatte, zitierte Gerhard Schröders staatsmännische Bitte, man möge doch jetzt nicht in einen „oberflächlichen Antiamerikanismus“ ver- fallen.

Pispers beendete seinen Vortrag mit den Worten: „Mit Verlaub, Herr Bundeskanzler, mein Antiamerikanismus ist nicht oberfläch- lich.“ Ulli Fausten

DEUTSCHSPRACHIG

Granma INTERNACIONAL

- ... die Zeitung aus Cuba ✓
- ... Cuba aus erster Hand ✓
- ... gegen die anti-cubanische Meinungsmache ✓
- ... Infos aus Lateinamerika ✓
- ... jeden Monat neu ✓

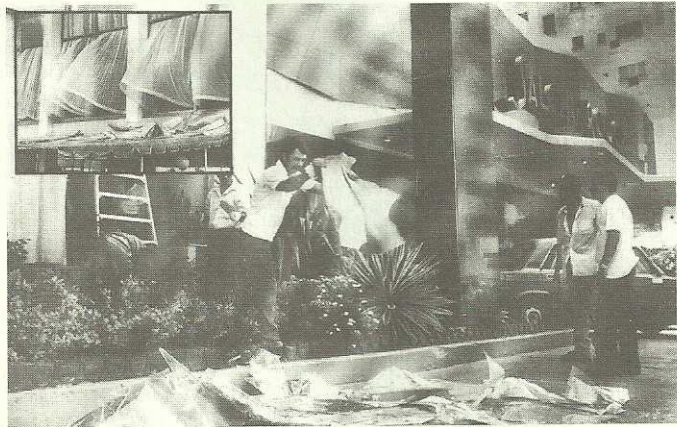
Ein Muss für jede Cuba-Freundin und jeden Cuba-Freund!

Ja! Ich will die Granma abonnieren und zwar:

- für 1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM
- für 1/2 Jahr (6 Ausgaben) 13 DM
- als Gruppenkontingent*

* (Rabattstaffel bitte beim Vertrieb erfragen)

Einsenden an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Spendenkonto: NETZWERK CUBA e.V. Sparkasse Essen 2103 901, BLZ 360 501 05



Im Sommer 1997 erschütterten Bombenanschläge auf touristische Zentren die Insel, die von Miami aus angeheerten Söldner aus El Salvador ausgeführt hatten. Hier wurde das Hotel Capri getroffen.

Foto: Bohemia

BACARDI

Hinter der Fledermaus verbirgt sich Graf Dracula.....

★ **D**anke, Fidel“ stand im Januar 1959 auf dem Bacardi-Haus in Havanna. Im April 1959 begleitete der Bacardi-Chef Pepín Bosch Fidel Castro noch auf seinem Besuch in die USA. Ein Jahr später kaufte derselbe Pepín Bosch einen Bomber um damit die cubanischen Ölraffinerien in Brand zu setzen.

Auch wenn der Plan misslang, von da an hat Bacardi keine Minute mehr geruht oder gerastet um Cuba zu schaden - durch terroristische Anschläge, durch seinen Einfluss auf die US-Regierung und Gesetzgebung - ein Einfluss den sich Bacardi durch seine blutigen Aktionen in Nicaragua, Angola, El Salvador... als terroristischer Arm der US-Regierung verdient hat. Da ist es unwichtig, dass diese ganzen schmutzigen Kriege unter dem Schild der FNCA geführt wurden, die Schlüsselfiguren von Bacardi waren immer gleichzeitig Teil der Leitung der FNCA.

1964 wollte der Bacardi-Chef aufs Ganze gehen und mit Hilfe der US-Regierung die ganze cubanische Führung beseitigen.

Zusammenfassend: Was besagt das Acht-Punkte-Dokument, das diesem Brief beige-fügt war und dem CIA- Chef von Beamten übergeben wurde, die seinem Befehl unterstanden?

Dass Pepín Bosch sich angeboten hatte, 100.000 von den 150.000 Dollar, die die Cosa-Nostra-Leute für die Ermordung von Fidel und Raúl Castro und auch von Che Guevara verlangten, zur Verfügung zu stellen. Der „prominente Exilcubaner“, der Pepín die Sache vorgeschlagen hatte, sagte ihm auch, dass es nicht allzu schwierig sein würde, das Ziel zu erreichen, weil die damit beauftragten Personen aufgrund ihrer Geschäftsbeziehungen noch Kontakte nach Cuba hätten. Die Namen der daran beteiligten Personen blieben unbekannt.: „Niemand wollte erfahren, wer in Cuba hinter diesen Plänen steckte, denn die Person, die in den Vereinigten Staaten dafür verantwortlich war, machte ganz deutlich, dass es sich dabei um Leute der Mafia handelte.“ Das wusste auch Pepín sehr wohl. Wie aus dem gleichen Bericht hervorgeht, wurde am 25. April 1964 bestätigt, dass in Cuba alles zur Durchführung der Operation bereit sei. Die „guten Nachrichten“ wären wohl für die Zeit zwischen dem 20. und 25. Mai des Jahres zu erwarten.

In Punkt 8 heißt es, ein anderer CIA-Informant habe gesagt, dass Pepín nur angeboten habe 50.000 Dollar beizusteuern, die er hoffte, „von der US-Regierung oder aus andern Quellen wiederzubekommen“. Auf jeden Fall glaubte Bosch, wie dem Bericht an den CIA-Direktor weiter zu entnehmen ist, dass ein schneller Wandel in „der cubanischen Situation nur durch die physische Eliminierung Fidel Castros möglich sei und dass diese Eliminierung sicherlich 150.000 Dollar kosten werde(...).

Als wäre das noch nicht gravierend genug, bestätigte die Art, wie der Bericht endet, erneut, dass Pepín Beziehungen bis hin zu den höchsten Ebenen der CIA hatte und deren Schutz genoss. Das geht eindeutig aus dem Brief an Mr. Bundy hervor. Denn in seinem Bericht äußert sich der damalige CIA-Direktor Richard Helms, zugleich ein weiterer der Magnaten, die durch die Enteignungen in Cuba geschädigt worden waren: „Vermerk. Es wird darum gebeten, die CIA im Voraus über jede Aktion zu informieren, die gegen die in diesem Bericht erwähnten Personen ins Auge gefasst wird, bevor eine solche Aktion zur Ausführung kommt.“

*Das Weiße Haus • Washington
15. Juni 1964*

Memorandum für Mr. Bundy

Betritt: Ermordung Castros

Beiliegend ein Memorandum der CIA, das eine Verschwörung zur Ermordung Castros beschreibt, an der auch US-Elemente der Mafia beteiligt wären und die von Pepín Bosch finanziert würde.

John Grimmins überprüft den Fall. Er hat vor, mit Alexis Johnson zu sprechen, und ist der Meinung, das Thema sollte bei einem Treffen der Special Group diskutiert werden. Persönlich vertritt John die Auffassung, dass die Regierung der Vereinigten Staaten nicht wissentlich eine kriminelle amerikanische Verstrickung dieser Art zulassen könne und alles ihr Mögliche unternehmen solle, diesem Komplott Einhalt zu gebieten. Das würde bedeuten, das FBI auf die beteiligten kriminellen US-amerikanischen Elemente anzusetzen und bei Bosch zu intervenieren.

Ich habe die Sache noch nicht ganz durchdacht und enthalte mich eines Urteils.

*Gordon Chase
(Hernando Calvo Ospina: Im Zeichen der Fledermaus, Papyrossa, Köln 2002, S.40/41*

Diese Begeisterung für Attentate und Bomben hat sich Bacardi bis heute erhalten. Als 1997 verschiedene Bomben in touristischen Einrichtungen in Cuba explodierten, wobei ein junger Italiener ums Leben kam, war Bacardi in seiner Begeisterung für die Bombenattentate, die von der FNCA (also auch von Bacardi selbst) unterstützt wurden, kaum zu bremsen. Es kreierte den Cocktail LA BOMBA, um damit die Bombenattentate zu begießen.

Aber Bacardi war durchaus in der Lage den Terror subtiler zu unterstützen. 600.000 \$



Un mélange étonnant... un tour de main explosif... une boisson qui détonne!
Rien de surprenant à ce que la BOMBA éveille en vous un esprit de liberté, sans envie de fête permanente.

D'ailleurs, ce goût de liberté est à l'origine de l'histoire de Bacardi. Lorsque en 1858, l'île de Cuba, grâce au soutien des Américains, se défait des chaînes espagnoles et célèbre sa toute fraîche indépendance. Ce soir-là, dans un bar de la Havane, un jeune lieutenant américain mélange pour la première fois du Bacardi avec du Coca-Cola. Il leve alors son verre au cri de "Cuba Libre", inventant sans le savoir le lang-drink le plus populaire du monde moderne.

La BOMBA est ce Cuba Libre d'un genre nouveau, le détonateur d'une fête qui ne demande qu'à se prolonger jusqu'à l'aube.

Als 1997 bei einer Serie von Bombenanschlägen ein Tourist in Havanna getötet worden war, schuf Bacardi eine neuen Cocktail „La Bomba“.

Cuisine Gourmande Paris, Januar 1997

bezahlte der Konzern 1968, um dem Kriegsverbrecher Jonas Savimbi das Image eines Freiheitskämpfers zu verpassen. Das Bemühen war erfolgreich. Der Kongress gab Savimbi viele Millionen Dollar um Waffen zu kaufen und Hunderttausende von Angolanern umzubringen oder zu vertreiben.

„Die UNITA und die FNCA bekräftigen ihre totale Hingabe an die Sache der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien.“ heißt es in der Abschlusserklärung



1996 führte Bacardi einen „Havana Club“ Rum aus den Bahamas in den USA ein. Havana Club ist der regulär eingetragene Markenname des 100% cubanischen Rums des franco-cubanischen Konsortium Havana Club Holding, der zunächst 1996 mit dieser Handelsmarke in den USA erneut für 20 Jahre registriert wurde und den Schutz der US-Gesetze und internationaler Vereinbarungen erhielt. Kurz danach legalisierte der US-Kongress mit dem Zusatz 211 den Markenklau cubanischer Produkte.

anlässlich eines Besuches der FNCA/Bacardi in Angola.

Heute ist der Einfluss Bacardis so groß, dass der Kongress der Vereinigten Staaten sogar die Ausarbeitung bestimmter Gesetzesvorlagen in die Hände des Bacardi Konzerns legt. Daraus ergeben sich dann Werke wie das sogenannte Helms-Burton Gesetz, welches viele passender als Bacardi Claims Act bezeichnet werden sollte. Während sich alle Welt über Artikel III und IV aufregt, nicht weil Cuba dadurch der Todesstoß versetzt werden soll, sondern weil auch europäische Geschäftsinteressen davon tangiert werden, sind Artikel I und II die noch größere Unverschämtheit.

Das Helms-Burton-Gesetz besteht aus vier Titeln. Die beiden ersten führen aus, was die cubanische Nation machen muss, damit die Vereinigten Staaten sie für demokratisch erklären und wieder normale Beziehungen mit ihr unterhalten können. Selbst ohne tiefer gehende Analyse kann man feststellen, dass der Text in seiner Zielsetzung so eindeutig ist, dass weder die Gesetze noch die Verträge, die die Europäer ihren Kolonien in Afrika auferlegten, so viel Arroganz und Mangel an Respekt gegenüber einer souveränen Nation, die von fast allen Staaten anerkannt wird, aufweisen wie dieses Gesetz.

Kurz zusammengefasst besagt es, dass der sogenannten inneren Dissidenz, die weitaus mehr Unterstützung und Finanzmittel aus Washington bekommen werde als bisher, der größtmögliche Spielraum eröffnet werden müsse. Die ganze politische Führung müsse verschwinden, genauso wie die Kommunistische Partei, die Basisorganisationen und alles, was irgendwie mit dem gegenwärtigen System zu tun habe. Wenn das geschehen sei, beginne eine Etappe des Übergangs, die so lange dauern könne, wie es nötig sei, um eine neue Art von Staat und Gesellschaft nach dem Geschmack des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu errichten, denn nur er werde entscheiden, ob die Demokratie Cuba erreicht habe.

Der letzte und ausschlaggebende Beweis für den Anbruch der Demokratie werde es sein, wenn ihm die mit dem „Übergang“ beauftragten Personen seines Vertrauens bestätigten, dass die US-Firmen und -Bürger ihr gesamtes nationalisiertes Eigentum zurückbekommen hätten oder dass sie dafür entschädigt worden seien. Dies bezieht sich auch auf die cubanisch-amerikanischen Magnaten. Eine seltsame Art, Demokratie zu messen.

Hernando Calvo Ospina: Im Zeichen der Fledermaus, Papyrossa Köln, 2002, S. 86/87

Inzwischen kam es vor der Welthandelsorganisation zu einer Klage Europas gegen die USA, als Interessenvertreterin des Bacardi-Konzerns.

Hier geht es um den Gesetzeszusatz 211 von Bacardi, für Bacardi.

Dieser besagt, vereinfacht ausgedrückt: Cuba hat kein Recht auf ordnungsgemäß eingetragene Patente.

Alle cubanischen Marken können einfach geklaut werden.

Bacardi will sich so u.a. den Diebstahl der cubanischen Marke Havana Club legalisieren lassen.

Bis jetzt gibt es den gefälschten Havana Club Rum nur in den USA.

Die Welthandelsorganisation hat der Klage Europas stattgegeben und die USA zur Änderung des Gesetzes aufgefordert.

Was daraus wird, ob sich die USA an irgendeinen internationalen Beschluss halten, muss sich erst noch herausstellen.


Bacardi hat sowieso Größeres im Sinn ...

Es ist dabei Cuba zu verschachern. Für 15 Millionen Mark hat die Planungskommission für den Wirtschaftlichen Wiederaufbau, bei der Bacardi federführend ist, bereits 60% der Insel verkauft.

Jetzt muss Cuba nur noch zurückerobert werden.

Wer das machen soll? Das ist doch klar. Wie? Lesen Sie doch mal die anderen Artikel dieser Ausgabe! RF

**TOUS
LES CHEMINS
MÈNENT
À RHUM.**



CASA FUNDADA EN
SANTIAGO DE CUBA EN 1862

Anlässlich des Papstbesuches in Cuba: Alle Wege führen zum Rum. Gegründet in Santiago de Cuba im Jahre 1862



Normalerweise trugen von den 60er Jahren bis zu Beginn der 90er die Bacardi-Rum Flaschen das Siegel des Herkunftslands Puerto Rico. Seit den 90ern versucht Bacardi die Konsumenten zu täuschen, indem es den Eindruck erweckt, sein Rum stamme aus Cuba. Obwohl Bacardi heftig den Besuch des Papstes in Cuba bekämpfte, benutzte es ihn trotzdem in seiner Werbung.

Kann sich Geschichte wiederholen?

Sind Ähnlichkeiten mit gegenwärtig stattfindenden Ereignissen rein zufällig?

DIE NORTHWOODS DOKUMENTE

(inzwischen freigegeben auf Grund des Freedom of Information Act)

1962 schlug der Generalstab der US-Streitkräfte (Joint Chiefs of Staff) in diesem Dokument vor, einen Scheinangriff zu inszenieren. Dabei sollten US-Eigentum zerstört und cubanische Flüchtlinge und US-Bürger getötet werden.

Die Schuld wollte man dann Cuba in die Schuhe schieben und die daraufhin in den USA und der ganzen Welt empfundene Wut und Enttäuschung ob eines solch barbarischen Aktes als Rechtfertigung für eine Invasion der Insel nutzen. Eine Aktion, bei der Hunderttausende von Menschen ums Leben gekommen wären und die möglicherweise zu einem Nuklearkrieg geführt hätte.

Was steht in den Northwoods Dokumenten?

Die Northwoods Vorschläge wurden vom Generalstab autorisiert und versuchsweise zugelassen. Er verband damit eine klare Absicht.

Das Oberkommando hat dieses beigefügte Memorandum dem Operationsleiter des Cuba Project zugeordnet und kommt darin der von ihm geäußerten Bitte um eine kurze präzise Beschreibung der

Vorwände nach, welche eine militärische Intervention in Cuba rechtfertigen könnten.

Das Oberkommando empfiehlt es als vorläufigen Entwurf für Planungszwecke. Das Ziel war, durch Desinformation den falschen Eindruck zu vermitteln, Cuba hätte die Amerikaner hinterhältig angegriffen. Sie basiert auf der Prämisse, dass sich die US-Militärintervention aus einer Periode erhöhter Spannung ergibt und die USA ungerechtfertigtes Leid erfahren haben. Für die Weltmeinung, die Foren der UNO, sollte das Bild einer gewissenlosen und unverantwortlichen cubanischen Regierung entwickelt werden, die gefährlich und unberechenbar wie sie ist, eine Bedrohung für den Frieden in der westlichen Hemisphäre darstelle.

Aus dem Dokument geht hervor, dass Cuba innerhalb weniger Monate angegriffen werden sollte, und zwar noch bevor es dem Warschauer Pakt beitrete. Man wollte nämlich nicht das Risiko eines direkten Eingreifens der Sowjetunion eingehen.

Das Dokument sollte an den Verteidigungsminister und den Leiter des Cuba Project weitergeleitet werden.

Da man sich der Brisanz des Papiers bewusst war, wurde ausdrücklich vermerkt, in wessen Hände es auf keinen Fall gelangen dürfe. Keinesfalls durften es z. B. US-Offiziere, die mit Nato-Aufgaben betraut sind oder der Vorsitzende des Military Staff Committees bei den Vereinten Nationen zu Gesicht bekommen.

Aus den Northwoods Dokumenten geht hervor, dass die beste Rechtfertigung Cuba anzugreifen darin bestehe, durch einen Trick zu erreichen, dass Cuba die US-Streitkräfte zuerst angreift.

Dazu ist es notwendig, eine Situation von Unruhe und Täuschung zu schaffen. Die Cubaner sollen den Eindruck bekommen, dass eine Invasion unmittelbar bevorstehe.

Während der ganzen Zeit, in der der Plan läuft, wird die Aktion militärisch so ausgerichtet sein, dass ein schneller Wechsel von Manöver zu Intervention möglich ist, wenn die cubanische Reaktion dies rechtfertigt.

Wörtlicher Auszug aus den Dokumenten:

„2. Eine Reihe von gut koordinierten Vorfällen um die Basis Guantanamo herum, soll den Anschein erwecken, als würden sie von feindlichen cubanischen Kräften ausgeführt.

Vorfälle, die eine glaubwürdige Attacke begründen würden (nicht in chronologischer Reihenfolge):

- (1) Gerüchte verbreiten (viele). Untergrund Radio benutzen.
- (2) Freundlich gesinnte Cubaner in Uniform „über den Zaun“ steigen lassen, um einen Angriff auf die Basis zu starten.
- (3) (Freundlich gesinnte) Cubaner als Saboteure in der Basis gefangen nehmen.
- (4) Unruhen neben dem Haupteingang beginnen. (Freundlich gesinnte Cubaner).
- (5) Munition innerhalb des US-Luftwaffenstützpunkts Guantanamo in die Luft sprengen; Feuer legen.
- (6) Flugzeug auf dem Stützpunkt verbrennen (Sabotage).
- (7) Handgranaten von außen auf die Basis werfen, die einigen Schaden an Installationen hervorrufen.
- (8) Angreifertropps gefangen nehmen, die sich vom Meer her oder aus Richtung der Stadt Guantanamo nähern.
- (9) Milizen gefangen nehmen, die die Basis stürmen.
- (10) Sabotage an Schiffen im Hafen begehen, große Feuer - Naphtalin.
- (11) Ein Schiff nahe der Hafeneinfahrt versenken. Beerdigungen für Scheinopfer veranstalten.

b. Darauf würden die Vereinigten Staaten mit Offensivaktionen antworten, um den Zugang zu Wasser und Energie zu sichern und die Artilleriestellungen, die die Basis bedrohen, zerstören.

c. US-Militäraktionen größeren Ausmaßes beginnen.

3. Ein „* **Erinnere dich an die Maine**“ Vorfall könnte auf verschiedene Weise inszeniert werden.

~~TOP SECRET SPECIAL HANDLING NOFORN~~

THE JOINT CHIEFS OF STAFF
WASHINGTON 25, D.C.

UNCLASSIFIED

15b1f.62m1
201 1987
A211

MEMORANDUM FOR THE SECRETARY OF DEFENSE

SUBJECT: "Justification for US Military Intervention in Cuba (78)"

The Joint Chiefs of Staff have considered the request of that office for brief and general description of pretexts which would provide justification for US military intervention in Cuba.

2. The Joint Chiefs of Staff recommend that the proposed memorandum be forwarded as a preliminary submission for planning purposes. It is assumed that there will be similar submissions from other agencies and that these submissions will be used as a basis for developing a time-phased plan. Individual projects can then be developed on a weekly cycle basis.

3. It is assumed that a single agency will be given the primary responsibility for developing military and paramilitary aspects of the basic plan. It is recommended that this responsibility for both overt and covert military operations be assigned the Joint Chiefs of Staff.

For the Joint Chiefs of Staff

L. L. Lemnitzer
L. L. LEMNITZER
Chairman
Joint Chiefs of Staff

1 Enclosure
Memo For Chief of Operations, Cuba Project

EXCLUDED FROM AUTOMATIC DECLASSIFICATION SCHEDULE; DOD DIS SECRET DOES NOT APPLY

~~TOP SECRET SPECIAL HANDLING NOFORN~~

a. Wir könnten ein US-Schiff in der Bucht von Guantanamo in die Luft jagen und Cuba dafür die Schuld geben.

b. Wir könnten ein unbemanntes Schiff irgendwo in cubanischen Gewässern in die Luft jagen. Wir könnten es arrangieren, einen solchen Vorfall in der Nähe von Havanna oder Santiago stattfinden zu lassen, als das spektakuläre Ergebnis einer cubanischen Luft- oder Seeattacke oder von beidem. Die Anwesenheit von cubanischen Schiffen und Flugzeugen, die den Vorfall untersuchen werden, sind ein zwingender Beweis, dass das Schiff unter Feuer genommen wurde. Die Nähe von Havanna oder Santiago würde die Glaubwürdigkeit noch verstärken, besonders für die Leute, die die Explosion gehört oder das Feuer gesehen haben. Die USA könnten daraufhin eine von US-Kampffliegern begleitete Luft/See Bergungsoperation starten, um die überlebenden Mitglieder einer nichtexistenten Besatzung zu „evakuieren“. Verlustlisten, die in US-Zeitungen veröffentlicht werden, würden eine für uns hilfreiche Welle an Entrüstung zur Folge haben.“

* Auf dem Wege dieses Dokuments wird so nebenher noch etwas zugegeben, was die USA bis jetzt offiziell immer abgestritten haben - nämlich die Versenkung ihres eigenen Zerstörers „Maine“. Wie jeder Cuba-Kenner weiß, war die Explosion dieses Schiffes damals der Vorwand für die USA, sich in den bereits von den Cubanern gewonnenen Krieg gegen die Kolonialmacht Spanien einzumischen und sich so Cubas zu bemächtigen. Auch damals hatten die USA wohl keine Skrupel, ihre eigenen Leute machtpolitischen Zielen zu opfern. (Die weißen Offiziere waren allerdings fast alle auf Landgang und nur die überwiegend schwarze Besatzung hielt sich damals an Bord auf.)

„4. Wir könnten eine von Cubanern geführte kommunistische Terror Kampagne in der Gegend von Miami, in anderen Städten Floridas, ja sogar in Washington initiieren.

Diese könnte gegen cubanische Flüchtlinge gerichtet werden, die in den Vereinigten Staaten Zuflucht suchen. Wir könnten eine Bootsladung von Cubanern auf dem Weg nach Florida versenken (wirklich oder simuliert). Wir könnten Anschläge auf das Leben von cubanischen Flüchtlingen in den Vereinigten Staaten organisieren, wobei gelegentliche Verwundungen in Kauf genommen werden, damit große Öffentlichkeitswirkung erzielt wird.

Ein paar Plastikbomben an sorgfältig ausgesuchten Orten explodieren lassen; die Verhaftung von cubanischen Agenten und das Veröffentlichen von vorbereiteten Dokumenten, aus denen die Beteiligung Cubas hervorgeht, würde ebenfalls hilfreich bei dem Versuch sein, die Vorstellung einer gewissenlosen und unverantwortlichen Regierung zu vermitteln.

5. Ein von Cuba ausgehender, von Castro unterstützter Filibuster (Aufruhr) gegen eine benachbarte karibische Nation könnte simuliert werden (so etwa wie die 14. Juni Invasion in der Dominikanischen Republik) ...

Man könnte ausnutzen, dass die Dominikanische Republik empfindlich auf die Verletzung ihres Luftraums reagiert.

„Cubanische“ B-26 oder C-46 Flugzeuge könnten nachts Zuckerrohrfelder in Brand setzen. Danach könnten Brandbeschleuniger gefunden werden, die vom Sowjetblock stammen. Das könnte mit „cubanischen“ Botschaften an den kommunistischen Untergrund in der Dominikanischen Republik verbunden werden. Außerdem könnten „cubanische“ Schiffe mit Waffen an Bord am Strand aufgebracht werden.

6. Die Benutzung von durch US-Piloten geflogenen MIG ähnlichen Flugzeugen könnte eine zusätzliche Provokation darstellen.

Störung der zivilen Luftfahrt, Belästigung von Schiffen und die Zerstörung eines unbemannten US-Flugzeugs durch MIGs wären hilfreiche ergänzende Maßnahmen.

Eine sorgfältig angelegte F-86 würde die Flugzeugpassagiere zu der Überzeugung gelangen lassen, es handle sich um eine cubanische MIG, besonders wenn der Pilot des Passagierflugzeugs dieses laut verkündet.

Das Haupthindernis bei diesem Vorschlag scheint in dem Sicherheitsrisiko zu liegen, das mit der Veränderung eines Flugzeugs verbunden ist. Es könnten jedoch innerhalb von 3 Monaten vernünftige MIG Kopien mit US-Mitteln hergestellt werden.

7. Versuche von Flugzeugführungen in der Luft und auf dem Land sollten immer als von der cubanischen Regierung ausgehend weitergeführt werden.

Dazu sollte zu Desertionen mit cubanischen Zivil- und Militärflugzeugen ermutigt werden.

8. Es ist möglich, einen Zwischenfall zu schaffen, der überzeugend beweist, dass ein cubanisches Flugzeug ein ziviles Charterflugzeug angegriffen und abgeschossen hat, das auf dem Weg von den USA nach Jamaika, Guatemala, Panama oder Venezuela ist.

Das Ziel sollte so gewählt sein, dass die Flugroute zwangsläufig über cubanisches Territorium verläuft. Die Passagiere könnten eine Gruppe von College-Studenten auf dem Weg in die Ferien oder irgendeine andere Gruppe von Personen sein, die ein Interesse daran haben könnte, einen außerplanmäßigen Charterflug zu buchen.

a. Ein Flugzeug in Eglin AFB würde als genaues Double für ein registriertes ziviles Flugzeug, das einer CIA Organisation in der Gegend von Miami gehört, nummeriert und bemalt werden. Zu einer festgesetzten Zeit würde das Duplikat durch das Zivilflugzeug ersetzt werden und mit ausgesuchten Passagieren beladen, die alle unter sorgfältig vorbereiteten Alias-Namen gebucht würden. Das eigentlich registrierte Flugzeug würde in eine Drohne (unbemanntes Flugzeug) verwandelt.

b. Die Startzeit des unbemannten Flugzeugs und des eigentlichen Flugzeugs würde so gelegt, dass ein Rendezvous der beiden südlich von Florida stattfinden kann. Von dem Punkt des Rendezvous an wird das Flugzeug mit den Passagieren auf eine Mindesthöhe hinunterfliegen und direkt zur Ausweichlandebahn der Eglin Air Force Base fliegen. Dort werden Arrangements getroffen worden sein, um die Passagiere zu evakuieren und das Flugzeug wieder in seinen Originalzu-

stand zu versetzen. Das unbemannte Flugzeug wird indessen die vorgeschriebene Flugroute weiterfliegen. Wenn es über Cuba angekommen ist, wird es auf der internationalen Notfrequenz ein „Mayday“ senden und aussagen, dass es unter Beschuss durch eine cubanische MIG sei. Die Übertragung wird durch die Zerstörung des Flugzeugs unterbrochen, die durch ein Radiosignal ausgelöst werden wird. Das eröffnet die Möglichkeit, dass die Funkstationen der westlichen Hemisphäre die Signale aufnehmen und den USA berichten, was mit dem Flugzeug passiert ist, anstatt dass die Vereinigten Staaten versuchen müssen, den „Vorfall“ zu verkaufen.



9. Es besteht die Möglichkeit einen Zwischenfall zu arrangieren, bei dem es so aussieht, als ob MIGs des kommunistischen Cuba ein Flugzeug der US-Luftwaffe über internationalem Gewässer zerstört hätten, ohne provoziert worden zu sein.

a. So an die 4 oder 5 F-105 Flugzeuge werden nach Homestead Air Force Base in Florida in der Nähe Cubas verlegt. Ihr Auftrag wird sein, Verteidigungsübungen im südlichen Florida durchzuführen. Die Flugzeuge würden in häufigen Abständen Variationen dieser Flüge vornehmen. Die Mannschaften würden angewiesen, wenigstens 12 Meilen von der cubanischen Küste entfernt zu bleiben. Sie sollten jedoch Order erhalten, Munition zur Verfügung zu haben für den Fall, dass von Seiten cubanischer MIGs feindliche Aktionen ausgehen würden.

b. Auf einem dieser Flüge würde ein vorher instruierter Pilot in erheblichem Abstand von den anderen einen tail-end Charley Sturzflug fliegen. Wenn er sich in der Nähe der Insel Cuba befindet, würde er melden, er sei von cubanischen MIGs angegriffen worden und stürze ab. Es würden keine weiteren Rufe durchgegeben. Der Pilot würde daraufhin sofort in niedriger Höhe nach Westen abdrehen und sicher auf Eglin Air Base landen. Das Flugzeug würde von unseren eigenen Leuten in Empfang genommen, schnell weggebracht und eine neue Kennzeichnung erhalten. Der Pilot, der dies unter einem Alias durchgeführt hat, bekommt seine alte Identität zurück und nimmt seine normale Arbeit auf. So wären Flugzeug und Pilot verschwunden.

c. Zu exakt derselben Zeit, zu der das Flugzeug angeblich abgeschossen wurde, würde ein U-Boot oder ein anderes Boot Teile von F 101 Flugzeugen, einen Fallschirm etc. ungefähr 15-20 Meilen von der cubanischen Küste entfernt platzieren und wieder wegfahren. Wenn die Piloten nach Homestead zurückkehren könnten sie ihre Geschichte erzählen, was sie wissen und gesehen haben. Suchschiffe und Flugzeuge würden losgeschickt und Teile des Flugzeugs würden gefunden.

Beifügung B

1. Der Generalstab hat bereits vorher festgestellt, dass einseitige militärische Interventionen gegen Cuba unternommen werden können, wenn die cubanische Regierung feindselige Akte gegenüber US-Streitkräften oder Eigentum begehe; dies könne als Zwischenfall gewertet werden, der die Grundlage für eine offene Intervention darstellt.

2. Die Notwendigkeit für offene Aktionen hat der Generalstab am 7. März 1962 wie folgt beschrieben:

„... die Feststellung, dass eine glaubhafte innere Revolte innerhalb der nächsten 9-10 Monate unmöglich ist, wird seitens der Vereinigten Staaten den Entschluss fordern, eine cubanische „Provokation“ zu entwickeln, die als Rechtfertigung für ein offenes militärisches Eingreifen dienen kann.“

3. Wir wissen, dass das Außenministerium ebenfalls dabei ist, Handlungsabläufe für die Rechtfertigung einer militärischen Intervention in Cuba zu entwickeln.“

Soweit die Northwoods Dokumente. Über die vom Außenministerium ausgearbeiteten Pläne ist nichts bekannt. Sie werden den anderen aber an Perfidie sicher nicht nachgestanden haben.

Sicherlich wären wir durch alle Massenmedien abendfüllend überzeugt worden, dass das böse Cuba friedliche Bürger der USA auf niederträchtigste Weise angegriffen habe.

Sicherlich hätten alle unsere Regierungen hinter den USA gestanden, wenn diese Cuba bombardiert hätten.

Sicherlich kommt uns das alles irgendwie bekannt vor. *R. Fausten*
Quelle: *Emperor's clothes: www.tenc.net*

James Petras:

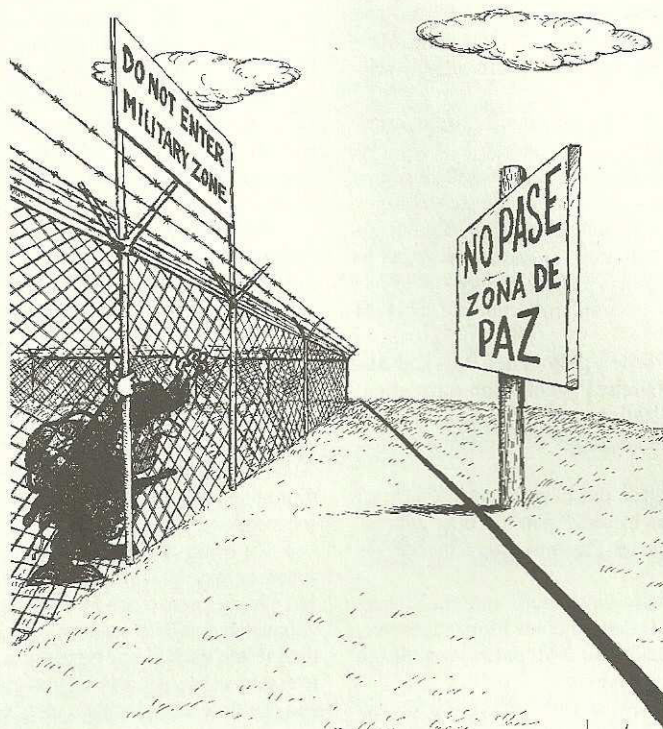
Die Intellektuellen und der Krieg: Vom Rückzug zur Kapitulation

Die Opposition der westlichen linken Intellektuellen zum verheerenden Krieg Washingtons in Afghanistan hat sich praktisch aufgelöst. Dadurch stellt sich für uns die Frage, ob das Ende einer intellektuellen Tradition einen neuen Anfang erfordert, der seinerseits ernsthafte Reflexionen über die jüngste Vergangenheit notwendig macht.

Bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre waren deutlich die Zeichen eines intellektuellen Rückzugs zu erkennen, als zahlreiche Intellektuelle den Krieg der USA in Vietnam unterstützten, bis sich deutlich herausstellte, dass er nicht zu gewinnen war und erst dann wandten sie sich gegen diesen Krieg. Anfang der 70er gaben viele Intellektuelle ihr kurzes Liebäugeln mit unabhängigen sozialen Bewegungen gegen den Krieg und gegen den Rassismus auf, um zur Demokratischen Partei und ihrem liberalen Bannerträger George McGovern zurückzukehren.

Die erste Veränderung hin zur Wiederentdeckung eines tugendhaften Imperialismus fand während der Präsidentschaft Carters statt. Nach dem Sturz der von den USA unterstützten Diktatoren und kolonialen Regierungen in Äthiopien, Nicaragua und besonders dem Iran und mit neuen radikalen Linksregierungen in Afghanistan, Angola, Mozambique und Guinea Bissau startete die Carter Administration eine neue, von Menschenrechtshetorik begleitete militärische Offensive gegen diese Regierungen. Während der Präsidentschaft Carters wurde eine Reihe von reaktionären Kräften organisiert und mit Waffen ausgerüstet, um die neuen Regierungen zu destabilisieren und zu zerstören. Waffen im Werte von vielen hundert Millionen Dollar flossen an Savimbi in Angola, die Contras in Nicaragua, die Renimo in Mozambique und an die kriegerischen Stammesfürsten in Afghanistan. Trotz alledem ließen sich zahlreiche westliche Intellektuelle von der Menschenrechtshetorik Carters einullnen.

Die imperialistische Gegenoffensive, die diese Länder verwüstete und die fortschrittlichen Reformen rückgängig machte, rechtfertigte man damit, dass sie Teil einer Menschenrechtskampagne sei, was von einem wichtigen Sektor der Linken aufgenommen wurde. Die massive Intervention der USA in Afghanistan wurde von dem pakistanischen Diktator General Zia und seiner Geheimpo-



Englisch: Kein Zutritt Militärzone
Spanisch: Kein Zutritt Friedenszone

aus: Bohemia

lizei und mit Geld aus Saudi-Arabien unterstützt. Die Vereinigten Staaten und ihre Schützlinge rekrutierten Zehntausende von fundamentalistischen Freiwilligen aus der gesamten arabischen Welt. Sie machten sich auf, gemischte Schulen und weltliche Institutionen zu zerstören und Hunderte von Frauen, die in Schulen auf dem Lande unterrichtet und Bauern, die durch die Landreform der säkularen Regierung Land erhalten hatten, abzuschlachten. Die reaktionäre Erhebung der kriegerischen Stammesfürsten und der ausländischen Söldner unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten zwangen das weltliche linke Regime dazu, die Sowjetunion um militärische Hilfe und um Soldaten zu bitten. Die US-Intervention und die Konterrevolution verfolgten einen doppelten Zweck: das linke Regime zu vernichten und die Sowjetunion in einen Abnutzungskrieg hineinzutreiben. Die Folgen dieser Ereignisse liefern einen interessanten Kontext um den Verrat der westlichen Intellektuellen zu verstehen. Die wahren Konsequenzen der Errichtung einer linken weltli-

chen Regierung in Afghanistan, gefolgt von einem gegen die Zivilbevölkerung gerichteten, von den USA geförderten Terrorismus und schließlich der sowjetischen Intervention, die auf Bitten eines Verbündeten und Nachbarn erfolgte, der angegriffen worden war, wurde von der Propagandamaschinerie der USA völlig verzerrt dargestellt.

Den unter der Schirmherrschaft der USA stattfindenden Aufstand bezeichnete man als „sowjetische Intervention in Afghanistan“, die Intervention der fundamentalistischen ausländischen Söldner taufte man als den Kampf für die Befreiung der afghanischen Mudjaheddin. Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater des Präsidenten Carter, hat sich öffentlich gebrüstet, dass die militärische US-Intervention sechs Monate vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan stattgefunden habe und dass sie vorbereitet worden wäre, um das

Regime in Kabul zu schwächen und es dazu zu zwingen, dringend die Entsendung sowjetischer Bodentruppen zu erbitten.

Die westliche Linke und der größte Teil der Linken der Dritten Welt stellte sich fast vollständig auf die Seite Washingtons in seiner Attacke gegen die „sowjetische Intervention“. Es gab praktisch keinen westlichen Intellektuellen, der das weltliche Regime und seinen Feldzug für die Gleichheit der Geschlechter mittels Bildung und Agrarreform unterstützte.

Während viele rückwärtsgewandte Kriegsherren gegen die vereinten afghanischen und sowjetischen Truppen vorgingen, vergewaltigten und ermordeten sie Tausende von arbeitenden Frauen und zwangen Tausende von Doktorinnen und Lehrerinnen zu flüchten, sich in ihre Häuser einzusperren und die Burka anzuziehen.

Keine der westlichen Frauenorganisationen, auch nicht marxistisch-feministische, klagten die von den USA ausgehende Konterrevolution und die mit dem Vorstoß der fundamentalistischen Kriegsherren einher-

gehende Zerstörung der Agrarreform an. Stattdessen vereinten sie sich zum „anti-sowjetischen Chor“. Der größere Teil der linken Sekten, die Buchstabensuppe der trotzkistischen, maoistischen und anarchistischen Gruppierungen, fügten der von den USA angestimmten Kampagne ihre anti-sowjetische Rhetorik hinzu. Einige kritisierten die Mudjaheddin dann wegen ihrer Exzesse und versuchten einen fortschrittlichen Kriegsfürsten zu finden, der den „Dritten Weg“ aufzeigen sollte.

Der Rückzug der mit Afghanistan I konfrontierten westlichen Intellektuellen war strategisch wichtig. Nachdem sie eine gemeinsame Basis mit den Interessen und der Politik der USA gefunden hatten, begannen die Intellektuellen damit, die Idee, dass der bestimmende Charakter der USA der Imperialismus ist, zu unterhöheln.

Die „neue Art zu denken“, die 1980 begann, führte dazu, dass viele westliche Intellektuelle den Imperialismus nur als ein politisches System betrachteten und nicht als eine Macht- und Wirtschaftsstruktur. Aus dieser Sicht heraus ist eine imperiale Politik nichts weiter als das Produkt einer besonderen Konstellation von Regierungsfunktionären, die mit anderen Funktionären im Wettbewerb stehen. Das Ergebnis war, dass die imperiale oder humanitäre Politik vom jeweiligen Zusammenhang, den Werten und den einflussreichen Politikern abhing. Die „neuen Denker“ unter den westlichen Intellektuellen gingen weiter und warfen der anti-imperialistischen Linken vor „anti-amerikanisch“ zu sein oder aber „marxistisch-orthodox“, weil die Antiimperialisten nie etwas Positives in der Politik der USA finden konnten. Einer der positiven Aspekte für sie war z.B. die Opposition Washingtons gegen die „sowjetische Invasion in Afghanistan“. Die westlichen Intellektuellen gaben jegliches kritische Urteil und jede ernsthafte Untersuchung über den Zusammenhang der von den USA geförderten Stammeserhebung und dem sowjetischen Einmarsch auf. Nach „Afghanistan I“ stieß ein wichtiger Sektor zu den Reihen des humanitären Imperialismus.

Die politischen Strategen in Washington spürten, dass es der Mühe wert war, die erfolgreiche Formel zu wiederholen, mit der sie die Unterstützung der westlichen Intellektuellen für den Afghanistan Krieg erhalten hatten. Sie hatten Recht.

Washington rechtfertigte seine Intervention in Grenada, indem es von einer „stalinistischen“ Machtübernahme sprach. In Panama rechtfertigten sie ihre Intervention, indem sie eine Opposition zum „Narko-Diktator“ Noriega vorgaben. In den Golfkrieg traten die USA ein, um gegen „einen neuen Hitler“ vorzugehen. Der humanitäre Imperialismus gewann wenig andere westliche Intellektuelle. Sie schwankten in ihrer Opposition, indem sie vorgaben, sowohl gegen eine imperiale Invasion als auch gegen den Diktator zu sein. Man vergaß, dass eine imperiale Invasion ein Land und sein Recht auf Selbstbestimmung zerstört, etwas, das wichtiger ist als ein Kampf gegen ein diktatorisches Regime.

Eine simple Gleichung, die die imperialistischen Heere mit lokalen Diktaturen, die sich der Besetzung ihres Landes entgegenstellen, gleichsetzt, hat sich in das Erkennungsmerkmal der Ausflüchte und der moralischen Dekadenz der westlichen Intellektuellen verwandelt. Die „Theorie des doppelten Dämons“ war der Übergangspunkt von einem konsequenten Antiimperialismus zur Apologie des humanitären Imperialismus. Die Art des Regimes, das sich der imperialen Invasion widersetzt, ist sekundär, wenn es um die Eroberung der imperialen Macht geht, besonders bei den Intellektuellen der imperialen Staaten. Die Alternative ist nicht humanitärer Imperialismus oder Dritte Welt Diktatur, sondern Selbstbestimmung oder Re-Kolonisierung. Die Diskussion über den Krieg beginnt mit dieser grundlegenden Alternative innerhalb der Staatssysteme. Die historische Dynamik der erfolgreichen imperialen Eroberung einer Region führt unausweichlich zu mehr Aggression und mehr Eroberung in anderen Regionen. Die Folge sind fortgesetzte Kriege und die Plünderung von Ländern und Kontinenten. Das ist der Grund, warum die Opposition zu lokalen Diktaturen dem antiimperialistischen Kampf untergeordnet ist.

Vor und während des XX. Jahrhunderts und vor allem während der letzten fünfundzwanzig Jahre, sind die wesentlichen Kriege imperialistischer Natur gewesen. Washington begann mit Grenada, gefolgt von Panama und dem Irak, dann den Balkanländern, Afghanistan und zahlreichen Ländern, die noch folgen werden. Die imperiale Machtausübung seitens Washingtons ist immer verheerender in ihrer Anwendung und immer zerstörerischer in ihren Auswirkungen.

Die Dynamik des historischen Imperialismus wird von den westlichen Intellektuellen, die die humanitäre Propaganda konsumieren, mit der Washington und seine Medien die Welt bombardieren, nicht verstanden und sie verlieren die Interrelation zwischen einem imperialen Krieg und dem anderen Krieg aus den Augen.

Der entscheidende Moment für die westlichen Intellektuellen war der Golfkrieg. Es war dies die „letzte Schlacht“ der Linken vor ihrem Kollaps während der wilden Bombardierung und Besetzung des Balkan durch die NATO. Nur ein paar Tage bevor Präsident Bush Vater seine militärische Attacke gegen den Irak startete, wandte sich der größte Teil der Linken gegen diesen Krieg. Sie forderten eine diplomatische Lösung und einen friedlichen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait oder sie waren einfach gegen eine Intervention der USA als Teil einer wegen des Erdöls durchgeführten Strategie. Der schnelle und überwältigende militärische Sieg Washingtons mit Hilfe seiner europäischen Soziusse, ohne wesentliche Verluste zu erleiden, verwandelte die öffentliche Meinung in eine immense Mehrheit für den Krieg. Der Kern der westlichen Intellektuellen, die gegen den Krieg waren, wurde zum Schweigen gebracht. Viele zogen sich

zurück oder sie vereinten sich zum lauten Chor der ex-linken intellektuellen Kriegsbefürworter, die sich an die israelische Außenpolitik koppelten und denen es nicht genügte dem Krieg zu applaudieren, sondern die auch noch den Marsch auf Bagdad forderten.

Die Dämonisierung Sadam Husseins in den Staatsmedien (ein „arabischer Hitler“) wurde von den reuigen Linken wiederholt. Sie entsagten bequem ihrer kritischen Intelligenz, um die Teilung und Besetzung des irakischen Land- See- und Luftraums gutzuheißen und eine wirtschaftliche Genozidblockade, die zum Tod von 500.000 Kindern geführt hat.

Das Zusammengehen von pro-israelischen und pro-imperialistischen Gefühlen nährte ein besonders durchsichtiges intellektuelles Niveau, das breiten Raum in den großen Kommunikationsmedien fand. Ihre persönlichen Angriffe gegen prinzipientreue linke Intellektuelle dienten dazu, die unentschlossenen Kollegen einzuschüchtern oder ihre Kritik einzuschränken.

Einmal mehr erschien die Rhetorik des „doppelten Dämons“. Die Massenermordung von Hunderten Millionen von Irakern, die de facto Kolonisierung des Landes, die Wirtschaftsblockade und die Legalisierung der Spionage, um Bombardierungsziele durch UNO Inspektoren identifizieren zu können, wurden gleichgesetzt mit dem diktatorischen Regime Sadam Husseins, das sein Land vor der totalen Zerstörung verteidigen wollte. Die perverse Politik der „moralischen Gleichsetzung“ übergab die historische Logik der Eskalierung der imperialen Expansion, der wachsenden Macht und der Bereitschaft jeden Widerstand zu zerstören, der sich dieser Expansion entgegenstellte.

Irak war das erste Versuchsterrain für den Einsatz einer massiven militärischen Macht gegen eine Potenz des zweiten Gliedes, verglichen mit so marginalen Staaten wie Grenada und Panama. Die Bombardierung und Invasion Jugoslawiens durch die Vereinigten Staaten und die NATO weiteten die Interventionsparameter auf ein europäisches Regime aus, das keinerlei Invasion durchgeführt hatte, das eine Marktwirtschaft hatte und eine gewählte Mehrparteien Regierung. In diesem Fall diente ein von separatistischen Politikern angeheizter und von den NATO Mächten ermutigter Konflikt zwischen Ethnien zum Vorwand für eine imperiale Intervention.

Washington stellte sich auf die Seite der bosnischen Muslime und des pro-faschistischen Kroatien, während Deutschland die Slowenen und das Mafia System Albaniens, eine Sektion der annexionistischen Kosovo-Albaner, unterstützte - alle gemeinsam gegen die von Serben regierte multi-ethnische jugoslawische Republik.

„Gräueltgeschichten“, von Washington publiziert, entweder tendenziös, übertrieben oder erfunden, waren voll von dem Blut der ethnischen Säuberung durch die Serben. Willkürlich ließ man das Abschlagen von

serbischen Zivilisten durch fundamentalistische Muslime in Bosnien aus oder die Vertreibung von 200.000 Serben aus der vom kroatischen Heer besetzten Krajina.

Propagandistischer Regen seitens Washingtons und der NATO mit starken Bildern von wirklichen oder gefälschten Gräueln, hinterließen eine massive Wirkung in der Öffentlich-

keit und besonders bei den westlichen Intellektuellen. Fast in ihrer Gesamtheit unterstützten sie den humanitären Krieg Washingtons und seine massive Bombardierung ziviler Ziele in Belgrad, im Kosovo und anderswo. Krankenhäuser, Fabriken, Brücken, Passagierzüge, Radio- und Fernsehstationen wurden bombardiert. Die westlichen Intellektuellen wurden bei ihrem Beweinen der bosnischen Opfer in Sarajevo und der Albaner im Kosovo von keinem Zweifel erfasst.

Die moralische und intellektuelle Blindheit der westlichen Intellektuellen hinderte sie daran zu erkennen, dass die größte in Sarajevo begangene Gräueltat von bosnischen Muslimen begangen wurde: Die Bombardierung ihres eigenen Marktes, bei der sie eine Menge Menschen töteten, um die Sympathie des Westens zu gewinnen und der NATO den notwendigen Vorwand für eine militärische Intervention zu liefern „um die Muslime vom serbischen Genozid zu erretten“. Die moralische und politische Blindheit verhalf den westlichen Intellektuellen der NGOs zu einem Zertifikat der NATO für „Politische Ethik“ und half ihnen in der Periode des „Wiederaufbaus“ Millionen von Dollar einzunehmen. Die westlichen Intellektuellen mit ihrem Ethikzertifikat waren blind gegenüber der US- und NATO Intervention im Kosovo und der darauffolgenden Bewaffnung der terroristischen Befreiungsarmee des Kosovo und dem Mord und der brutalen Vertreibung von Hunderttausenden von serbischen Zivilisten, Roma, albanischen Christen, Türken, Bosnier und Juden. Das betäubende Schweigen und die niederträchtigen Entschuldigungen der westlichen linken Intellektuellen angesichts der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO und der ethnischen Säuberung durch die UCK waren das Signal für das Ende der Politik der westlichen linken Intellektuellen, wie wir sie während der vorangegangenen fünfzig Jahre kannten.

Der moralische Striptease der westlichen linken Intellektuellen begann mit dem ersten afghanischen Krieg, als sich die Intellektuellen ihrer Oberkleidung entledigten, indem sie dem weltlichen Regime in Kabul ihre Unterstützung versagten und den von den USA getragenen fundamentalistischen Aufstand unterstützten. Danach warfen sie ihre Hemden und Hosen ab, indem sie der imperialen Eroberung des Irak heimlich zustimmten. („Es muss etwas getan werden, um ihn aufzuhalten!“) Im Balkan zogen sie dann ihre Unterwäsche aus: Die Unterstützung der westlichen linken Intellektuellen für den massiven Zerstörungskrieg gegen Jugoslawien, bei dem sie wie Papageien die Aussa-

gen des Pentagon über den humanitären Krieg wiederholten. (Einige trotzkistische Sekten gingen soweit vorzuschlagen, den Drogenhändlern und Urhebern der ethnischen Säuberungen der UCK Waffen zu kaufen.) Ein Fall von politischer Reaktion kombiniert mit einer Psychose.

Von doppelten Dämonen und vom großen Dämon

Der aktuelle Krieg Washingtons gegen Afghanistan rief von allen jüngsten imperialen Kriegen den geringsten Dissens hervor. Das Schweigen und die Komplizenschaft sind schon zur Gewohnheit geworden. Im Balkankrieg hatten die westlichen linken Intellektuellen ihre moralischen und politischen Prinzipien abgegeben. So konnten sie schon nicht mehr die Sequenz der zerstörerischen imperialen Kriege analysieren; stattdessen betrachteten sie jeden Krieg als eine humane Antwort auf Tyrannen, Geschäftemacher und Terroristen. Was gleichermaßen tadelnswert ist: Sie setzen die globale Aggression eines imperialistischen Tyrannen mit dem Widerstand der lokalen Behörden gleich.

Die intellektuelle und moralische Basis für die politische Kapitulation war gelegt, lange bevor die ersten 7.000 kg Bomben (Margaritas in der morbiden Lexik des Pentagon) auf Afghanistan fielen. Die moralische Feigheit hatte ihre Wurzeln in dem intellektuellen Schweigen angesichts des palästinensischen Befreiungskampfes. Nachdem die westlichen linken Intellektuellen die moralische Verantwortung und die politischen Prinzipien ablehnen, heucheln sie Entsetzen angesichts der „Gewalt“ im Nahen Osten. Die Folter, die Vertreibung, der Mord und die Verstümmelung von fast 20.000 Palästinensern - Christen, Muslimen, säkularen Linken - und die Zerstörung von Tausenden von Häusern, Tausenden von Hektar Olivenhainen und Obstgärten, um darauf koloniale Siedlungen zu errichten, wurden gleichgesetzt mit der Ablehnung der Selbstmordattentate gegen Autobusse und Bars von durch den Kolonialismus unterdrückten Individuen, die nicht in der Lage sind, gegen Panzer, Artilleriehubschrauber und ferngesteuerte Raketen zu kämpfen. Die Feigheit genauso wie die moralische Leere führten zum Schweigen, zur moralischen Zweideutigkeit und dem Aufgeben der elementarsten anticolonialen Prinzipien - die Feigheit, die aus der Angst geboren ist, von fanatischen intellektuellen Juden und bedingungslosen Parteigängern der israelischen Kolonisierung der besetzten Gebiete und der Vertreibung der geknechteten Bevölkerung als „antisemitisch“ bezeichnet zu werden. Die intellektuelle Feigheit angesichts der täglichen Morde und der institutionalisierten Folter - und nichts ist hinter rauchenden und übelriechenden Schornsteinen versteckt. Die westlichen linken Intellektuellen fürchten die Gegenbeschuldigungen ihrer aggressiven pro-israelischen Kollegen und sagen: „Außerdem ist der Konflikt im Nahen Osten

wichtig für sie, aber für mich hat er keine Priorität.“ Das sagen viele westliche linke Intellektuelle, wenn sie unter sich sind, ohne ihre pro-israelischen Kollegen. „Palästina hat keine Priorität“, heißt es, aus Angst politisch disqualifiziert und in den Medien und im Beruf isoliert zu werden.

Die Furcht entsteht auch wegen der Propaganda der Staatsmedien und der aufgewühlten Fähnchen schwenkenden Menge im Falle Afghanistans. Als der 11. September zum 7. Oktober führte, als der Präsident, unterstützt von beiden Parteien, dem Kongress und allen Massenkommunikationsmedien, Afghanistan den Krieg erklärte und die Welt mit seinem aggressiven „entweder seid ihr mit uns oder ihr seid mit den Terroristen“ konfrontierte, dachte der größte Teil der westlichen linken Intellektuellen nicht einmal daran zu zweifeln. Sie zogen ihre Uniformen an, salutierten und begannen über Kriegsziele, Terrorismus und nationale Sicherheit zu diskutieren. „Der totale Krieg“ (die undifferenzierte Bombardierung aller zivilen und militärischen Ziele) verwandelte sich in einen akzeptierten, wenn auch nicht erklärten Teil des terroristischen Diskurses, der die westlichen linken Intellektuellen beherrschte. Viele Kritiker, die links zu sein pflegten, akzeptierten die Grundprämisse des Krieges: dass Bin Laden und eine von Afghanistan unterstützte internationale Verschwörung für den 11. September verantwortlich waren und dass Washington das Recht hatte, „sein Volk zu verteidigen“, indem es das afghanische Volk bombardierte.

Was entscheidend für die Wandlung der westlichen linken Intellektuellen zum Afghanistan Krieg war, war die Tatsache, dass die terroristischen Attentate am World Trade Center in New York und des Pentagon derart übertrieben herausgestellt wurden, bis sie sich in Ereignisse von welthistorischer Bedeutung verwandelten. „ohne Präzedenz in der Moderne“, hieß es in den überzogenen Verlautbarungen, die aus Washington und den Medien kamen und die im Rest der Welt wiederholt wurden. In Wirklichkeit ist der Tod von 2.500 bis 3.000 Menschen alles andere als ein nie da gewesenes Ereignis. Ungefähr die gleiche Anzahl an Serben wurde von UCK Terroristen im Kosovo während der NATO Besetzung ermordet oder verschwand. Die Bombardements der Vereinigten Staaten und Großbritanniens und die Blockade des Irak forderten Hunderttausende von Toten unter den Kindern unter zehn Jahren, einige Tausend Tote pro Woche. Man könnte viele weitere Beispiele für von den USA ausgehende Gewaltpolitik anführen, mit einer höheren Sterblichkeitsrate als am 11. September. In einem Wort, die Anzahl der tödlichen Opfer war keine menschliche Tragödie „nie gekanntes Ausmaßes“. Trotzdem standen die linken westlichen Intellektuellen gefügig in einer Linie und wiederholten die Beschwörungen der Massenmedien und verbreiteten die Botschaft, dass der Krieg der USA und der NATO gegen Afghanistan ein „gerechter Krieg“ sei, mit der frommen Warnung, dass zivile Opfer ver-

mieden werden müssten. Es ist dies die Unehrlichkeit, die der Feigheit entstammt, wusste die Intellektuellen doch genau, dass der Krieg total sein würde, dass es massive Bombardements gegen alle Arten von Zielen geben würde, Hospitäler, Häuser und Flüchtlingslager eingeschlossen. Diese Vorbehalte wurden von dem Chor erstickt, der den „gerechten Krieg“ feierte.

Der Angriff vom 11. September ließ unter den Intellektuellen New Yorks totalitäre Werte aufblühen, die bereits von der bedingungslosen Unterstützung Israels her vorhanden waren. Seymour Hersh und andere geheiligte Gestalten der liberalen literarischen Linken setzten sich für die Folterung von Familienmitgliedern der des Terrorismus Verdächtigten ein. Dabei erwähnten sie lobend die täglich von der israelischen Geheimpolizei angewandten infamen Methoden. Der Staatsterror des Imperiums bekehrte Linke, beschwor das paranoide Gespenst eines bevorstehenden terroristischen Angriffs, der, so wurde behauptet, die Folter als Politik der „nationalen Verteidigung“ rechtfertige.

Der Verteidigungsminister Rumsfeld und der Justizminister Ashcroft gingen nicht so weit wie diese New Yorker Intellektuellen, sie verhafteten „nur“ Hunderte von verdächtigen Arabern, setzten die Habeas Corpus Akte außer Kraft und verteidigten den Vorschlag von Präsident Bush, die Beschuldigten in geheimen Militärtribunalen abzuurteilen.

Der Zwiespalt, der sich der New Yorker Intellektuellen schon Jahre lang bemächtigt hat, ihre Unterstützung der israelischen Repression gegen die Palästinenser und ihre Kritik an militärischen US-Interventionen an anderen Orten, wurde aufgelöst: Jetzt konnten sie den Krieg der USA gegen Afghanistan unterstützen und das israelische Gemetzel an den Palästinensern. Die Synergie die Umarmung der Gewalt rottete ihre letzten kritischen Zweifel aus. Die New Yorker Intellektuellen unterstützen voll und ganz den totalen Krieg. Sie propagierten die paranoide Sicht eines allgegenwärtigen Terrorismus, um den permanenten Krieg aufzuheizen. Es waren die totalitären Kultur Liebhaber, die Bach lauschen und die B-52 preisen, die Kulturzeitschriften in Glanzpapier herausgeben und sich über die Trümmer in Kabul freuen, die sich für das israelische Symphonieorchester begeistern und die 6.000 verstümmelten palästinensischen Kinder des letzten Repressionsjahres ignorieren. Ihre Vision ist und wird immer die eines kulturellen Totalitarismus sein.

Wenn auch die New Yorker Intellektuellen auf Grund ihrer pro-israelischen Bindungen sich beim äußersten Extrem der Kriegsbegeleitung der westlichen linken Intellektuellen wiederfinden, so gab es viele andere, die ihre eigenen Gründe fanden, um ihre Kapitulation angesichts der imperialen Kriegsmaschinerie zu rechtfertigen.

Die Feministinnen, die ursprünglich von Carter bis Clinton den Krieg gegen das im Hinblick auf Frauenrechte progressive säku-

lare Regime unterstützten (alle waren gegen die „sowjetische Intervention“), wechselten die Seiten und unterstützten jetzt den US-Krieg gegen die Taliban. Von ihrem Standpunkt aus war der Krieg eine Gelegenheit zur Befreiung der Frau von der Unterdrückung, wobei sie ganz vergaßen, dass alle afghanischen Führer der von den USA unterstützten Allianz Befürworter der Unterdrückung der Frauen sind. Die konstante Größe beim feministischen Flügel der linken westlichen Intellektuellen ist nicht ihre Unterstützung für die Gleichheit der Geschlechter, sondern ihre loyale Unterstützung der globalen Macht der USA, in der Hoffnung Fonds aufzutun und sich einen Platz in der Schlange der NGOs bei der Verteilung der Pfründe zu sichern.

Nicht alle westlichen linken Intellektuellen unterstützten den Krieg, zumindest nicht offen. Einige suchten, wie zu erwarten war, beim Argument des doppelten Dämons Zuflucht. Sie verglichen den Angriff vom 11. September mit dem fortgesetzten Angriff auf ein verarmtes Land. Der Tod von etwa 2.500 US-Staatsbürgern durch ein finsternes Gehirn, - was es auch noch zu beweisen gilt - wurde verglichen mit dem terroristischen Bombardement auf 27 Millionen Menschen, dem Mord und der Folter von Tausenden von Zivilisten und Kriegsgefangenen, der Vertreibung von 3,5 Millionen Flüchtlingen aus ihren zerstörten Dörfern und Häusern. Die Theoretiker des doppelten Dämons argumentieren, das was zählt sei das „Prinzip“ des Terrors, nicht die Zahl der Opfer. Für diejenigen, die die imperiale Politik bestimmen, ist nicht die Quantität sondern die Qualität ausschlaggebend: Ein US-amerikanisches Opfer ist soviel Wert wie 100.000 afghanische Flüchtlinge, zwanzig Börsenmakler zählen für 20.000 Hospitäler, Kliniken, Schulen, Lagerhallen und Märkte. Die grundsätzliche Perversion dieser moralischen Gleichung liegt in zwei Faktoren: Der Staatsterror, der von den Vereinigten Staaten ausgeht, ist für jeden ersichtlich; der andere Faktor ist ein großes Fragezeichen mit Sternchen - niemand verdächtigt das Regime in Afghanistan für die Angriffe verantwortlich zu sein. Die weitgehendste ihrer Beschuldigungen war, dass es dem mutmaßlichen Terroristen Osama Bin Laden Zuflucht gewährt habe. Das afghanische Regime bot Verhandlungen an und wollte den Beschuldigten einem internationalen unabhängigen Gericht übergeben, wenn ihm ein objektiver Beweis vorgelegt würde. Man hat noch nie irgendeinen Beweis erbracht, der vor einem Gericht Bestand hätte, wie Tony Blair zugab, nachdem er eine entsprechende „Beweisliste“ präsentiert hatte.

Vom theoretischen und moralischen Aspekt her ist der Krieg und der Terror von „beiden Seiten“ nicht gleichzusetzen. Einerseits ist Washington des Massenterrorismus auf dem Weg zu einem militärischen Sieg schuldig; andererseits ist nie bewiesen worden, dass das afghanische Regime etwas mit den terroristischen Akten in den Vereinigten Staaten zu tun hatte und es ist bereit gewesen eine juristische Lösung über die Ausliefe-

rung des Verdächtigen auf seinem Territorium zu überdenken. Die Ausübung von Terror durch die Bush Administration ist unmoralisch. Der Vorschlag der Taliban, diplomatische Verhandlungen über die juristische Beweislage zu führen, war ein zivilisierter und humaner Vorschlag, um mit Konflikten zwischen Staaten umzugehen. ★

Wenn also die moralische Gleichsetzung durch die westlichen linken Intellektuellen auf falschen Annahmen und unmoralischen Schlussfolgerungen basiert, zu was taugt sie dann? Sie liefert den westlichen linken Intellektuellen eine politische Deckung. Sie erlaubt es ihnen, sich von den Verteidigern der afghanischen Unabhängigkeit zu distanzieren und dem imperialen Staat und dem Chor seiner Parteigänger zu versichern, dass sie auch der Meinung seien, die Taliban hätten etwas mit den Attentaten in den USA zu tun gehabt. Vor allem glauben sie, dass die Gleichsetzung sie politisch schützt, wenn sie gleichzeitig den Krieg als falsche Mittel ansehen, gegen das „Verbrechen“ der Taliban vorzugehen. Im Ergebnis legitimieren sie den Grund für die imperiale Aggression und verurteilen gleichzeitig die kriegerische Reaktion. In Wirklichkeit propagieren die linken westlichen Intellektuellen mit der Verbindung, die sie zwischen dem afghanischen Regime und Bin Laden und dem terroristischen Akt des 11. September herstellen, das Gefühl eines verwundeten Imperiums.

Wenn die westlichen linken Intellektuellen erst der Tobsucht des Terrors, der durch alle Kommunikationsmedien verbreitet wurde, Nahrung geliefert haben, wird ihre Kritik an diesem Krieg nebensächlich. Nachdem sie die über alle Medien verbreitete Rechtfertigung des Staates verstärkt haben, erreichen die Zweifel, die westliche linke Intellektuelle am Krieg haben, nur wenige und überzeugen kaum noch jemanden.

Wie bereits in allen imperialen Kriegen vorher, vermeidet die opportunistische Linke die fundamentalen Themen und konzentriert sich auf zweitrangige Aspekte, um ihre politische Heuchelei zu rechtfertigen. Sie konzentrieren sich auf jeden Fehler in der Politik und Praxis des gegnerischen Regimes, das gegen die imperiale Macht opponiert und breiten ihn aus. Sie verweisen auf die Unterdrückung der Frau, den Analphabetismus, die Kindersterblichkeitsrate, die autoritäre Regierungsform, die restriktiven religiösen Praktiken. Die reaktionäre Politik der Taliban wird mit dem Mikroskop analysiert und unentwegt in alle Winde verkündet. Die wirkliche Botschaft dahinter lautet, dass das Regime es verdient zerstört zu werden, dass die Bombardierung des Gebiets durch B52 einen Akt der Befreiung darstellt... Die westlichen linken Intellektuellen unterstützen die B52 nicht wirklich, sie stellen sie nur in einen Kontext der Gewalt um sich dann die Haare in Verzweiflung zu raufen. Die von den USA unterstützten rückwärts gewandten Kräfte und die massive Zerstörung der minimalen Sozialstruktur, die in Afghanistan existierte, ➤

wird durch ein Teleskop betrachtet, was zu noch mehr Haare raufen führt. Die westlichen linken Intellektuellen vermeiden die wesentlichen Themen: die Selbstbestimmung, den Anti-Kolonialismus, die Einsetzung eines dem Imperium genehmen Regimes und die Logik der vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen imperialen Invasionen. Diese Probleme

werden begraben und stattdessen präsentieren die Massenmedien einen Diskurs über die Freiheit des Devisenwechslers in Kabul, der Videoverkäufer in Kandahar und der Bordellbesitzer überall.

Wenn die New Yorker Intellektuellen die Polizei bei Befragungen beraten, den Bombardements applaudieren und zu neuen Kriegen gegen „die Araber“ aufrufen, bieten in Los Angeles die Besitzer der Kulturbetriebe und die Schauspieler den militärischen Eroberern freiwillig ihre Dienste an. Am 3. Dezember 2001 trafen sich mehr als 40 leitende Verantwortliche und Gewerkschaftsführer von Kino und Fernsehen mit Karl Rove, dem politischen Berater des Weißen Hauses und mit Jack Valenti, dem Leiter der Assoziation der Kinoindustrie der USA, um darüber nachzudenken, wie die Kulturindustrie ihre Unterstützung für den Krieg in den USA und bei den Truppen in Übersee mobilisieren könnte, während sie im Rest der Welt Propaganda macht. Das erste Bataillon kahlrasierter Hollywood Soldaten, darunter George Clooney, Matt Damon, Andy Garcia und Julia Roberts, besuchte die US-Militärbasen, um die Moral anzuheben. „Stars“ des Kinos, Vertreter der US-Medienkultur spielen eine wichtige Rolle als propagandistisches Werkzeug im imperialen Krieg. In einem symbolischen Beispiel der Wildheit des Krieges sagte David Keith, Star aus „Hinter den feindlichen Linien“ einem Militärfilm, auf einem Flugzeugträger im Meer von Oman zu US Marines: „Ihr seid die Fäuste, um ihnen den Mund blutig zu schlagen ... und unsere Zähne um ihnen die Kehle zu zerreißen“, (Financial Times, 2. Dezember 2001, S. 9.)

Hollywood bereitet eine Reihe von Filmen vor, die in Stil und Inhalt genau der Linie Washingtons entsprechen. Das Ziel ist, die US-Bürger dazu zu bringen, die Ausdehnung des Krieges auf andere Regionen zu unterstützen, sie darauf vorzubereiten, (falls dies notwendig werden sollte), zukünftige Opfer zu akzeptieren und die US-Invasionen als gerechte Kriege mit der hohen Wahrscheinlichkeit eines Sieges darzustellen. Die Propagandafilme bringen, nach Meinung eines Produzenten in Hollywood, die Geschehen vergangener Kriege in einen neuen Zusammenhang. Ein Film, der auf der Invasion Somalias durch US-Truppen basiert, präsentiert die Afrikaner als Invasoren und die US-Invasionstruppen als Befreier. Hollywood spielt eine wichtige Rolle bei den Eroberungskriegen. Die politische Botschaft der Hollywood Filme ergänzt die imperiale Rhetorik Washingtons, glorifiziert die imperialen Plünderer, indem es die Eroberer „perso-

nifiziert“, Romanzen zwischen Eroberern und Eroberten einfügt und, durch das Weglassen von Folterungen und Zerstörung des zivilen Lebens, die Eroberung verherrlicht. Die Filme verwandeln die Opfer in Henker und die Eroberer in Befreier und sie sind voll des Lobes über die lokalen Kollaborateure, so als wären es Patrioten. Was bekommt Hollywood für diese „freiwillige“ Zusammenarbeit mit dem Staat? Als milliardenschwere Korporation teilt es die Interessen und die Ideologie der für die imperiale Politik Verantwortlichen. Außerdem hofft es aus dem Kriegsfieber durch hohe Zuschauerzahlen und lukrative Gewinne zu profitieren. Kurz gesagt, man hofft, dass die Übernahme der Staatspropaganda der Mühe wert ist.

Seit dem 11. September reihen sich Radio und Fernsehen in die Reihen der Kriegsmaschinerie ein. Daniel Rather von CBS, einer der wichtigsten „Nachrichten“ Moderatoren, erklärte öffentlich, er sei „bereit, die Befehle von Präsident Bush entgegenzunehmen.“ Das Fernsehen überfüttert die Heime und Arbeitsstätten mit Bildern, Interviews und Kommentaren, die die Bombardements in Afghanistan gut heißen. Jedwede „negative Information“ wird ausgeschlossen und entweder wird den zivilen Opfern keine Wichtigkeit beigemessen oder man rechtfertigt sie und missbilligt jede Opposition sowohl in Afghanistan als auch im Rest der Welt. Die „Nachrichten“ Quellen von Fernsehen und Radio stammen unverändert und ausschließlich von US-Funktionären und von Experten, die dem Krieg gegenüber positiv eingestellt sind. Diese einseitigen Kommentare verstärken die offizielle politische Haltung Washingtons. Die Massenmedien vermeiden es in irgendeiner Form die Komplizenschaft oder die Verantwortung der Vereinigten Staaten für gegenwärtige oder vergangene Gräueltaten zu erwähnen - wie etwa die Folterung und Ermordung von 600 Gefangenen in Mazar-i - Sharif. Nirgendwo in den Medien wird die Unterstützung erwähnt, die die Vereinigten Staaten in den 80er Jahren den Fundamentalisten in ihrem Krieg gegen das säkulare Regime in Afghanistan gewährt haben. Mit keinem einzigen Wort spricht man über aktive Zusammenarbeit Washingtons mit den Fundamentalisten in Bosnien, im Kosovo, in Tschetschenien und Mazedonien während der gesamten 90er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends. Es gibt keine Diskussion in den Medien über die 40 Millionen \$ Unterstützung, die Washington den Taliban noch im Mai 2001 zukommen ließ, damit sie den Anbau und Transport von Opium einstellen. Vor allem vermeiden es die Medien aber, über die Millionen von Afghanen zu berichten, die wegen der US-Bombardements auf ihre Dörfer und Städte zu Flüchtlingen geworden sind.

Mit diesem Medienangriff konfrontiert, ziehen sich die meisten westlichen linken Intellektuellen auf „ihren Schrecken des 11. September“ zurück - als Entschuldigung dafür, dass sie nicht bereit sind, sich öffentlich gegen den totalen Krieg auszusprechen.

Angesichts der durch die massiven Bombenangriffe der USA und ihrer befreundeten Kriegsherren ausgelösten Tragödie des afghanischen Volkes, der Aufteilung des Landes und dem Wüten der Drogenhändler und Banditen, die alles plündern, was nicht Teil von bewaffneten Handelskarawanen ist, ziehen sich die meisten der linken westlichen Intellektuellen, die nicht der totalitären Versuchung erlegen sind, zu ihren Büchern, in ihre Bibliotheken und Büros zurück. Aus Zynismus oder Feigheit? Angesichts dieser monströsen Verbrechen gegen die Menschheit, wenden sie sich den Studien entfernter Themen zu oder vertiefen sich in ihre Routinearbeit.

Es gibt abtrünnige und mutige Intellektuelle und Journalisten. Der britische Journalist Robert Fisk ist ein strahlendes Beispiel dieser Minderheit. Er fragt, ob man nicht ein Kriegsgericht für die Verursacher des totalen Krieges einrichten sollte. Wir warten weiter auf die Reaktion der westlichen linken Intellektuellen.

Die Demonstranten protestieren gegen den Krieg, ohne von den Medien zur Kenntnis genommen zu werden und sie werden von den Rechten des Neuen Totalitarismus, von französischen Intellektuellen wie Bernard-Henry Levy und Jacques Julliard wegen ihres „Anti-Amerikanismus“ verleumdete. Diese intellektuellen „Freunde der Vereinigten Staaten“ kennen nur die USA des Imperiums und ignorieren ihren antiimperialistischen revolutionären Teil. Viele ehemalige linke westliche Intellektuelle lindern ihre Ängste, indem sie die patriotischen Banalitäten wiederholen und den „gerechten Krieg“ feiern. Andere zögern mittels ihrer moralischen Gleichsetzung. Die Mehrheit zieht sich in apolitische Betrachtungen zurück.

Die westlichen linken Intellektuellen sind an einer Straße ohne Ausweg angekommen. Die intellektuelle Kapitulation von heute hat ihre Wurzeln in dem antikommunistischen Reflex zu Beginn der 80er Jahre und in der selbstbetrügerischen Unterstützung der humanitären imperialen Kriege der 90er. Ihre Umwertung des totalen Krieges in einen „gerechten Krieg“ ist eine Perversion des moralischen Imperativs im Dienste des Imperiums. Wie Jean-Paul Sartre schrieb, sind die imperialen Kriege das Krebsgeschwür der Demokratie.

Die Wiedergeburt der intellektuellen Praxis der westlichen Intellektuellen erfordert mehr als eine kritische Intelligenz, sie muss auf einen moralischen Mut zurückgreifen, der in der Lage ist, der einfachen Wahl zwischen doppelten Dämonen und moralischen Gleichsetzungen zu widerstehen. Die neuen linken Intellektuellen werden das Unerlässliche über die kolonialen Staaten sagen müssen, trotz der ethnischen Sensibilitäten ihrer Kollegen. Vor allem werden sie anerkennen müssen, dass sie in einem Imperium leben und sie die einzigartige Verantwortung haben, zuzugeben, dass die Imperien keine menschlichen Kriege machen, sondern nur Kriege gegen die Menschheit.

Otto Reich

Im März 2002 wurde Otto Reich in den USA zum Staatssekretär über das Sachgebiet „Lateinamerika“ erklärt. Sein außenpolitisches Zuständigkeitsgebiet erstreckt sich somit auch über Nicaragua und Kuba. Laut New York Times stand er hinter dem Putsch gegen Chavez in Venezuela. Aus diesen Gründen sollte näher auf die Person dieses Otto Reich eingegangen und einige Kenntnisse offenbart werden. Wir geben Ausschnitte eines informativen Podiumsgesprächs über „Otto Reich - ein Terrorist in der US-amerikanischen Regierung“ wieder, stattgefunden im Studio des kubanischen Fernsehens am 14. März 2002, „Jahr der Helden in Gefangenschaft des Imperiums“.

Cuba, Stenographischer Dienst des Staatsrates



Also geboren wurde er am 16. Oktober 1945 irrtümlicherweise in Havanna. Er ist Sohn eines österreichischen Juden namens Walter Reich und einer Kubanerin. Bis zum Alter von 15 Jahren und dem ersten Jahr der oberen Gymnasialstufe besuchte er die Schule „Baldor“. Im Jahr 1960 emigrierte er mit seinen Eltern in die Vereinigten Staaten und legte 1966 an der Universität von Chapel Hill in North Carolina das Abitur ab. Danach beendet er 1973 einen Masterstudienangang an der Universität Georgetown. Diese gehört zu jenen Universitäten, in denen der Zentrale Nachrichtendienst, der CIA, der Vereinigten Staaten einen guten Teil seiner Agenten und Mitarbeiter anwirbt. Dort begegnet er Frank Calzón, bekannter CIA-Agent und Terrorist, mit dem er eine Freundschaft schloß, die Informationen zufolge bis heute anhält. Im Jahr 1967 tritt er in die US-amerikanische Armee ein, wird als Offizier aus der Kadettenschule entlassen und bekleidet von 1967 bis 1969 das Amt für Zivilangelegenheiten der US-amerikanischen Armee in Panama. Im Jahr 1970 kehrt er in das Zivilleben zurück und ist von 1970 bis 1971 Rechtsassistent im Repräsentantenhaus des Kongresses; das heißt, er beginnt bereits ein „politisches Leben“. Von 1972 bis 1975 ist der Präsident der Im- und Exportfirma Cormorat Enterprises und ist gleichzeitig Auslandsvertreter des Trade Department des Staates Florida. Von 1975 bis 1976 ist er Koordinator für Gemeindeentwicklung der Stadt Miami und von 1976 bis 1981 bekleidet er in Washington die Funktion eines Operationsdirektors des Amerikanerates (COA). In all dieser Zeit, über die ich hier sprach, bewahrt Reich eine Haltung der totalen Konfrontation gegenüber der Kubanischen Revolution. Er ist, wie es scheint, kein besonders befähigter Mensch und in seinen Darlegungen in bezug auf die Kubanische Revolution ziemlich plump. Für viele, die ihn in jener Zeit kennenlernten, war er Agent des CIA oder pflegte zumindest Beziehungen zu ihm, und das nicht nur, weil er in Georgetown studiert hatte und mit Frank Calzón befreundet war, dem damaligen Agentenwerber in der Universität, sondern auch, weil er einigen, die ihn kannten, zufolge heimtückisch Ermittlungen anstellte. Auch realisierte er Studien über die Gründe und Ursachen der Niederlage bei Playa Girón, gelangte jedoch zu keinen realen objektiven Schlußfolgerungen zum Warum der Niederlage noch zu der Rolle des Volkes bei jenem Sieg.

...von 1981 bis 1983 arbeitet er für die Regierung Ronald Reagan als Administrator der US-Agentur für Internationale Entwicklung, bekannt unter der Abkürzung USAID und bekannt auch als von CIA-Agenten und Terroristen kubanischer Herkunft benutzte Tarnung. Dazu zwei Beispiele: Die Kulisse von Dan Mitrione, nach Uruguay geschickter CIA-Agent und dort von den einheimischen Revolu-

tionären hingerichtet, war die USAID. Auch die Fassade der drei Terroristen, die 1971 in Chile den Chefkommandanten zu ermorden versuchten, war die jener US-Agentur und dieser Herr nun war drei Jahre lang in der Administration einer Einrichtung, die der CIA als Fassade dient.

Das ist Otto Reich bis 1983.

Zu jenem Zeitpunkt, Randy, waren in fast ganz Zentralamerika Diktaturen an der Macht; ausgenommen die Sandinistische Revolution, die 1979 gesiegt hatte, und gerade hier sollte er im Agieren gegen die Sandinistische Revolution eine bedeutende Rolle spielen; und blickst du nach Südamerika, so gab es dort auch in fast allen Ländern Militärdiktaturen: die argentinische, die chilenische, die uruguayische, die bis 1985 anhielt; auch die brasilianische war noch an der Macht. Das heißt, in Lateinamerika waren eine große Anzahl Diktaturen an der Macht zu ausgerechnet dem Zeitpunkt, an dem er die Funktion des Administrators der Internationalen Entwicklungsagentur der Vereinigten Staaten auszuüben beginnt.

Randy Alonso:

Umfangreiche Mittel gelangten in jene Länder während jener Jahre, in denen Otto Reich dieses Amt in einer Organisation bekleidete, deren erbärmliche Geschichte, die sie auf unserem Kontinent und in bezug auf Kuba gespielt hat, wir bereits kennen. Doch Otto Reich spielte in der Regierung Ronald Reagans nicht nur diese Rolle, von der wir sagen könnten, sie hatte eine gewisse Rangstufe; nein, er wurde kurz darauf bestellt, um eine bedeutende Funktion im Auswärtigen Amt zu übernehmen, wodurch diese unheimliche Person ganz direkt in den schmutzigen Krieg verwickelt wurde, den die Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren zwar speziell gegen Nicaragua führten, in den aber alle mittelamerikanischen Länder inbegriffen waren. Diese ist nach meinem Dafürhalten eine der unheilvollsten Etappen jenes Menschen;

... Erneut zitiere ich aus dem Bericht des General Accounting Office: „Er benutzte die Namen der Anführer der Contras zur Veröffentlichung von Artikeln in bedeutenden Pressemedien.“

... Noch ein Beispiel dessen, was er tat. Er desinformierte und fälschte grob die Information, doch mit einer Besonderheit, die ich als Beitrag dieser Gruppe in der Geschichte der schmutzigen Methoden der Politik betrachte. Sie fertigten zum Beispiel einen Bericht an, in dem es hieß, Nicaragua verfüge über sowjetische Kampf-MiG's, die Offensivwaffen seien und eine drohende Gefahr darstellten für faktisch die gesamte Nation der Vereinigten Staaten, ganz Zentralamerika und die ganze Welt. Und das war nicht wahr. In Nicaragua stand kein sowjetisches Jagdflugzeug vom Typ MiG. Sie hatten Heli-

kopter mit Artillerie und sonst nichts; nicht eine MiG. Es war unwahr. Doch das war noch nicht das Schlimmste. Das Schlimmste war, daß Otto Reich den Bericht schrieb, diesen einem der Komplizen übergab, wo er unterschrieben wurde.

Wer unterzeichnete? Nun, es unterzeichnete der Berater des Nationalen Sicherheitsrates Robert McFarlane. Der Bericht kam, er unterzeichnete ihn und ließ „durchsickern“ - so erfolgt das Durchsickern bis hin zur Presse - „In Dokumenten aus Quellen, die darum baten, nicht genannt zu werden“ usw. usf.



„heißt es, Nicaragua verfüge über sowjetische MiG's“. All das erfand Otto Reich in seinem Büro. Auch das ist ein Delikt. Francisco Campbell erzählt weiter: „Von diesen Büros gingen stets antisandinistische Kampagnen aus, in denen es hieß: 'die Sandinisten verfolgten die Juden'; dann waren es schon nicht mehr die Juden, sondern sie sprachen von einem Massenmord an Farbigen und Miskiten und zeigten Fotos, bei denen man später feststellte, daß sie aus Kriegen in afrikanischen Ländern stammten.“ Sie nahmen also ein Kriegsfoto eines afrikanischen Landes und sagten: „Das sind die Sandinisten bei der Verfolgung der Miskiten.“ Das tat Otto Reich und dieses Amt. Daran sieht man den Grad an Ethik und Achtung des Gesetzes, wie sie in diesem von Otto Reich geleiteten Amt herrschte.

Francisco Campbell fährt fort: „Außerdem gaben sie zu verstehen, daß die Sandinisten durch den sogenannten 'Dominoeffekt' in die Vereinigten Staaten im Bereich des texanischen Arlington einfallen würden. Sachen wie diese waren ständig von dort zu hören und wurden in die ganze Welt gesendet.“

Das ist das, was du sagtest. Sie bereiteten die Öffentlichkeit vor: „Die Sandinisten werden in die Vereinigten Staaten einfallen.“ Man erinnere sich an den berühmten Ausspruch von Reagan in bezug auf El Salvador, der jedoch auf Nicaragua anwendbar ist: „El Salvador liegt näher bei Houston als Houston bei New York“, was so viel heißt wie „das Land befindet sich in Gefahr“; und bei dieser Vergiftung des US-amerikanischen Volkes, über die ich später noch sprechen will, spielte Otto Reich eine Hauptrolle.

Otto Reich fungiert in den Jahren 1991 und 1992 als Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Menschenrechtskommission in Genf, wo er die antikubanische Politik fortsetzt. Es ist nicht zuviel, ins Gedächtnis zu rufen, daß 1987 die große Kampagne gegen unser Land einsetzt, die - und hier knüpfe ich an meine vorherigen Worte an, auch wurde es öffentlich geäußert und Kuba hat es mehrfach angeprangert - mit der Hauptrolle Kubas bei der Anklage der unaufhörlichen Verletzungen der Menschenrechte in unserer Region, in Lateinamerika zu tun hat; speziell als damit begonnen wird, vor die Menschenrechtskommission Fälle wie die von El Salvador und Guatemala zu bringen.

Juana Carrasco: Randy, man muß sagen, daß Reich während jenes gesamten Jahrzehnts bis heute alles getan hat, um dem Handel mit Kuba zu behindern, die Blockade zu verstärken, die konterrevolutionären Grüppchen zu unterstützen, subversive Handlungen in Bereichen wie beispielsweise in der Presse und unter den Wissenschaftlern durchzuführen, die Interessenvertretung zu benutzen, das Helms-Burton-Gesetz zu verfechten, zu erreichen, daß unser kleiner Elián in den Vereinigten Staaten bleibt. Dazu hat er im wesentlichen zwei Organisationen benutzt, einmal das US-Cuban Business Council, also den Geschäftsausschuß USA-Kuba, und zum anderen das Center for a Free Cuba, das Zentrum für ein freies Kuba des Frank Calzón. Wir wollen nun zu diesen beiden Institutionen etwas sagen sowie zu den - sagen wir - „akademischen“ Aktivitäten, mit denen sich Reich in jener Zeit befaßte - denn er zeigte eine starke Beteiligung an Programmen, Foren, Seminaren und Podiumsgesprächen.

Der US-Cuban Business Council ist eine Organisation, die sich speziell mit politischen, akademischen und Sektoren der Wirtschaft befaßt. Mit welchen Zielen? Mit dem Ziel der Beeinträchtigung der Aufnahme von Handelsbeziehungen, des Eingehens von Investitions- oder Geschäftsverpflichtungen zwischen einem jeden US-Unternehmen und Kuba; und natürlich auch im Hinblick auf Firmen anderer Länder, falls die Möglichkeit dazu bestand. Doch außerdem, mit welcher Begründung? Mit der Begründung, daß sie das Eigentumsrecht - „Eigentumsrecht“ ist ihre Wortwahl - jener Firmen schützen, die es reklamieren, die in Kuba nationalisiert wurden und die auch im gesamten Helms-Burton-Gesetz enthalten sind.

... Welches andere Ziel gibt es noch? Die Umsetzung von Programmen und akademischen Studien diverser Art mit einem einzigen Ziel, dem der Desinformation über die soziale, politische und ökonomische Situation Kubas. Dahinter steht eine ganz wesentliche Absicht, nämlich die der Verschärfung der Blockadepolitik und des Versuches, eine interne Subversion zu fördern.

Im Jahr 1994 begann Otto Reich seine Lobbytätigkeit mit seiner Firma RMA-International zugunsten von Bacardí-Martini Inc., und ab diesem Jahr beginnt er viel Geld einzustecken, man spricht davon, daß die von Reich geleitete Firma RMA-International insgesamt laut Quellen der Mafia selbst 600 000 Dollar von Bacardí wegen seiner Lobbyarbeit erhielt, selbstverständlich darin eingeschlossen ist die Arbeit für die Verabschiedung des infamen und kriminellen Helms-Burton-Gesetzes und der Sektion 211 über Marken und Patente, an die wir uns alle erinnern, und wegen denen diese Firma enorm profitiert hat. Zusätzlich zu dem ist dies der Zeitraum, in dem er - wie Juanita ankündigte - dem sogenannten US-Cuban Business Council Vorstand - das ist eine Körperschaft, die bereits im Jahr 1993 gegründet wurde und wo Bacardí und andere transnationale Konzerne vertreten waren, die sie mit dem Ziel unterstützten, angeblich einen Übergang in ein postrevolutionäres Kuba zu erreichen; dort waren Bacardí, als einer der Hauptfinanziers dieses Rates, Kelley Drye and Warren, Chiquita, Coca-Cola, Ford-Motors, General Motors, die Zeitung Miami Herald, Pepsi-Cola, Texaco, gut, einige dieser transnationalen Firmen. Mittels dieser zwei Aktionen, sowohl als Rechtsberater von Bacardí, mit seiner Firma RMA-International, und auch als Präsident des Geschäftsrates USA-Kuba, war er in zahlreichen Momenten sogar bei einer Anhörung des Unterausschusses für die westliche Hemisphäre des Ausschusses für Internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses, wo er sich 1995 für die Verschärfung der Blockade gegen unser Land aussprach. Auch zu jenem Zeitpunkt unternahm er mit der Hilfe von Helms und der Triade von antikubanischen Kongreßabgeordneten zahlreiche rechtliche Aktionen, um die Investitionen ausländischer Firmen in unserem Land zu verhindern. Er nahm dort Verbindungen auf, wie bereits gesagt wurde, mit seinem Freund von der Georgetown University, Frank Calzón, CIA-Agent, und er bekräftigte in all diesen Momenten die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade gegen unser Land.

Bei der Schaffung des Helms-Burton-Gesetzes spielt er jetzt eine wichtige Rolle, und er nimmt aktiv daran teil, einige Ratschläge hinsichtlich dieses infamen Gesetzes zu geben. Erinnern wir daran, daß dies ein extraterritoriales Gesetz ist, ein Gesetz, das als Prototyp einer offen kolonialistischen Aktion gegenüber einem anderen Land angesehen werden kann, eine Gesetzgebung, bei der bis ins Detail festgelegt wird, was ein postrevolutionäres Kuba wäre, und in dem die Blockade gegen unser Land vollständig kodifiziert wird; und in dem auch festgelegt wird, daß man nur nach einer Entschädigung der von Kuba konfiszierten - wie sie behaupten - Besitztümer, - wobei sie selbstverständlich all die kubanischen Mafiosi in den USA einbeziehen -, über die Aufhebung der Blockade reden könnte. Und dafür würde vom US-Präsidenten ein „Koordinator“ bestimmt, um diese Übergangsperiode sicherzustellen und die Verteilung der US-Hilfe an Kuba an diese angebliche Übergangsregierung zu gewährleisten.

Ein undurchsichtiger und unheilvoller Mann ist der neue Unterstaatssekretär des State Department der USA. Ein Terrorist ist in die höchsten Sphären der US-Regierung durch die Methode des Aufzwingens gelangt. Als Vertreter der schlimmsten Interessen der extremen Rechten der USA, treuer Verbündeter der antikubanischen Mafia, Komplize des Völkermordes an den mittelamerikanischen Völkern während des schmutzigen Krieges der USA, Beteiligter am Iran-Contras-Skandal, professioneller Lügenspinner, Komplize des Drogenhandels, Pate bekannter Terroristen wie Luis Posada Carriles und Orlando Bosch, Lobbyist für Bacardí und Impulsgeber des kriminellen Helms-Burton-Gesetzes und Förderer des Rüstungswettlaufs in Lateinamerika wird Otto Reich von zahlreichen Politikern und Persönlichkeiten der USA und Lateinamerikas abgelehnt.

Dies ist nur ein Auszug aus dem umfangreicheren Podiumsgespräch zu Leben und Wirken Otto Reichs. Bei Interesse sende ich gerne auch die Gesamtfassung via mail zu:

Bernhard.Ostermeier@web.de

★ Jack The Ripper auf dem Chirurgenkongress

Die Welt darf aufatmen: Nach einem Jahr schmachvoller Abstinenz vom erlauchten Kreis der Menschenrechtskommission in Genf können sich die USA wieder Mitglied nennen. Als die Vereinigten Staaten von Amerika 2001 in geheimer Wahl einen so schönen Fußtritt erhielten, gab es nicht wenige in unseren Reihen - glühende Atheisten unter ihnen - die sich nur mit Mühe bremsen konnten, Dankeskerzen in Gotteshäusern anzuzünden, glaubten sie doch, einer transzendentalen Gerechtigkeit teilhaftig geworden zu sein, die sie in diesem Leben nicht mehr für möglich gehalten hatten.

Prosaischere Naturen meinten: „Völlig in Ordnung! Den USA gehen die Menschenrechte doch eh' am Arsch vorbei. Was hatten die überhaupt in einem solchen Gremium zu suchen?“

Und jetzt lecken alle ihre Wunden, da die Spanier und die Italiener vor der höheren Autorität zurückgewichen sind und wie Schulbuben in der überfüllten Straßenbahn der schnaufenden Oma mit den Einkaufstüten ihren Platz angeboten haben.

„Zu Unrecht!“, schreien wir nun.

Diese Ansicht ist vollkommen verkehrt.

Bei der Genfer Menschenrechtskommission geht es bekanntlich nicht um Menschenrechte, sondern um Menschenrechtsverletzungen, und wer wäre diesbezüglich kompetenter als die Vereinigten Staaten von Amerika! Da können sie aus dem Born ihrer Erfahrungen schöpfen. Wie man Menschenrechte verletzt, davon verstehen sie was. Guatemala, Cuba, Chile, Haiti, Argentinien, El Salvador, Nicaragua, Grenada, Jamaika, Puerto Rico ... ach, man möchte gar nicht mehr aufhören!

Kann es sich eine internationale Einrichtung von einiger Reputation leisten, auf so viel profundes Expertentum zu verzichten?

Nun ist es sicher gar nicht so einfach, in der beschaulichen Schweiz die Menschenrechte zu verletzen. Wie macht man das?

Es ist allein der hohen Professionalität der USA auf diesem Gebiet geschuldet, dass es ihnen immer wieder irgendwie gelingt, den widrigen Rahmenbedingungen einer so idyllischen Stadt wie Genf zu trotzen und tatsächlich die eine oder andere ganz ordentliche Verletzung der Menschenrechte hinzukriegen, als da wären: Bestechung, Erpressung, Nötigung, Freiheitsberaubung mittels Kesselbildung und juristisch artverwandte Tatbestände.

Eine willkommene Gelegenheit dazu ist die alljährliche Neuauflage der Verurteilung Cubas vor der Menschenrechtskommission. Diese erfordert stets eine wochenlange Lobbyarbeit rund um die Uhr sowie einen Geldbeutel, von dem normalsterbliche Länder nur träumen können.

Vertreter der EU-Staaten muss man sich nicht erst gefügig machen. Ihnen ist Gefügigkeit, was US-Wünsche betrifft, schon zur zweiten Haut geworden.

Anders verhält es sich mit den stimmberechtigten Entwicklungsländern, die Cuba aus nachvollziehbaren Gründen heraus eher zugetan sind.

Zuckerbrot und Peitsche ist hier das Motto. Den einen stellt man in Aussicht, ihr Staatshaushaltsdefizit auszugleichen (na ja, vielleicht nicht ganz), die anderen warnt man, dass man ihnen bereits zugesagte Kredite kappen werde. Dieses Drohen und Schmieren und Antichambrieren tritt am Tage der Abstimmung in seine entscheidende Phase.

Minuten vor dem Votum nimmt die Angelegenheit zirkensische Züge an, wenn zum Beispiel Stoßtrupps von bis zu 60 US-Vertretern Menschenketten bilden, um cubanischen Diplomaten den Zugang zu den unsicheren Kantonisten unter den Wahlmännern und Wahlfrauen unmöglich zu machen.

Auch kommt es zu Szenen, die die Dramatik einer griechischen Tragödie zu atmen scheinen. Es gibt ein wunderbares Foto aus dem vorigen Jahr: Ein US-Lobbyist auf den Knien vor einem sitzenden Drittweltstaatenvertreter. Dass ersterer kniet, ist unstrittig; was aus der Aufnahme nicht ganz klar wird, ist, ob seine Hände in beschwörendem Flehen erhoben sind oder ob er im Begriff ist, sein Gegenüber zu würgen.

Wohlgemerkt: dies ganze Tohuwabohu nur dafür, dass dieses oder jenes Land für den Antrag stimmt, Cuba zu verurteilen (oder sich doch wenigstens nicht dagegen ausspricht). Einen zu finden, der diesen Antrag einbringt, ist eine Strafe für jemanden, der Vater und Mutter erschlagen hat! Von diesem Jahr ist der Fall überliefert, dass der Präsident von Ecuador auf eine Asien-Reise ging, nur um nicht vor Ort auffindbar zu sein.

Der Vorgang geht von der Prämisse aus, dass es keinesfalls die USA sein dürfen, die den Antrag zur Verurteilung Cubas stellen, was sich insofern zu einer Art „running gag“ der Weltgeschichte entwickelt hat, als praktisch kein Land außer den USA daran interessiert ist, Cuba verurteilt zu sehen, und jeder weiß es. Das Verschieben eines anderen vermeintlich Menschenrechtsbeflissenen durch die Vereinigten Staaten ist über die Jahre zu einem so durchsichtigen Manöver geworden, dass die Medien - zumindest die hiesigen - das Abstimmungsergebnis kaum

noch auch nur einer Erwähnung würdigen. Dennoch halten die USA mit maultierhafter Sturheit an einem Prinzip vorgeblich erhöhter Glaubwürdigkeit fest, das längst nicht mehr funktioniert.

Nachdem zwei Jahre hintereinander die Tschechische Republik (ohne Frage auf Betreiben des fanatischen Antikommunisten Vaclav Havel hin) dieses zweifelhafte Banner getragen hatte, war den Tschechen diesmal aus Gründen, die sich meiner Kenntnis entziehen, wohl die Lust vergangen. Die Vereinigten Staaten sahen sich genötigt, anderweitig Ausschau zu halten, und da sie zur Zeit heftigst daran arbeiten, Lateinamerika - unter anderem über das geplante neue Wirtschaftsabkommen ALCA - unter ihre Knute zu zwingen, musste um jeden Preis ein lateinamerikanisches Land dran glauben.

Nach wochenlangem Pokern und Feilschen präsentierte man 15 Minuten (!) vor Meldeschluss den Kleinstaat Uruguay als Halter des Schwarzen Peters. Als Cuba daraufhin den Präsidenten Batlle einen Verräter nannte, ging die Botmäßigkeit der uruguayischen Regierung so weit, dass sie die diplomatischen Beziehungen zu Cuba abbrach, was ihr nun den Zorn des eigenen Volkes einträgt, das sich in seiner Meinung keineswegs vertreten sieht. Hier ist das letzte Wort sicherlich noch nicht gesprochen. Als Anfang Mai der ehemalige cubanische Botschafter in Montevideo das Land verließ, gab es auf dem Weg zum Flughafen einen gewaltigen Autokorso, und Zehntausend standen Spalier.

Aber es gibt wichtigere Länder als Uruguay.

Das Abstimmungsverhalten Mexikos hat in diesem drittgrößten Land Lateinamerikas zu einer handfesten Staatskrise geführt. Genf war sozusagen der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, nachdem es zuvor bereits in den Beziehungen zwischen Cuba und Mexiko zu empfindlichen Irritationen gekommen war: zunächst durch die höchst seltsamen Begleitumstände der gewaltsamen Botschaftsbesetzung in Havanna, vor allem aber durch die Brüskierung Fidel Castros auf dem Gipfel in Monterrey.

An beiden Vorfällen hatten die Machiavellisten des Außenministers Jorge Castañeda entscheidenden Anteil. Die Ungeschicklich-

keit von Präsident Vicente Fox im letzteren Fall tat ihr übriges dazu.

Diese Episode lohnt, etwas genauer betrachtet zu werden.

Er hatte Fidel am späten Abend vor dem Treffen von Monterrey angerufen, und dem schwante nichts Gutes, als er das Gespräch entgegennahm.

★ Nachdem Fox eine Weile um den heißen Brei herumgescherzt hatte, ließ er die Katze aus dem Sack: Er bat den cubanischen Staatschef eindringlich, seine Redezeit am nächsten Tag unbedingt auf 5 Minuten zu beschränken und sich danach, wenn irgend möglich, sofort zu entfernen, da nach dem Willen der Beratergruppe des US-Präsidenten, der ebenfalls sein Kommen angekündigt hatte, dieser keinesfalls, nicht einmal zufällig, mit ihm, Fidel, zusammen-treffen dürfe.

Cubas Maximo Lider, der Vicente Fox diplomatische Unbill ersparen wollte, tat am folgenden Tag, wie ihm geheiß: Er reiste an, redete exakt 5 Minuten und verließ ohne Verzögerung den offiziellen Ort des Geschehens. Er flog allerdings nicht sofort nach Hause, sondern traf sich - abseits der Tagung - zu einem angeregten Plausch mit Venezuelas Hugo Chavez. In einem Restaurant mit typisch mexikanischer Küche ließen sich die beiden „pikante Tacos“ schmecken. Darüber gingen einige Stunden ins Land. Stunden, die George W. Bush auf dem grenznahen Flugplatz von El Paso damit verbrachte, von einem Bein aufs andere zu treten und die Fliegen an der Wand zu zählen, da er (bzw. der umtriebige Stab seines Think Tanks) offenbar Order gegeben hatte, der Tower von Monterrey International Airport solle ihn über den definitiven Start von Fidel Castros Flugzeug verständigen; vorher rühre man sich nicht vom Fleck.

Von dieser Unbequemlichkeit des vielbeschäftigten Mannes ahnte Fidel freilich nichts. Oder etwa doch? Natürlich trat er noch am selben Tag den Heimflug an, aber die Laune des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika dürfte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die allerbeste gewesen sein.

Das Nachspiel, das nun folgte, entwickelte eine Eigendynamik, die wohl keiner so richtig auf der Rechnung hatte.

Auf der Pressekonferenz des Gipfels fragten Reporter, die von Fox' stillschweigendem Deal mit Fidel Castro keine Ahnung hatten, nach dem Grund für den überstürzten Weggang des cubanischen Präsidenten.

Es sei auf dessen eigenen Wunsch hin geschehen. Antwortete Castañeda. Antwortete Fox. Man sei selber überrascht gewesen und wisse nichts Genaues.

Und um dieser Chuzpe noch eins draufzusetzen, verweigerte man Ricardo Alarcón, dem Präsidenten der Nationalversammlung, den Fidel aussersehen hatte, an seiner statt Cuba in Monterrey zu vertreten, die Teilnahme. Castro sei angemeldet gewesen und er habe es aus freien Stücken vorgezogen, vorzeitig zu gehen.

Als Fidel von diesen Aussagen und Vorgängen erfuhr, reagierte er begreiflicherwei-

se ziemlich angesäuert und erklärte jedem, der es hören wollte, er sei vom mexikanischen Präsidenten selbst dahingehend instruiert worden.

In Mexiko verwarf man auf Regierungsseite darob ratlos die Arme und zeigte sich verwundert über die anscheinend lebhaftes Phantasie Fidel Castros. Es sei in keiner wie immer gearteten Weise Druck auf ihn ausgeübt worden. Seine unvermittelte Abreise bleibe ein Mysterium.

In einer regierungsamtlichen Stellungnahme Washingtons - ich erinnere mich nicht mehr, ob von Ari Fleischer oder Condoleezza Rice vorgetragen (aber wen juckt das?) - hieß es provokativ, es sei doch wohl völlig klar, wer in diesem Streit der Lügner sei, denn wer glaube schon Fidel Castro!

So ging das eine ganze Weile hin und her und schaukelte sich allmählich hoch.

Doch nicht einmal der mit allen Wassern der Intrige gewaschene mexikanische Außenminister Jorge Castañeda witterte Unheil, als Fidel orakelhaft die Warnung von sich gab, man solle ihn besser nicht dazu zwingen, Beweise vorzulegen. Niemand vermochte sich vorzustellen, worin diese Beweise bestehen könnten. Man hielt es auf mexikanischer Seite für ein Dreschen leeren Strohs. Und die Sticheleien gingen unvermindert weiter.

Die Bombe platzte, als zu allem Überfluss am 19. April Mexiko auch noch - entgegen einer Zusage auf höchster Ebene - für eine Verurteilung Cubas durch die Genfer Kommission stimmte.

Fidel griff zur „ultima ratio“, um seine Ehre wiederherzustellen und veröffentlichte einen Mitschnitt seines nächtlichen Telefonats mit dem mexikanischen Präsidenten.

Tumultartige Szenen am nächsten Tag im dortigen Parlament! Mexikanische Tageszeitungen mit hoher Auflage überschrieben ihre Titelseiten mit „Fox als Lügner entlarvt“ oder ähnlich. Die Regierung Mexikos unternahm einen lendenlahmen Versuch, die öffentliche Meinung auf die Unverschämtheit Castros zu lenken, ein Privatgespräch den Medien zugänglich gemacht zu haben. (Dass dies nicht gerade die „feine englische Art“ ist, war Fidel zweifellos bewusst; deswegen zögerte er diese Maßnahme ja auch so lange hinaus.)

Bemerkenswerterweise interessierten sich aber nur wenige für die Indiskretion als solche. Es war vielmehr deren Ergebnis, was zählte, und das war niederschmetternd genug:

Der mexikanische Präsident stand gleichsam wie im Nachthemd auf dem Marktplatz - als einer, der sein Volk wochenlang mit Münchhausiaden getäuscht und, schlimmer noch, sich als etwas entpuppt hatte, das die kollektive mexikanische Seele kaum je verzeiht, nämlich als Stiefellecker der Gringos.

Es zeugt freilich von hohem Einfühlungsvermögen seitens des Parlaments, der Medien und der Wut der Straße, dass man weniger Präsident Vicente Fox zum Rücktritt drängen will. Vielmehr fordert man, dass er den schon mehrfach erwähnten Herrn des Auswärtigen Amtes feuert, den man völlig zu Recht als

den eigentlichen Strippenzieher und Verursacher jenes bilateralen Scherbenhaufens geoutet hat, der von dem über Jahrzehnte guten Verhältnis zwischen Mexiko und Cuba übriggeblieben ist.

Castañeda ist denn auch inzwischen für die cubanischen Medien „zum Abschluss“ freigegeben, während man bei Fox noch wesentlich zurückhaltender ist. Ihn nannte Fidel erst kürzlich „un hombre decente con poca experiencia politica“ - einen ehrbaren Mann mit wenig politischer Erfahrung.

(Stand der Dinge Anfang Mai)

Noch einmal zurück zur Verurteilung Cubas vor der Menschenrechtskommission in Genf:

Da die USA dieses eine Mal nicht stimmberechtigt waren, mussten sie noch mehr rödeln als gewohnt, um ihren Willen durchzusetzen. Dabei hatte man aus bereits genannten Gründen die Einflussnahme auf die Latinos zur Chefsache erklärt. George W. Bush höchstselbst, sein Außenminister Colin Powell sowie der Lateinamerikabeauftragte Otto Reich waren sich für diesen Einsatz nicht zu schade gewesen. Probleme machten diesmal die Afrikaner. Am Tage vor der Schlussabstimmung herrschte äußerste Nervosität, denn da bahnte sich noch eine 22:24 Pleite für den Antrag „Uruguays“ an. Erst durch den brachialen Einsatz von nicht weniger als 70 Offiziellen (von denen seltsamerweise keiner aus Uruguay kam) glückte es schließlich noch, Kamerun komplett umzudrehen (aus Gründen, die im Dunkeln blieben) und Sierra Leone (Drohung, Druck auf die Vereinten Nationen auszuüben, die Friedenstruppen aus dem Land zurückzuziehen) sowie Swaziland (Drohung, die internationale Hilfe zu kürzen) zumindest zur Stimmenthaltung zu bewegen. Der Kongo, der sich im April vergangenen Jahres noch schlichtweg vor der Abstimmung gedrückt hatte, votierte übrigens diesmal gegen den Antrag. Aber am Ende gelang es einmal mehr, das Rennen gegen Cuba um Brustbreite zu gewinnen.

Nun mag man sich fragen: Warum hängen sich die USA immer noch mit derartiger Power in die Sache rein? Warum opfern sie Nerven und Unsummen Geldes, um einen 23:21 Erfolg einzufahren, ein Ergebnis, das in seiner Knappheit von Jahr zu Jahr immer weniger Menschen überhaupt zur Kenntnis nehmen?

Die Antwort Cubas auf diese Frage - vorgetragen von den cubanischen Gästen auf der letzten BDK in München - ist einigermaßen überraschend:

Mit diesen hauchdünnen Siegen erarbeiten sich (im wahrsten Sinne des Wortes) die USA ihre einzige moralische Autorisation, die Blockade weiter aufrechtzuerhalten. Anders gesagt: Solange Cuba - schwarz auf weiß - die Menschenrechte verletzt, hat man eine Handhabe, es abzustrafen.

Widerspruch lag mir auf der Zunge, aber ich schluckte ihn höflichkeitshalber herunter. Vor ein paar Jahren nämlich (ich meine, es war 1997) trat für die Anti-Cuba-Politik der Vereinigten Staaten der Super GAU ein: Sie verloren die Abstimmung in Genf!

Fortsetzung Seite 25 ►

Fidel Castro auf der internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

Monterrey, Mexiko, am 21. März 2002

Exzellenzen:

Was ich hier äußere, wird nicht von allen geteilt; doch ich werde sagen, was ich denke und werde dies mit Achtung tun.

Die derzeitige Weltwirtschaftsordnung ist ein System der Ausplünderung und Ausbeutung, wie es noch nie in der Geschichte dagewesen ist. Immer weniger glauben die Völker an Deklarationen und Versprechen. Das Prestige der internationalen Geldinstitute liegt unter dem Nullpunkt.

Die Weltwirtschaft ist heute ein gigantisches Spielkasino. Neuere Analysen ergaben, daß für jeden in den Welthandel geflossenen Dollar mehr als hundert Dollar in Spekulationsgeschäfte fließen, die nichts mit der realen Ökonomie zu tun haben.

Diese Wirtschaftsordnung hat für 75 Prozent der Weltbevölkerung die Unterentwicklung bedeutet.

Die extreme Armut in der Dritten Welt erreicht bereits ein Ausmaß von 1,2 Milliarden Menschen. Die Kluft wird größer, nicht kleiner. Die zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern bestehende Einkommensdifferenz, die 1960 das 37fache betrug, beträgt heute das 74fache. Man ist zu derartigen Extremen gelangt, daß die drei reichsten Personen der Welt ein Vermögen besitzen, das ebenso hoch ist wie das BIP der 48 ärmsten Länder zusammengenommen. Im Jahr 2001 waren es 826 Millionen Menschen, die Hunger litten; die Anzahl der erwachsenen Analphabeten betrug 854 Millionen; 325 Millionen Kinder bleiben der Schule fern; zwei Milliarden Menschen leiden Mangel an wesentlichen Medikamenten zu niedrigen Preisen; 2,4 Milliarden Menschen entbehren der sanitarischen Grundleistungen. Jährlich sterben mindestens elf Millionen Kinder unter fünf Jahren infolge vermeidbarer Ursachen und 500 000 erblinden durch Mangel an Vitamin A.

Die Einwohner der entwickelten Welt leben 30 Jahre länger als die Bewohner Schwarzafrikas.

Ein wahrer Völkermord!

Den armen Ländern kann keine Schuld an dieser Tragödie gegeben werden. Diese waren es nicht, die ganze Kontinente eroberten und über Jahrhunderte hinweg ausplünderten, den Kolonialismus errichteten, die Sklaverei wieder einführten, noch den



Fidel in Monterrey

Foto: *gramma*

modernen Imperialismus schufen. Sie waren deren Opfer. Die Hauptverantwortung der Finanzierung ihrer Entwicklung kommt jenen Staaten zu, die heute aus offenkundigen historischen Gründen den Nutzen jener Grausamkeiten genießen.

Die reiche Welt soll die Auslandsschuld erlassen und neue weiche Kredite zur Entwicklungsfinanzierung gewähren. Die stets kargen und oftmals lächerlichen Unterstützungsangebote sind unzureichend oder werden nicht eingehalten.

Was benötigt wird für eine echte nachhaltige sozioökonomische Entwicklung ist das Vielfache von dem, was behauptet wird. Maßnahmen wie die von dem kürzlich verstorbenen James Tobin empfohlenen, um dem unaufhaltsamen Strom der Geldspekulation einen Riegel vorzuschieben - obwohl seine Idee nicht auf Entwicklungshilfe gerichtet war - wäre heute eventuell das einzig Mögliche für die Schaffung genügender Fonds, die dann in der Hand der Vereinten Nationen und nicht von unheilbringenden Institutionen wie dem IWF direkte Entwicklungshilfe leisten könnten bei demokratischer Partizipation aller und ohne daß die Völker Unabhängigkeit und Souveränität opfern müßten. Das Konsensusprojekt, das uns von den Herren der Welt in dieser Konferenz aufgezwungen wird, bedeutet, daß wir uns mit einem demütigenden Almosen zu begnügen haben, das an Bedingungen geknüpft ist und Einmischung beinhaltet.

Alles seit Bretton Woods bis heute Gegründete ist nochmals zu überdenken. Ausschlaggebend waren die Privilegien und Interessen des Mächtigeren. Angesichts der tiefen Krise von heute bieten sie uns eine noch schlimmere Zukunft, in der es niemals eine Lösung geben wird für die ökonomische, soziale und

ökologische Tragödie einer immer unregierbaren Welt, in der es jeden Tag mehr Arme und mehr Hungerige geben wird, so als sei ein großer Teil der Menschheit überflüssig.

Für die Politiker und Staatsmänner ist die Stunde ersten Nachdenkens gekommen. Die Meinung, eine ökonomische und soziale Ordnung, die sich als unhaltbar erwiesen hat, könne mit Gewalt durchgesetzt werden, ist eine kopflose Idee.

Die mit jedem Tag moderneren Waffen, die sich in den Arsenalen der Mächtigsten und Reichsten anhäufen, werden - wie ich bereits einmal äußerte - zwar die Analphabeten, die Kranken, die Armen und die Hungrigen töten können, doch die Unwissenheit, die Krankheiten, die Armut und den Hunger werden sie nicht töten können.

Man sollte ein für allemal „die Waffen ruhen lassen“.

Es muß etwas getan werden, um die Menschheit zu retten!

Eine bessere Welt ist möglich!

Vielen Dank.

Erklärung, Monterrey, 21. März 2002

Herr Präsident, ich bitte Sie um zwanzig Sekunden für eine Erklärung.

Exzellenzen!

Sehr geehrte Delegierte!

Ich bitte Sie alle um Entschuldigung, Sie nicht weiterhin begleiten zu können, und zwar aufgrund einer spezifischen Situation, die sich aus meiner Anwesenheit auf diesem Gipfeltreffen ergeben hat und weshalb ich mich gezwungen sehe, sofort in mein Land zurückzukehren.

Die Leitung der Delegation Kubas übernimmt Genosse Ricardo Alarcón de Quesada, Präsident der Nationalversammlung der Volksmacht und unermüdlicher Verfechter der Rechte der Dritten Welt. Auf ihn übertrage ich die mir als Staatschef auf diesem Treffen zukommenden Ermächtigungen.

Ich erwarte, daß ihm an keiner der offiziellen Aktivitäten, an denen er als Leiter der kubanischen Delegation und Präsident des höchsten Organs der Staatsmacht in Kuba einen Anspruch hat, die Beteiligung verwehrt wird. Vielen Dank.

An die befreundeten Parteien und Organisationen

Mit dem Sieg der Revolution am 1. Januar 1959 fanden die Veruntreuer der kubanischen Staatskasse, die Mörder und Folterknechte der Polizei Batistas, ihre korrupten Militärschefs, die eine unterschiedslose Bombardierung der Zivilbevölkerung angeordnet hatten, und die Mafia, die Spielkasinos und Prostitution in Kuba kontrolliert hatte, sofort Asyl auf nord-amerikanischem Territorium. Mit der großzügigen Unterstützung föderaler Fonds, die von den aufeinanderfolgenden republikanischen

und demokratischen Administrationen zur Verfügung gestellt wurden, haben diese Kräfte in der Stadt Miami die verbrecherische Macht wiederhergestellt, die sie in der Vergangenheit in unserem Land ausgeübt hatten.

Seit Beginn der sechziger Jahre hat die CIA alle diese Elemente in einer Vielzahl von terroristischen Organisationen integriert, organisiert und trainiert und in ihrem über 40 Jahre währenden Krieg gegen Kuba eingesetzt: die zerschlagene Söldnerinvasion in der Schwei-

nebuht; Organisierung bewaffneter Banden in den Bergen; Übergriffe und Sabotageakte gegen Schiffe, Flugzeuge und wirtschaftliche, diplomatische und touristische Einrichtungen; absichtliche Einschleusung von Krankheiten wie das hämorrhagische Dengue-Fieber, von Pflanzenschädlingen und von Viren zur Dezimierung der Viehbestände; Verletzung unseres Luftraumes und der Hoheitsgewässer sowie die Ersinnung Hunderter Pläne zur Ermordung unserer Führer.



Gerardo Hernández, René González, Ramón Labañino, Antonio Guerrero und Fernando González sind fünf junge Kubaner, die unter Einsatz ihres Lebens gegen diese, in Miami frei agierenden terroristischen Gruppen kämpften. Die verbrecherischen Aktivitäten dieser Gruppen wurden in offiziellen Dokumenten der Regierung der Vereinigten Staaten festgestellt, fanden ihren Widerhall in der Presse dieses Landes und wurden sogar von ihren Urhebern öffentlich zugegeben.

Die fünf jungen Kubaner sind unschuldig. Dennoch wurden sie von einem Gericht - bezeichnenderweise in Miami - nicht für ihre Taten, sondern für ihre Treue zur Heimat verurteilt.

In diesem Zusammenhang möchten wir einige der Verletzungen und Unregelmäßigkeiten, die diesem ganzen Prozess anhaften, hervorheben:

* Verletzung des VI. Verfassungsänderung der Vereinigten Staaten, indem der Prozess an einem Ort - Miami - stattfindet, der sich durch absolute Feindseligkeit gegenüber den Angeklagten auszeichnet. Während des ganzen Prozesses gab es eine intensive und anhaltende Kampagne in der örtlichen Presse, um die Angeklagten zu stigmatisieren und auf die Richterinnen und die Geschworenen Druck auszuüben.

* Verletzung der VIII. Verfassungsänderung, da die Angeklagten unter grausamen und ungewöhnlichen Haftbedingungen gehalten werden. Zweimal waren sie zu Einzelhaft verurteilt, das erste Mal zu 17 Monaten und das zweite mal zu 48 Tagen. Dadurch wurden ihre Verteidigung erschwert und ihnen und ihren Familienangehörigen Leiden zugefügt, die eine Verletzung ihrer Menschenrechte darstellen.

* Manipulierung von „Beweisen“ und deren selektive und willkürliche Benutzung.

Die Regierung stufte alle ihre „Beweise“ als geheim ein und erwirkte, dass diese gemäss dem Gesetz über die Verfahrensweise bei Klassifizierter Information (CIPA) behandelt werden, was den Prozess komplizierte und die Arbeit der Verteidigung erschwerte.

* Nichtbeachtung des Gesetzes über die Informationsfreiheit (FOIA), indem die Anträge der Verteidigung auf Anerkennung des offiziellen Charakters von Dokumenten, die für die Klärung des Tatbestands relevant sind, abgelehnt wurden.

* In beispielloser Weise wurden die Angeklagten für angebliche Spionage gegen die Vereinigten Staaten verurteilt, ohne dass Beweise vorgelegt oder Zeugenaussagen angehört wurden, aus denen hervorgeht, dass die Angeklagten Informationen zum Schaden der USA erhalten oder gesucht hätten. Im Gegenteil, wichtige Zeugen haben geradezu verneint, dass die Angeklagten Spionage begangen hätten: General James R. Clapper, ehemaliger Chef des Geheimdienstes des Verteidigungsministeriums, General Charles Wilhelm, ehemaliger Oberkommandierender des Kommandos Süd, General Edward Atkeson, ehemaliger Vize-Chef des Generalstabs der Armee für Geheimdienst, Admiral Eugene Carrol, ehemaliger Vize-Chef für Operationen der Seestreitkräfte und Oberst George Buckner, der eine herausragende Position im Kommando des Systems der Luftverteidigung Nordamerikas innehatte.

Ebenso beispiellos ist die Verurteilung von Gerardo Hernández wegen vorsätzlichen Mordes, ohne dass Beweise vorgelegt oder Zeugen gehört, ja nicht einmal umstandsbedingte Beweismittel präsentiert wurden, die ihn persönlich mit dem angeblichen Verbrechen in Verbindung gebracht hätten. Er wurde für eine Tat verurteilt - es geht um den Zwischenfall vom 24. Februar 1996, der den Abschuss zweier Flugzeuge der konterrevol-

utionären Organisation aus Miami „Hermanos al Rescate“ (Brüder, auf zur Rückgewinnung) zur Folge hatte -, an der er überhaupt nicht beteiligt war. Mit dem Urteil über die Entscheidung, die an diesem Tag von der Republik Kuba zur legitimen Verteidigung getroffen wurde, hat das Gericht die Doktrin des Staatsaktes verletzt, die vom Obersten Gericht der Vereinigten Staaten eindeutig anerkannt wurde. Mit der Aburteilung der Haltung des kubanischen Staates hat das Gericht von Miami das Völkerrecht und das nordamerikanische Recht gebrochen.

Der rachsüchtige und vernunftswidrige Charakter der Urteile, die ausgehend von den gegen die Angeklagten fabrizierten „Beweisen“ unverhältnismässig sind, zeigt, bis zu welchem Punkt wir der Tatsache der absoluten Missachtung der eigenen Gesetze der Vereinigten Staaten gegenüberstehen: Gerardo wurde zu zweimal lebenslänglich plus 15 Jahren, Ramón zu lebenslänglich plus 18 Jahren, Antonio zu lebenslänglich plus 10 Jahren, Fernando zu 19 und René zu 15 Jahren verurteilt.

Eine der schwerwiegendsten und gefährlichsten Folgen dieses ganzen Prozesses sind die Rückendeckung, die den in Miami operierenden terroristischen Gruppen gegeben wurde, und die Stimulierung zur Fortsetzung ihrer verbrecherischen Aktionen gegen Kuba.

Indem sie Anklage gegen diesen Tatbestand erhebt, bringt die Kommunistische Partei Kubas ihre tiefe Überzeugung zum Ausdruck, dass die von diesen fünf jungen Männern verteidigte Sache gerecht ist. Sie hofft auf die Unterstützung aller befreundeten Kräfte und aller Menschen, die einfach nur das Gesetz und die Gerechtigkeit achten, bei den Anstrengungen, die unser Volk heute unternimmt, um diesen Angeklagten die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen.

Zentralkomitee der PCC, April 2002

Felipe Pérez Roque, Außenminister der Republik Cuba

58. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen
Genf, 26. März 2002

Übersetzung der englischen Fassung: Cuba si

Herr Vorsitzender

Ich glaube nicht, dass es nötig ist hier über Wahrheiten zu sprechen, die von niemandem mehr angezweifelt werden, so wie die immer größer werdende Unglaubwürdigkeit und die extreme Politisierung, die heute die Arbeit der Menschenrechtskommission belastet.

Der schlechte Ruf wächst und die Zeit vergeht. Es ist dringend notwendig, dass wir die Methoden dieser Kommission demokratisieren, ihre Ziele und Regeln wieder mit Transparenz versehen; in einem Wort, fangen wir wieder von vorne an.

Wir brauchen eine Kommission, die den Interessen aller dient, nicht eine Geisel für die Absichten der Minderheit, oder, was Tag für Tag offensichtlich wird, für die Launen des Mächtigsten. Es ist absolut notwendig, doppelte Standards aus dieser Kommission zu

verbannen.

Haben diejenigen, die die Legitimität einer Wahl in einem afrikanischen Land anzweifeln, auch nur ein Wort darüber verloren, dass vor kaum einem Jahr der Skandal stattfand, dass wir fast einen Monat darauf warten mussten, bis wir erfuhren, wer Präsident der Vereinigten Staaten werden würde? Es ist absolut notwendig, dass der ungleiche Maßstab aus dieser Kommission verbannt wird. Im letzten Jahr hat die Kommission Resolutionen und Erklärungen angenommen, in denen die Menschenrechtssituation von 18 Ländern der Dritten Welt kritisiert wird. Einige davon, wie im Falle Cubas, wurden mit brutalem Druck durchgesetzt.

Nichtsdestotrotz erwähnt nicht eine davon irgendeine Menschenrechtsverletzung in der entwickelten Welt. Ist das so, weil es dort

keine solchen Verletzungen gibt, oder ist es in dieser Kommission unmöglich, ein reiches Land zu kritisieren?

Es ist absolut notwendig, die Ungleichheit aus dieser Kommission zu verbannen. Eine Minderheit von reichen Ländern drückt ihre Interessen durch. Sie sind diejenigen, die große Delegationen akkreditiert haben, sie sind diejenigen, die die meisten angenommenen Resolutionen und Entscheidungen eingebracht haben, sie sind diejenigen, die alle Ressourcen haben, um ihren Job zu tun. Sie sind immer Richter und nie angeklagt.

Auf der anderen Seite stehen wir, die unterentwickelten Länder, die drei Viertel der Weltbevölkerung repräsentieren. Wir sind immer die Angeklagten - und diejenigen, die unter großen Opfern und mit kargen Ressourcen versuchen, sich hier Gehör zu verschaffen. Es

ist absolut notwendig, Willkür und den Mangel an demokratischem Geist aus dieser Kommission zu verbannen.

Ist es nicht beschämend, dass die Vereinigten Staaten versuchen, ohne Abstimmung in die Menschenrechtskommission zurückzukommen. Ist die Reaktion, mit der die Vereinigten Staaten für ihren fairen Ausschluss aus diesem Organ Vergeltung wollen, nicht fast lachhaft, oder gar pathetisch? Es ist absolut notwendig, den Versuch, die Verteidigung der grundlegenden Menschenrechte für uns, die armen Völker der Welt, zu ignorieren, aus dieser Kommission zu verbannen.

Warum erkennen die reichen, entwickelten Länder nicht offen unser Recht auf Entwicklung und deren Finanzierung an? Warum wird unser Recht, einen Ausgleich zu erhalten für Jahrhunderte von Kummer und Leid, die uns von Sklaverei und Kolonialismus aufgezwungen wurden, nicht anerkannt? Warum wird unser Recht, die Tilgung der Schulden zu erleben, die unsere Länder strangulieren, nicht anerkannt? Warum wird unserer Recht, die Armut zu überwinden, unser Recht auf Nahrung, unserer Recht auf Garantie der Gesundheitsvorsorge, unser Recht auf Leben, nicht anerkannt?

Warum wird unser Recht auf Bildung, unser Recht, wissenschaftliche Erkenntnisse zu genießen, unser Recht auf unsere ursprüngliche Kultur, nicht anerkannt? Warum wird unser Recht auf Souveränität, unser Recht, in einer demokratischen, fairen und gerechten Welt zu leben, nicht anerkannt?

Herr Vorsitzender

Cuba glaubt, dass trotz aller Unterschiede zwischen uns in den Überzeugungen, Ideologien und politischen Positionen doch eine gemeinsame Gefahr, der wir uns gegenüber sehen, besteht: der Versuch, der Welt eine Diktatur aufzuzwingen die den Interessen der Supermacht und ihren transnationalen Konzernen dient. Es wurde klar gesagt, dass man entweder für oder gegen sie ist.

Warum fordern wir nicht, dass die Vereinigten Staaten damit aufhören, Kriege zu entfesseln, die statt die Konflikte zu lösen, in Wahrheit neue und gefährlichere erzeugen? Warum fordern wir nicht, dass sie von ihren Plänen ablassen, Atomwaffen einzusetzen? Warum fordern wir nicht, dass sie ihr ABM-Vorhaben fallen lassen? Warum fordern wir nicht, dass sie sich verpflichten, die Kontrollmechanismen, die man sich im Zusatzprotokoll der Konvention für biologische Waffen vorstellt, anzuerkennen? Warum fordern wir nicht, dass sie ihre unverhältnismäßige Unterstützung für und ihre Komplizenschaft mit dem Völkermord am palästinensischen Volk, ausgeführt von der israelischen Armee, unterlassen?

Warum fordern wir nicht, dass sie ihre Versuche aufgeben, die Organisation der Vereinten Nationen in ein Werkzeug, das ihren Interessen dient, zu verwandeln? Warum fordern wir nicht, dass sie bei der Einrichtung eines fairen, demokratischen und unvoreingenommenen internationalen Gerichtshofes, den wir brauchen, mitwirken, und nicht bei diesem entstellten Versuch, einen Gerichtshof zu

schaffen, der dem Willen der Mächtigen unterworfen ist?

Warum fordern wir nicht, dass sie die internationalen Konventionen und die Prinzipien des humanitären, internationalen Rechts bei der Behandlung der im Krieg gegen den Terrorismus gemachten Gefangenen respektieren? Warum fordern wir nicht, dass sie das Protokoll von Kyoto unterschreiben? Warum fordern wir nicht, dass sie die Verpflichtung anerkennen, 0.7% des Bruttoinlandproduktes als offizielle Entwicklungshilfe zu überweisen?

Warum fordern wir nicht, dass sie ihre unilateralen protektionistischen Praktiken einstellen und damit aufhören, die Welthandelsorganisation zum Diener ihrer Interessen zu machen? Warum fordern wir nicht, dass sie damit aufhören, willkürliche Zölle festzulegen - wie sie es gerade mit Stahl und anderen Produkten gemacht haben - etwas das ganzen Wirtschaftszweige anderer Länder zerstört?

Warum fordern wir nicht, dass sie damit aufhören, als einziges Land die Proklamation des Rechts auf Nahrung als fundamentales Menschenrecht abzulehnen? Warum fordern wir nicht, dass sie damit aufhören, Rezepte zu verteilen, die den AIDS-Patienten Zugriff auf Medikamente garantieren würden?

Warum fordern wir nicht, dass sie den Helms-Burton-Act und die internationale Durchsetzung ihrer Gesetze aufheben? Warum fordern wir nicht, dass sie die internationalen Gesetze zum geistigen Eigentum respektieren?

Warum fordern wir nicht, dass sie die Idee aufgeben, die Menschenrechtskommission in ein Werkzeug zur Verurteilung armer Länder zu machen? Warum fordern wir nicht, dass sie damit aufhören, nach dem Splitter im Auge des Nachbarn zu sehen, solange sie den Balken im eigenen nicht sehen können? Warum fordern wir nicht, dass sie sich mit dem skandalösen Enron-Fall und der Korruption in den USA auseinandersetzen und damit aufhören, Vorträge über die Korruption woanders in der Welt zu halten?

Warum fordern wir nicht, dass sie das Prinzip aufgeben: „Tue was ich sage und nicht was ich tue“?

Und jetzt, mit allem Respekt, frage ich Sie, die Repräsentanten der reichen und entwickelten Länder:

Warum, wenn Sie doch privat mit fast allem, was ich gesagt habe, übereinstimmen, bleiben Sie still und greifen nicht diese Gefahren, die uns alle bedrohen, an? Ist es vielleicht so, dass Sie das Recht haben, Ihre eigenen Werte aufzugeben?

Ist es vielleicht so, dass die Wünsche und Interessen der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung nicht respektiert werden müssten? Glauben die Länder des Westens - die bis gestern in einer bipolaren Welt Verbündete der Vereinigten Staaten waren, aber heute, wie wir, Opfer sind, dieser gefährlichen und untragbaren Ordnung, die man versucht, uns aufzuzwingen - nicht, dass es an der Zeit ist, unsere Rechte gemeinsam zu verteidigen? Warum sollen wir nicht versuchen, eine neue Allianz zu bilden, für eine Zukunft in Frieden,

Sicherheit und Gerechtigkeit für alle? Warum sollen wir nicht versuchen eine Koalition zu bilden, die sich noch einmal den Geist von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle Nationen auf die Fahne schreibt?

Warum sollen wir nicht für Demokratie kämpfen, und zwar nicht nur innerhalb der Länder, sondern auch in den Beziehungen zwischen den Ländern? Warum sollen wir nicht glauben, dass eine bessere Welt möglich ist?

Herr Vorsitzender

Ich kann nicht enden, ohne einige Worte über Cuba zu sagen. Ich werde nicht viel über unser Land reden - dessen großmütiges und tapferes Volk sich mehr als vierzig Jahre gegen Aggressionen und Wirtschaftskrieg verteidigt hat - und nur weil wir glauben, dass die gegen Cuba ausgeheckten Manipulationen und der unbändige Wunsch es zu verurteilen, morgen gegen irgendein anderes, in diesem Saal vertretenes Land, in der Kommission angewendet werden könnten.

Ich wiederhole, ich denke dabei nicht an Cuba - dem niemand absprechen kann, dass seine Kinder eine Zukunft in Gerechtigkeit und Würde haben - sondern an die Glaubwürdigkeit der Menschenrechtskommission und des Systems der Vereinten Nationen. Die Vereinigten Staaten sehen sich dieses Jahr vor einer neuen Situation. Zusätzlich zu ihrem Ausschluss aus dieser Kommission kam die Ankündigung der tschechischen Regierung, sie stünde diesmal nicht dazu zur Verfügung, die Resolution gegen Cuba einzubringen. Unser Land nimmt diese Ankündigung zur Kenntnis und wird sehen, ob diese Entscheidung endgültig ist.

Nichtsdestotrotz unternimmt die US-Regierung, einschließlich ihrer höchsten Behörden, verzweifelte Anstrengungen in Lateinamerika, unter Einsatz von wenig Zuckerbrot und viel Peitsche, eines oder mehrere Länder zu bekommen, die einwilligen, diese infame Rolle zu spielen. Wir vertrauen darauf, dass kein Judas auf der lateinamerikanischen Bühne erscheinen wird. Ich will keine Minute dazu verwenden, das großmütige und edle Werk der Cubanischen Revolution in Bezug auf die zivilen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte des cubanischen Volkes zu verteidigen.

Ich will nur sagen, dass es kein Land gibt, das die moralische Autorität besitzt, Cuba schlechte Noten zu erteilen. Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, um uns dem Versuch, Cuba auszugrenzen, zu widersetzen. Wir werden jede Resolution zurückweisen, egal was da drin steht, und wir werden jede andere Manipulation zurückweisen. Wir werden weder Vermittlungsauftrufe noch Mahnungen zur Kooperation akzeptieren, weil sie überflüssig sind. Sollte sich irgendeine Regierung für das anti-cubanische Manöver anbieten, sind wir sicher, dass sie das weder aus einer scheinbar demokratischen Überzeugung heraus noch zur Verteidigung der Menschenrechte tut.

Sie täte dies aus Mangel an Mut, sich dem US-Druck zu widersetzen, und dieser Betrug

verdiente nur unsere Verachtung. Wir wissen genau, dass unser kleines Land - für Milliarden von Männern und Frauen in Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien, die heute gegen die Verzweiflung kämpfen - die Gewissheit verkörpert, dass es möglich ist, in einem unabhängigen Land in Freiheit und Gerechtigkeit zu leben.

In der Tat teilen viele Millionen arme und ausgebeutete Menschen in der Ersten Welt -

begleitet von Intellektuellen, einigen Menschen der Mittelklasse und anderen, deren Ethik die Ungerechtigkeiten, Unmoral und ökologischen Risiken, die in der heutigen Welt vorherrschen, ablehnt - diese Gewissheit und die Hoffnung mit den Ländern der Dritten Welt, dass eine bessere Welt möglich ist und dass sie vorbereitet sind, dafür zu kämpfen. Seattle, Québec, Davos, Genua und andere ähnliche Ereignisse beweisen, dass es so ist.

Da diese Zeiten, meine Mitdelegierten,

nicht für Angst, Konzessionen und Schwächen geeignet sind, bitte ich um Entschuldigung, wenn ich wiederhole, was ich letztes Jahr gesagt habe, als wir aufgefordert wurden, der US-Regierung gegenüber eine unterwürfige Geste zu machen, und ich beende meine Bemerkungen mit dem Ruf eines heldenhaften Volkes, das sich der stärksten imperialistischen Macht, die je in der Geschichte existiert hat, nicht ergibt und nicht ergeben wird:

Patria o muerte! Venceremos!

GESETZESINITIATIVE ZUR VERFASSUNGSÄNDERUNG

DAS VOLK VON KUBA

rechtmäßiger Erbe und Fortsetzer der ruhmreichen Traditionen des Kampfes um die Befreiung, die Unabhängigkeit und Souveränität der Nation. Es hatte seine schönsten Vorläufer in den Patriziern, welche das Nationalbewußtsein schmieden halfen; den Patrioten, die während der heldenhaften Befreiungskämpfe von 1868 und 1895 die Unabhängigkeitskriege gegen den spanischen Kolonialismus voranbrachten und denen der Sieg durch die nordamerikanische Intervention mit Gewalt entrissen wurde;

den Männern und Frauen, die während mehr als fünfzig Jahren gegen die Unterdrückung, die Oberherrschaft des Yankee-Imperialismus, die politische und Verwaltungskorruption, das Fehlen von öffentlichen Rechten und Freiheiten, den Rassismus, die Rassendiskriminierung, die Ungerechtigkeit, die Ungleichheit und die brutale Repression kämpften;

jenen, die ihre Leben in der Moncada, den Bergen und Städten darbrachten, um ein ehrenhaftes, humanes und gerechtes Schicksal für unser Volk zu erreichen, bis daß sie die endgültige Unabhängigkeit am 1. Januar 1959 erreichten;

jenen, die in diesen dreiundvierzig Jahren ihre Leben in der Verteidigung der Sozialistischen Revolution und deren Prinzipien opferten.

BEWUSST

dessen, daß es das Volk von Kuba ist, welches die souveräne Staatsmacht innehat und dadurch die Verfassungsmacht der Nation, was sich in der gültigen Verfassung ausdrückt, dessen Erstentwurf, diskutiert und analysiert von Millionen von Menschen, die ihre Ideen und Änderungen zum vorgestellten Text beibrachten, anschließend in nationalem Plebiszit in freier, direkter und geheimer Abstimmung von 97,7% der Wähler bestätigt und am 24. Februar 1976 verkündet wurde.

dessen, daß die Sozialistische Revolution Kuba aus der erniedrigenden imperialistischen Oberherrschaft erretten und es in eine freie und unabhängige Nation verwandeln konnte, die auf der engen Einheit, der Kooperation und des Einverständnisses eines gebildeten, auführerischen Volkes von mutigen und heroischen Männern und Frauen begründet ist, welche die Kraft, die Regierung und die Macht selbst der kubanischen Nation sind und die mit ihrer Stärke, ihrer

Intelligenz und ihren Ideen in der Lage waren, sich den Aggressionen des mächtigsten Imperiums, welches je die Geschichte gekannt hat, entgegenzustellen und sich zu verteidigen.

dessen, daß trotz der eisernen Blockade und des ökonomischen Krieges, von der Regierung der Vereinigten Staaten auferlegt, um zu versuchen unser Volk zu ersticken und zu erniedrigen, unsere kubanische Nation in diesen ruhmreichen Revolutionsjahren gewachsen ist und hohe Kennziffern in Erziehung und in den kulturellen und sozialen Bereichen erreicht hat, eine Analphabetenrate von 0,2%, eine Einschulungsquote in der Unterstufe von 100%, eine Einschulungsquote im Mittelschulwesen von 99,7%, eine Kindersterblichkeitsrate von 6,2 pro jeder Tausend Lebendgeborenen, 590 Ärzten, 743 Krankenschwestern und 630,6 Krankenhausbetten pro je Hunderttausend Einwohnern und eine Lebenserwartung von 76 Jahren. Man erreicht, unter vielen anderen, grundlegende Niveaus für ein gesundes, anständiges und gerechtes Leben aller Bürger.

dessen, daß die großen Veränderungen, die in unserer Gesellschaft seit dem Triumph der Revolution vorgegangen sind, unvermutete Wege zum Einbegreifen des Volkes in die reelle Führung der Gesellschaft eröffneten, in der es einen neuen und wachsenden Protagonismus eingenommen hat und auf dieser Grundlage entstand und entwickelten sich eine neue Institutionalität und ein neues Wahlsystem, die in der Verfassung verankert sind, und die den demokratischen Inhalt der aktiven Bürgerteilnahme garantieren, indem sie nur dem Volk das Recht zuerkennen, seine Repräsentanten vorzuschlagen, auszuwählen, zu kontrollieren und abzuberufen und außerdem eine Teilnahmekultur entwickeln, welche die Diskussion, die Entscheidungsnahme über die wichtigsten Probleme des Landes einschließt und die über die sozialen und Massenorganisationen und die Volksräte betrieben wird, denen es angehört. Die massive Teilnahme des Volkes an den Wahlprozessen mit Teilnahmeziffern die über den 95% liegen, ist eine Demonstration, die seine Unterstützung der Revolution bestätigt.

der beleidigenden Aggressionsmaßnahmen gegen Kuba, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, George W. Bush, anlässlich der Feier zum 100jährigen Jahrestag der Etablierung der Neokolo-

nie der Yankees und im Ergebnis des imperialistischen Krieges, der den Kubanern ihre Freiheit entriß ankündigte, ermuntert durch die terroristische, in Miami ansässige Mafia, sowie als auch seines erklärten Anspruches, das kubanische politische System umzustürzen und die Revolution zu zerstören.

ALSO

in Ausübung seiner souveränen Macht und des Rechtes, das ihm der Artikel 3 der Verfassung verleiht, um die hergebrachte politische, soziale und ökonomische Ordnung zu verteidigen, und in Ausübung seines Grundrechtes Gesuche an die Autoritäten zu stellen, das allen Bürgern gemäß Artikel 63 der Verfassung der Republik zusteht.

BEANTRAGT

bei der Nationalversammlung der Volksmacht, obersten Machtorgan des Staates, das den souveränen Willen eines ganzen Volkes darstellt und ausdrückt:

ERSTENS: Die Identifizierung unseres Volkes mit allen und jedem einzigen der Verfassung der Republik zugrundeliegenden Prinzipien, speziell mit den Politischen, Sozialen und Ökonomischen Grundlagen, die in ihrem Kapitel I verewigt sind, zu ratifizieren und speziell hervorzuheben:

"Kuba ist ein sozialistischer Staat der Werktätigen, unabhängig und souverän, organisiert mit Teilnahme aller und für den Wohlstand von allen, als demokratische Einheitsrepublik, für den Genuß der politischen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, des individuellen und kollektiven Wohlstandes und der menschlichen Solidarität."

ZWEITENS: Ausdrücklich den Willen des Volkes festzuhalten, daß das ökonomische, politische und soziale Regime, welche in der Verfassung verankert ist, unveränderbar ist.

DRITTENS: Zu ratifizieren, daß die ökonomischen, diplomatischen und politischen Beziehungen mit jeglichem anderen Staat niemals unter Aggression, Bedrohung oder Druck einer ausländischen Macht ausgehandelt werden können.

VIERTENS: Daß die vorangegangenen Aspekte, sowie sie mit dem entsprechenden gesetzlichen Verfahren bestätigt sind, ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen werden, als Bestandteil seiner gesetzgebenden Körperschaft und mit dem Vermerk, daß sie alle sich ihnen widersetzenden oder widersprechenden vorangegangenen Anordnungen widerrufen werden.

► Fortsetzung von Seite 20

Hoben sie deshalb die Blockade auf?

Cuba sollte sich nicht dem Trugschluss hingeben, die USA bräuchten eine Legitimation für ihr Handeln. Sie fühlen sich wohl, wenn sie eine haben, aber sie brauchen sie nicht wirklich. Außerdem gibt es noch eine jährlich wiederholte Abstimmung: die zur Beendigung der Blockade gegen Cuba in der UNO. Von gelegentlichen „Ringeltäubchen“ wie Usbekistan einmal abgesehen sind es eigentlich nur noch die USA und Israel, die dagegen stimmen. Der Rest der Welt enthält sich oder stimmt dafür. Die Niederlage der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit gleicht regelmäßig einem Erdbeben!

Hat sie das je gekümmert? Hat es sie je dazu gebracht, ihren eigenen Standpunkt in Frage zu stellen?

Ich glaube persönlich nicht so recht daran, dass bei der alljährlichen Wiederholung dieses veritablen Affenzirkus der politisch analytische Verstand eine tragende Rolle spielt. Entweder greift hier der hübsche Vergleich von Wayne Smith, nach dem Cuba auf die USA den gleichen zwanghaften Effekt ausübt wie der Vollmond auf die Wölfe (also etwas archaisch Irrationales), oder die Regierung der Vereinigten Staaten sieht sich in der Pflicht, mit dieser gewohnheitsmäßigen Aktion die Klientel der Fundación Nacional Gusano Americana in Miami zu bedienen, um sich deren Finanzspritzen für den nächsten Wahlkampf zu sichern (was wiederum eine ganz pragmatische Erklärung für die „Performance des Monats“ wäre). Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, was es mit diesem Spektakel wirklich auf sich hat, und ich habe meine Zweifel, ob die USA es selber wissen.

Zum Wortlaut des Antrags:

Dieser musste 5 (in Worten: fünf) verschiedene Fassungen durchlaufen, bevor er dünn genug war, um von einer teilweise massiv unter Druck gesetzten, kleinen Mehrheit der Kommissionsmitglieder akzeptiert zu werden.

Das abschließende „Oeuvre“ (für das der Wolf bei seiner Ansprache an die sieben Geißlein Pate gestanden haben könnte) verlohnt, dass man es in Ausschnitten zitiert:

Zunächst spricht es von der „Anerkennung, dass der Kampf gegen die Armut für die Förderung und Konsolidierung der

Demokratie wesentlich ist und in der gemeinsamen Verantwortung aller Staaten liegt“.

Weiter heißt es: „Ohne Einschränkung erkennen wir die Anstrengungen an, die von der Republik Cuba unternommen wurden, um trotz einer widrigen internationalen Umgebung die sozialen Rechte der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Regierung Cubas wird eingeladen, Anstrengungen zu unternehmen, ähnliche Fortschritte im Bereich der Menschenrechte, der zivilen und politischen Rechte in Übereinstimmung mit den universellen Menschenrechten zu erlangen und gemäß den Prinzipien und Normen des Rechtsstaates.“

(Heraushebungen von mir; Anmerkung des Autors)

Und schließlich: „Sie (die Kommission) beantragt, dass der Hohe Kommissar einen persönlichen Repräsentanten entsendet, der mit der cubanischen Regierung in Anwendung dieser Resolution zusammenarbeitet.“

Man möchte glatt baff sein über soviel Nettigkeit! Das ist - ohne Übertreibung - die schönste Verurteilung Cubas, die es je gegeben hat.

Trotzdem eine Frage: Ist mit der „widrigen internationalen Umgebung“ am Ende die US-Blockade gemeint? Nein? So grundsätzlich darf ich das nicht sehen? Gut, dann korrigiere ich meine Frage mehr zum Einzelnen hin: Ist vielleicht (nur als kleines Beispiel) gemeint, dass ein gewisser Staat - wir wollen keinen Namen nennen - weltweit die Herstellerfirmen von Herzschrittmachern aufkauft, nur damit in den OP-Sälen cubanischer Krankenhäuser möglichst viele Herzpatienten nicht mehr aus der Horizontalen kommen. Oder (nur ein anderes kleines Beispiel) ist vielleicht gemeint, dass sich krebskranke cubanische Kinder in der Chemotherapie bis zu dreißig Mal am Tag die Seele aus dem Leib kotzen, weil die Übelkeit hemmenden Mittel allesamt dem Patentrecht eines bestimmten Landes unterliegen und laut Verfassung dieses Landes unter keinen Umständen an Cuba geliefert werden dürfen? Damit komme ich der Sache schon irgendwie näher? Danke, keine weiteren Fragen.

Dass Cuba zu mehr Demokratie „eingeladen“ wird, fand sogar die Taz - in einer 3 mal

4 cm Meldung - belustigter Gänsefüßchen für würdig.

Und dass die Insel einen persönlichen Repräsentanten des Hohen Kommissars einlädt, seine Gurkennase in Dinge zu stecken, von denen er erstens nichts versteht und zweitens gar nichts verstehen will - darauf kann die Genfer Menschenrechtskommission warten, bis der Schnee verbrennt.

Das erste, was Fidel auf das Verdikt von Genf hin erwiderte, war, dass man einem solchen Repräsentanten das Einreisevisum verweigern werde. Cuba hat schon einmal über einen längeren Zeitraum einen Drogenschnüffelhund der Menschenrechte bei sich dulden müssen, der sich dann letztlich - kurz vor der Genfer Abstimmung - bei der FNCA erkundigte, wie sie denn die Situation auf der Insel einschätze. Und danach schrieb dieser Mensch seinen Bericht. Es ist genau diese absolute Gewissheit, dass einer, der sich höchst offiziell als unabhängiger Gutachter gerieren darf, ein Mann Otto Reichs sein wird, der seinen Report über Cuba im Grunde bereits in der Tasche hat, bevor seine Maschine nach Havanna gestartet ist. Demjenigen, der nun einwendet, ob nicht - vielleicht durch Zufall - doch einmal ein völlig Unvoreingenommener die Aufgabe übernehmen könnte, antworte ich mit einer Gegenfrage: Können Schweine fliegen? (wie in „Alice's Wonderland“)

Ich weiß nicht, was Fidel Castro oder Felipe Pérez Roque außerdem zum Text von Genf gesagt haben, aber ich gebe mal - rein inhaltlich - folgenden Tipp ab: Wenn der Kampf gegen die Armut eurer Meinung nach so wichtig ist für die Demokratie, warum sorgt ihr nicht dafür, dass die Armut bekämpft wird? Schaut euch um in Ländern der Dritten, Zweiten und der Ersten Welt!

Verlangt, dass man allen Leuten zu essen gebe und Arbeit und ein Dach über dem Kopf!

Verlangt, dass man ihnen Kultur gebe und freie Bildung und freie medizinische Betreuung!

Und wenn ihr damit fertig seid, lasst uns diskutieren, auch über uns ...

Ulli Fausten

Sigmund Freud hat es von Jean-Marie Charcot gelernt: Ideen können über Hypnose ins menschliche Bewusstsein gepflanzt werden.

Die Maschine

von Eduardo Galeano

Mehr als ein Jahrhundert ist seitdem vergangen und die Technologie der Manipulation hat inzwischen große Fortschritte gemacht. Diese Technologie ist zu einer kolossalen Maschine von der Größe unseres Planeten angewachsen - und sie befiehlt uns, die Botschaften, die sie in unsere Köpfe gestopft hat, zu wiederholen. Es ist eine Maschine, die die Worte missbraucht.

Venezuelas Präsident Hugo Chavez wurde von einer überwältigenden Mehrheit gewählt und in seinem Amt bestätigt - und das in einer weitaus transparenteren Wahl als die, die George W. Bush die US-Präsidentschaft brachte.

Die Maschine trieb den Putsch gegen Chavez voran - nicht wegen seiner messianischen Gebärden oder seinem Hang zum ungehemmten Redefluss, sondern wegen der Reformen, die er anstrebte und den Ketzerien, derer er sich schuldig machte. Chavez hat die Unberührbaren berührt. Und die Unberührbaren - die Eigentümer der Medien und fast alles anderen - empörten sich mächtig. In totaler Freiheit prangerten sie die Zerstörung der Freiheit an. Inner- und ausserhalb seines eigenen Landes machte die Maschine Chavez zu einem „Tyrannen“, einem „verrückten Autokraten“ und einem „Feind der Demokratie“. Gegen ihn stand die „Zivilgesellschaft“. Hinter ihm sammelte sich der „Mob“,

Vamos A Cuba!

nach **Cuba**,
der Freundschaft wegen:

August ABChe – Spanischlernen in Havanna

Die Universität von Havanna genießt in Lateinamerika einen hervorragenden Ruf. Hier bieten wir Ihnen zwei- und vierwöchige Sprachkurse mit StudentInnen aus aller Welt an. Ein kleiner Einstufungstest stellt das Niveau der TeilnehmerInnen fest.

4.8.–17.8./4.8.–31.8.2002 ab 1395.-/1795.- €

September Cuba auf zwei Rädern

1000 Kilometer durch traumhafte Landschaften. In 13 Tagesetappen verteilt auf 21 Tage wollen wir die andere Seite Cubas erleben. Ländliche Gegenden, freundliche Menschen und kaum erschlossene Natur sind unsere ständigen Begleiter.

25.9.–16.10.2002 ab 2268.- €

Oktober Cuba von West nach Ost

Diese Reise, die in ihrer Zusammenstellung einmalig ist, führt Sie in den Osten Cubas, u.a. nach Santiago de Cuba und in die Provinz Granma, die zwischen Bergen und Meer gelegen, zu den landschaftlich schönsten Regionen Cubas gehört.

5.10.–19.10.2002 ab 1875.- €

Katalog anfordern • Preiswerte Flüge

Reisebüro Vacancia;
Südstraße 27, D-52064 Aachen,
Tel. 0049-241-49848
Fax 0049-241-23670;
e-mail: vacancia@t-online.de

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,
Zülpicher Str. 7, 50674 Köln,
Tel. 0221/2405120,
Fax: 0221/6060080;
info@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

der sich nicht in Räumen, sondern in „Lagern“ traf.

Die Medien-Kampagne war die treibende Kraft hinter der Lawine, die zu dem Putsch führte - gesteuert von außerhalb gegen eine „grausame Diktatur“, die keinen einzigen politischen Gefangenen aufweist. Dann wurde die Präsidentschaft von einem Geschäftsmann okkupiert, für den niemand gestimmt hatte und dessen erste Maßnahme die Auflösung des Parlaments war. Am folgenden Tag schossen die Börsenkurse in die Höhe - aber ein Aufstand des Volkes hat Chavez in sein legitimes Amt zurückgeführt. Der venezolanische Schriftsteller Luis Britto Garcia brachte es auf den Punkt: Der von den Medien gesteuerte Putsch hat nur eine künstliche Macht erzeugt - und die konnte sich nicht lange halten.

Währenddessen zeigt eine andere Figur, die ebenfalls durch einen Putsch an die Macht kam, ihre neuen Kleider: General Perez Musharraf, Pakistans Militär-Diktator, wurde vom magischen Kuss der Massenmedien verwandelt. Musharraf wiederholte mehrmals, dass die Idee, sein Volk könne die Möglichkeit der Wahl haben, ihm nicht in den Sinn komme. Er selbst hat den Gehorsam gegenüber der sogenannten „internationalen Gemeinschaft“ gewählt - und das ist die einzige Wahl, die wirklich zählt, wenn abgerechnet wird. So hat es Musharraf weit gebracht: Gestern noch war er der beste Freund seiner Nachbarn, der Taliban. Heute ist er der „liberale und mutige Führer der Modernisierung Pakistans.“

Währenddessen geht das Abschlichten der Palästinenser weiter. Diejenigen, die weltweit die öffentliche Meinung fabrizieren, nennen das „Terroristenjagd“. „Palästinenser“ ist ein Synonym für „Terrorist“ - aber dieses Wort wird niemals gebraucht, wenn es sich um die israelische Armee dreht. Die Ländereien, die von fortlaufenden Militärinterventionen heimgesucht werden, heißen „umkämpfte Gebiete“. Und die Palästinenser macht man zu „Antisemiten“. Mehr als ein Jahrhundert müssen die Palästinenser nun für die Sünden der europäischen Antisemiten büßen und mit ihrem Land für den Holocaust zahlen, den sie nicht begangen haben.

Die Menschenrechtskommission der UN ist derweil darauf spezialisiert, Cuba anzuklagen. Dieses Jahr hat Uruguay die Ehre, die Meute anzuführen. Dabei sagte niemand: „Ich klage Cuba an, damit sie kaufen, was ich zu verkaufen habe.“ Die Art des „guten Regierens“ erlaubt es ihren Anhängern nicht, zu denken, was sie sagen - sondern sie verbietet es ihnen, zu sagen, was sie denken. Und die Medien haben die Gelegenheit genutzt, um wieder einmal zu bestätigen, dass auf der mit einer Blockade belegten Insel das Böse wohnt.

Das Wörterbuch der Maschine nennt die Bestechungen, die Politiker empfangen „Beiträge“ - und ihren Verrat heisst man „Pragmatismus“. Das Wort „Sicherheit“ bezieht sich nicht auf die Idee von Sicherheit und Schutz, sondern auf Investitionen. Wenn wir lesen, dass „die internationale Gemeinschaft fordert“, dann bedeutet das: die Finanzdiktatur befiehlt.

„Internationale Gemeinschaft“ ist auch ein Terminus, der die Großmächte bei ihren militärischen Ausrottungsaktionen schützt - die dann „Friedensmissionen“ genannt werden. Die „Befriedeten“ sind die Toten. Der dritte Krieg gegen den Irak steht schon in den Startlöchern. Wie bei den beiden vorhergehenden Kriegen wird man die Bomber „alliierte Kräfte“ nennen - während die Opfer zum „fanatischen Mob, der dem Schlächter von Bagdad dient“ werden. Und die toten Zivilisten, die die Angreifer zurücklassen, sind dann „Kollateralschäden“.

Um den nächsten Krieg zu erklären, sagt Präsident Bush nicht: „Die Öl- und Waffenindustrie brauchen ihn dringend - und meine Regierung ist eine Pipeline und ein Waffenlager.“ Auch sein Multimilliarden-Star Wars-Projekt erklärt er nicht mit Worten wie: „Wir werden den Weltraum ebenso erobern, wie Texas.“ Nein, die Erklärung ist, dass die freie Welt sich gegen die Bedrohung durch den Terrorismus verteidigen müsse - auf der Erde und im All. Selbst wenn der Terrorismus gezeigt hat, dass er Küchenmesser Raketen vorzieht. Und abgesehen von dem Faktum, dass die USA, ebenso wie der Irak, gegen die kürzlich erfolgte Einrichtung des internationalen Gerichtshofes waren, der Menschenrechtsverletzungen ahndet.

Generell lässt sich sagen, dass die Worte der Macht nicht dazu sind, ihre Taten zu erklären, sondern sie zu verhehlen. Vor mehr als hundert Jahren, bei der glorreichen Schlacht von Omdurman / Sudan, an der sich Winston Churchill als Reporter und Soldat beteiligte,

opferten 48 Briten ihr Leben. Zusätzlich starben 27.000 Wilde. Die Briten haben ihre koloniale Expansion mit Feuer und Schwert vorange-trieben - und sie mit folgenden Worten gerechtfertigt: „Wir zivilisieren Afrika durch Geschäfte.“ Sie haben nicht gesagt: „Durch die Zivilisation machen wir aus Afrika ein Geschäft.“ Und niemand hat die Afrikaner nach ihrer Meinung gefragt

Aber wir haben das große Glück, im Informationszeitalter zu leben - und die Giganten der Massenkommunikation lieben Objektivität. Sie erlauben es auch, dass die Ansichten des Feindes dargestellt werden. Am Beispiel: Während des Vietnam-Krieges betrug die Berichterstatung über die Feindesmeinung drei Prozent der Gesamtberichterstatung von ABC, CBS und NBC.

Das Pentagon gesteht ein, dass Propaganda einen Teil des Militär-Budgets ausmacht. So hat das Weiße Haus Charlotte Beers angeheuert, eine PR-Expertin, die verschiedenen Reis- und Hundefuttermarken auf den heimischen Märkten zum Durchbruch verhalf. Sie ist nun damit betraut, den Kreuzzug gegen den Terrorismus auf dem Weltmarkt zum Erfolg zu bringen. „Wir verkaufen ein Produkt“, witzelte Colin Powell.

Der brasilianische Schriftsteller Millor Fernandes bemerkt, dass „der Strauss, um die Realität nicht sehen zu müssen, seinen Kopf im TV-Gerät versenkt“.

Die Maschine gibt Befehle aus, die Maschine steinigt Dich. Am 11. September gaben die Lautsprecher des zweiten New Yorker Twin Tower ebenfalls Befehle aus - während der Turm bereits am zusammenbrechen war. Als die Menschen die Treppen herunter rannten forderten die Lautsprecher jeden auf, an seinen Arbeitsplatz zurückzukehren. Die, die überlebt haben, folgten den Befehlen nicht.



Eduardo Galeano ist uruguayischer Journalist und Autor. Seine Bücher beschäftigen sich hauptsächlich mit der blutigen Ausbeutung des amerikanischen Kontinents und denen, die Widerstand leisten. Auf Deutsch sind u.a. erschienen: „Erinnerung an das Feuer“ und „Tage und Nächte von Liebe und Krieg“ (Peter Hammer Verlag)

Der in dem Essay erwähnte französische Mediziner Jean-Marie Charcot (1825-1893) gilt als Vater der klinischen Neurologie und beschäftigte sich auch mit Hypnose. Sigmund Freud war sein Schüler.

Der Text stammt von der Website des Z-Magazins (www.zmag.org) und wurde von Oliver Huebner übersetzt.

Visite mit Symbolkraft

Ehemaliger US-Präsident James Carter zu Besuch auf Cuba. Besichtigung biomedizinischer Labore



Trotz der Angriffe Washingtons gegen die cubanische Regierung besuchte der ehemalige US-Präsident James Carter 5 Tage lang Cuba. Carter, der »als Privatmann« reiste, führte Gespräche mit VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft, Bauern, Bischöfen, ÄrztInnen, ForscherInnen, behinderten Kindern, Aids-Kranken, der Presse und Leuten auf der Straße. Auch wenn dabei keine offiziellen Abkommen unterzeichnet werden, so ist der Besuch doch von großer symbolischer Bedeutung.

Er kam, als Washington gerade seinen Druck auf Cuba wieder erhöht hatte. Präsident Bushs Republikaner hoffen nämlich, mit anticubanischen Krawallen bei den Kongress-Wahlen auch im Repräsentantenhaus die Mehrheit zu erobern. In den USA hatten rechtsextreme Exilcubaner bis zum letzten Moment versucht, den Besuch zu verhindern. Exilcubanische Abgeordnete forderten von der Regierung George Bushs zuletzt sogar, Carter die Ausreisegenehmigung zu entziehen. Der cubanische Präsident Fidel Castro hatte den Ex-Präsidenten im vergangenen Oktober eingeladen, als sich die beiden Politiker bei der Beisetzung des ehemaligen kanadischen Premierministers Pierre Elliot Trudeau trafen. Carter machte die Reise von der Entscheidung Bushs abhängig, der dem Antrag auf ein Visum Anfang des Monats stattgab.

US-Wirtschaftslobbyisten auf dem Weg

US-Bürger benötigen vor einer Einreise nach Cuba aufgrund der Embargobestimmungen eine Sondergenehmigung. Doch diese werden zunehmend öfter auf Grund des Drucks aus der Wirtschaft gewährt. 1999 war hier nach Jahren des Stillstands erstmals eine Gruppe US-amerikanischer Agrar-Exporteure eingereist. Ein Geschäft ergab sich zwar erst nach 30 Monaten, aber es wurde festgemacht, nachdem die Kongress-Lobby der von Absatzsorgen geplagten Agrarier nicht locker gelassen hatte. Im selben Jahr erschien auch der erste aktive US-Gouverneur nach dem Sieg der Revolution in Cuba: George Ryan aus Illinois. Auch er staunte, wie wenig die cubanische Realität mit den Gräuelmärchen und historischen Missverständnissen übereinstimmte von denen sich Washingtons Politiker in die Irre führen lassen. Ryan leistete ebenfalls Lobbyarbeit für ein bisschen mehr Besonnenheit und Pragmatismus. Danach ging es Schlag auf Schlag: Im Jahr 2000 besuchten 59 US-Delegationen mit Genehmigung ihrer Behörden die Insel. 2001 waren es 87 und während der ersten 4 Monate dieses Jahres bereits 52.

Unhaltbare Vorwürfe

Dennoch benötigte man im Fall Carters Vorwände, die Cubas Regierung abermals in ein schiefes Licht rücken sollten. So posaunte zunächst Otto Reich - im US-Außenministerium für die westliche Hemisphäre zuständig - in die Welt, vier cubanische Flugzeuge wären am 11. April auf dem Flughafen Maiquetía bei Caracas gelandet. Obwohl er es nicht aussprach, legte er nahe, dass es sich um eine Hilfsaktion für den in Bedrängnis geratenen venezolanischen Präsidenten Chávez gehandelt habe. Cuba mische sich also in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes ein. Havanna dementierte, ebenso Caracas. Und wenige Tage später - sehr leise - auch das State Department: Reich habe sich auf unbestätigte Informationen bezogen. Ärger trieb es der Unterstaatssekretär für Waffenkontrolle und internationale Sicherheit Bolton. Er unterstellte Cuba, dass es an biologischen Waffen arbeite und seine Erkenntnisse anderen „Schurkenstaaten“ zugänglich mache. Washington wollte damit auch Cuba in die „Achse des Bösen“ einreihen.

Carter, der unter anderem das Zentrum für Genetik und Biotechnologie besuchte, bestätigte das vehemente Dementi Cubas und unterstrich, dass es auch nach Rücksprache mit US-Funktionären und dem Geheimdienst keine glaubhaften Quellen für derart haltlose Vorwürfe gebe. Den Darstellungen widersprachen renommierte US-Politiker. Der ehemalige Leiter der

US-Interessenvertretung in Havanna, Wayne Smith, bezeichnete die Vorwürfe als »völlig haltlos«. Jährlich besuchten Hunderte internationaler Forscher cubanische Labore, so Smith. Der Vorwurf, Forschung an biologischen Kampfstoffen zu betreiben, sei nicht nur politisch nicht nachvollziehbar, Entwicklungen an diesen Waffen hätten zudem kaum geheimgehalten werden können.

Carter lobte die Arbeit der ForscherInnen, die Cuba in ihrem Bereich tatsächlich zur Weltspitze führen. Das Wort beeindruckend gebrauchte er unzählige Male: für Cubas humanitäre Selbstlosigkeit gegenüber Kindern, für sein kulturelles Engagement, für seine Nächstenliebe. Trotz der riesigen Schwierigkeiten, mit denen sich die Insel wegen der Blockade seit vier Jahrzehnten herumschlagen muss.

James Carter trat schon während seiner Amtszeit 1976 bis 1980 für eine Lockerung des Embargos ein, konnte sich damals aber nicht gegen die exilcubanische Lobby im

Bundesstaat Florida durchsetzen. »Seit der Unabhängigkeit Cubas ist über ein Jahrhundert vergangen«, erklärte Carter vor seiner Abreise aus Washington, »und unsere beiden Länder haben es in dieser Zeit nicht geschafft, zu einer normalen, geschweige denn konstruktiven Beziehung zu finden«.

Carter traf während seines Besuches auch mit zwei Oppositionellen in Cuba zusammen. Neben Elizardo Sánchez nahm der Vorsitzende einer illegalen Christlichen Befreiungsbewegung (MCL) Oswaldo Payá an dem Treffen teil. Wie Sánchez im Anschluss mitteilte, ging es bei dem Gespräch in Carters Hotel unter anderem auch um einen von cubanischen Regierungsgegnern initiierten und von Carter dann in der TV-Rede erwähnten Versuch eines Volksbegehrens über Reformen in Cuba. Mit Spannung erwartet wurde die Rede des ehemaligen US-Präsidenten und Vorsitzenden des »Carter-Zentrums« in der Universität von Havanna. Die Rede wurde vom cubanischen Fernsehen sowie zwei Rundfunksendern live übertragen.

Bereits im Vorfeld des Besuches hatte Fidel Castro dem bislang ranghöchsten US-Besucher nach der Revolution 1959 angeboten, auch auf dem »Platz der Revolution« zu sprechen. »Wir füllen den Platz mit Cubanerinnen und Cubanern«, so Castro, »und Herr Carter kann vor ihnen sagen, was er will, denn wir haben keine Angst vor Kritik«. In der 20-minütigen Rede sprach sich der Ex-

Präsident abermals für eine Aufhebung der US-Blockade aus, erwähnte aber auch die von 11.000 CubanerInnen unterzeichnete und am 10. Mai beim Volkskongress eingebrachte Gesetzesinitiative zur Durchsetzung von Verfassungsänderungen. Cuba solle sich der UNO-Menschenrechtsdeklaration stärker verpflichtet fühlen sowie der - wenn auch schwachen - Opposition Chancen zur freien Entfaltung einräumen und sich weiter in die Gemeinschaft der demokratischen Nationen Lateinamerikas einfügen, verkündete Carter.

Im anschließenden Meinungsaustausch mit Studenten wurde ihm - mit dem gebührenden Respekt - entgegengehalten: Sei es nicht paradox, dass im angeblich demokratischen Lateinamerika Millionen Menschen Hunger leiden und es immer mehr werden, dass zigtausend Kinder an heilbaren Krankheiten sterben, die Arbeitslosigkeit epidemische Ausmaße angenommen hat, Staaten wie Argentinien im sozialen Chaos zu versinken drohen, Wahlen zur Farce verkommen und sich die Korruption ungebremsbar entfaltet?

Jemand fragte: Welche Möglichkeiten gewährt Ihr Kongress winzigen Gruppen, an den Grundfesten Ihrer Nation zu rütteln? Wieviel Dollar muss ein Kandidat aufbringen, um ins Weiße Haus zu gelangen? Er wolle nur, dass „Sie uns besser verstehen“ sagte ein Student. BO

Quellen: Junge Welt / Neues Deutschland

Washingtons Anschuldigungen gegen Kuba:

US-Regierung in der Hand von Terroristen?

Die Tageszeitung junge Welt sprach mit Wayne S. Smith, von 1977 bis 1981, während der Präsidentschaft von James Carter, US-Chefdiplomat in Havanna. Heute ist er politischer Berater beim regierungsunabhängigen »Zentrum für internationale Politik« in Washington

Interview: Harald Neuber

F: In einer mehrseitigen Erklärung haben Sie massiv gegen die Anschuldigungen des US-Vize-Außenministers John Bolton gegen Kuba protestiert, der behauptete, auf der Insel würden offensive Biowaffenprogramme verfolgt. Was spricht gegen diese These?

John Bolton ist vor die Presse getreten, ohne auch nur den geringsten Beweis für seine Behauptungen vorzulegen. Man stelle sich das vor: Da tritt ein ranghoher Regierungsvertreter aufs Podest, um eine Regierung der illegalen B-Waffen-Produktion zu bezichtigen und antwortet auf die Frage nach Belegen, dass diese geheimgehalten werden müssten. Solche Vorwürfe können Kriege auslösen.

F: Eine simple Fehleinschätzung?

Mitnichten. Die Regierung Bush weiß sehr genau, welche Auswirkungen solche Behauptungen haben können. Natürlich ist die biogentechnologische Forschung Kubas hochentwickelt und nimmt im internationalen Maßstab eine durchaus führende Position ein. Es wird eine Reihe von Medikamenten und Impfstoffen produziert. Bei der Produktion von Impfstoffen kann natürlich auch immer der Erreger zu militärischen Zwecken produziert werden, das wird als sogenannte dual-use-Problematik beschrieben. Auch kommt in beiden Bereichen dieselbe Technik zum Einsatz, Zentrifugen etwa. Ich kann aber immer nur darauf hinweisen, dass es im Fall von Kuba nicht den geringsten Anlass gibt, von einer Biowaffenforschung auszugehen. Auch lässt die Politik der kubanischen Regierung diese Intention nicht erkennen.

F: Welche Auswirkung hat der Besuch Ihres einstigen Chefs, James Carter, in Havanna?

Die Sache ist für das Weiße Haus ungeheuer peinlich. Wenige Tage, nachdem Bolton vor die Presse trat, hat Herr Carter die betreffenden Labore besucht und konnte sich völlig frei bewegen. Die Einladung in das »Zentrum für Gen- und Biotechnologie« in Havanna ist übrigens vor Boltons Stellungnahme ausgesprochen worden. Die Ergebnisse des Besuches sprechen für sich. James Carter hat am vergangenen Dienstag eine Rede in Havanna gehalten, die live übertragen und am Mittwoch in der Regierungszeitung Granma ungekürzt veröffentlicht wurde. Was kann man sonst noch erwarten? Tatsache ist, dass dieser Besuch der Beziehung zwischen beiden Staaten mehr geholfen hat, als es die Bush-Administration je zustande gebracht hat und je zustande bringen wird.

F: Welche Gründe sehen Sie also für das Weiße Haus, die Angriffe gegen Kuba gerade jetzt zu lancieren?

Genau zwei. Nummer eins: Um wenige Tage vor dem Carter-Besuch die Stimmung zu verschlechtern und die Reise so zu erschweren. Nummer zwei: Im November stehen in Florida Kongresswahlen an, zu denen Jeb Bush, der Bruder des amtierenden Präsidenten der USA, kandidiert. Die kubano-amerikanischen Hardliner in Florida beklagen seit Bushs Einzug ins Weiße Haus, die Regierung fahre einen zu nachgiebigen Kurs gegenüber Kuba und vernachlässige ihre Interessen. Mit dem nahenden Wahltermin macht die Regierung eben das, was diese extremistischen Gruppen fordern. Ich halte das für

höchst verantwortungslos, weil gerade nach dem 11. September die Möglichkeit bestanden hat, die Beziehungen zu Havanna zu normalisieren. Angebote dazu von der kubanischen Regierung gab es. Nun aber sind wir von einer Normalisierung Jahre entfernt. Dass jetzt solche Vorwürfe erhoben werden, ohne irgendeinen Beweis zu erbringen, widerspiegelt nicht nur ein amateurhaftes Niveau der Regierung, es zeigt auch die inneren Machtverhältnisse. Es widerspricht dem immer wieder von der Regierung in Washington erklärten Ziel der Bekämpfung des Terrorismus. Das ist höchst verantwortungslos.

F: Die Verbindungen zwischen Regierung und exilkubanischen Extremisten sind also ungebrochen?

Absolut. Bei sieben der zwölf hochrangigen Regierungsberater in lateinamerikanischen Angelegenheiten handelt es sich um exilkubanische Hardliner. Das beginnt bei Otto J. Reich und setzt sich über seinen Stellvertreter Lino Gutierrez fort. Auch der US-Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten, Roger Noriega, gehört dieser Gruppe an.

F: Wie wird die Bush-Politik gegenüber Kuba in anderen Kreisen in den USA aufgenommen?

Es gibt eine breite Opposition gegen die derzeitige Politik. Die Landwirtschaftsverbände setzen sich für eine Normalisierung ein, weil sie ihre Produkte nach Kuba liefern wollen. Wirtschaftsverbände schließen sich dieser Forderung an. Der Kalte Krieg ist eben vorbei und Kuba stellt in keiner Weise mehr eine Gefahr für die Vereinigten Staaten von Amerika dar. Ein Wechsel unserer Politik ist also lange überfällig. Viele US-Bürger haben das erkannt ...

F: ... ohne dass sich die Regierung davon offenbar beeindruckt lässt.

Schauen wir auf die Details. Im US-Kongress mehren sich die kritischen Stimmen gegen das Embargo und gegen die harte Kuba-Politik der Bush-Regierung. Auch das ist auf Initiativen an der Basis zurückzuführen, die sich an ihre jeweiligen Abgeordneten wenden. Und der

Kongress reagiert darauf, so dass hier Ansätze für eine neue Kuba-Politik durchaus zu erkennen sind. Die Regierung in Washington - und in Anbetracht der familiären Beziehungen ist das durchaus einsichtig - handelt an diesen Forderungen vorbei und fokussiert einzig die anstehenden Kongresswahlen in Florida. Vergessen wir nicht, dass George W. Bush nach der x-ten Auszählung die Präsidentschaft mit einem Vorsprung von 500 Stimmen in Florida gewonnen hat. Das war verdammt knapp. Weder der Präsident noch sein Bruder, der Gouverneur von Florida, darf auch nur eine Stimme verlieren. Das liefert beide den kubanisch-amerikanischen Extremisten aus. Man kann fast sagen, dass sich die Regierung in der Hand dieser Gruppierungen befindet ...

F: ... die, wie die Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung (CANF) nachgewiesenermaßen Beziehungen zu Terroristen unterhalten.

Das macht die Brisanz der Lage aus, weil beide nahezu alles tun werden, was diese Gruppen fordern. Es sind dieselben Interessengruppen, die mit dem Elián-Gonzales-Fall Clinton zu schaffen machten.

F: Welche Chancen geben Sie der kubanischen Regierung in dieser Situation, sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Es scheint, dass die US-Regierung behaupten kann, was sie will.

Havanna hat sich verteidigt. Die Regierung kann die Beschuldigungen zurückweisen und die Forschungseinrichtungen überprüfen lassen. Beides ist geschehen.

F: Sie waren während der Präsidentschaft von James Carter der Leiter der Interessenvertretung in Havanna. Welche Möglichkeiten sehen Sie heute für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Havanna?

Sie meinen unter Bush?

F: Ja.

Keine.

Menschenrecht auf Verhungern bestätigt

Bundesregierung legte Bericht über Menschenrechtspolitik vor

Bericht: junge Welt

Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) stellte am Freitag in Berlin den »6. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen« vor. Dabei rief Fischer eindringlich zur Einhaltung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus auf: »Unter keinen Umständen darf es unter dem Deckmantel des 11. September zu einer Aushebelung der Menschenrechte kommen.« Folter oder die Unterdrückung der Pressefreiheit seien auch im Kampf gegen den Terrorismus nicht hinnehmbar. Zugleich äußerte er »Verständnis« für die wahllose Inhaftierung von einigen tausend Moslems in den USA und die Käfighaltung von Gefangenen auf dem US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba.

Obwohl die amtierende Bundesregierung mehrfach Krieg als Mittel zur Durchsetzung von Menschenrechten genutzt hat, findet dies im Bericht keine Erwähnung. Fischer erklärte allerdings, die Erfahrung etwa in Afghanistan habe gezeigt, dass es nicht mehr zu vergessenen Konflikten oder »schwarzen Löchern« kommen dürfe. Auf die Förderung des Talibanregimes durch die USA und die bis zum Sommer 2001 reichenden Verhandlungen zwischen Taliban und US-Konzernen

über Erdöl- und Erdgasleitungen durch Afghanistan ging er nicht ein. Immerhin tritt aber die Bundesregierung laut Bericht für die Wahrung des humanitären Völkerrechts »in allen bewaffneten Konflikten« ein.

Insgesamt zog Fischer eine positive Bilanz, da die Menschenrechte im Gegensatz zur Kohl-Regierung jetzt ein Politikschwerpunkt seien. Im Menschenrechtsbereich sei »Klartext notwendig«. Dies gelte auch im Nahen Osten oder für China. Kritik übte der Außenminister erneut an der Menschenrechtslage in Tschetschenien. Der Regierungsbericht beschäftigt sich auf fast 120 Seiten mit »Menschenrechten weltweit« und schildert die Lage in Ländern wie Afghanistan, Jugoslawien, Albanien, Russland, Belorussland, Haiti, Sudan u. a.

In dem Bericht der Bundesregierung wird die Verwirklichung sozialer und kultureller Menschenrechte nicht behandelt. Illustratives dazu teilte die Nachrichtenagentur AP am Freitag aus Argentinien mit. Danach ist der Internationale Währungsfonds (IWF) bereit, neue Verhandlungen über die Freigabe eines Kredits in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro aufzunehmen. Der IWF hatte die Gelder im Dezember eingefroren, nachdem Argentinien den Schuldendienst auf einen Teil seiner Verbindlichkeiten einstellte. Das Land leidet

derzeit unter der schwersten Wirtschaftskrise seit hundert Jahren. Mehr als die Hälfte der 36 Millionen Argentinier lebt mittlerweile in Armut. AP zitiert eine Lehrerin aus einem Armenviertel von Buenos Aires mit den Worten: »Die Menschen im Barrio sind es gewohnt, im Müll nach Essbarem zu wühlen«. Mittlerweile reichten nicht einmal mehr die Abfälle von Buenos Aires aus, um die Hungernden zu ernähren: »Seit Monaten essen die Leute auch Ratten, Mäuse und Frösche.« Aus schierer Not schlachteten viele ihr Pferd und »in den Barrios verschwinden die Katzen«. Seit Jahresbeginn sind die Lebensmittelpreise um 43 Prozent gestiegen. Nach Schätzungen der Stadtverwaltung von Buenos Aires leben rund 25.000 Menschen in der Zwölf-Millionen-Hauptstadt vom Müllsammeln. Eine Studie der Universität General Sarmiento ergab, dass 60 Prozent von ihnen einmal ihr Brot als Bauarbeiter oder Kellner verdienten und in den vergangenen fünf Jahren arbeitslos wurden. Ihre Lebenserwartung liege nur noch bei 35 Jahren, und ihre Kinder gingen nicht mehr zur Schule, weil sie zum Abfallsammeln auf die Straße geschickt würden.

Da Hunger und Arbeitslosigkeit Menschenrechte nicht berühren, spielen sie im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung folgerichtig keine Rolle.

Wir, genau wie unser Volk, werden Widerstand leisten und zusammen mit Tausenden und Millionen Menschen wie ihr Teil des Kampfes sein; eines Kampfes, der keinen anderen Ausweg als den Sieg kennt.

Ich bin euch unendlich dankbar für soviel Solidarität und für die Arbeit, die ihr für unsere Befreiung und für das cubanische Volk und die cubanische Revolution leistet.

Ich bedanke mich für das Lob, das ihr mir als Person zukommen lasst und das ich als einen Beweis der Bewunderung der Werte an Bildung und Kreativität, die die Revolution entwickelt hat, akzeptiere.
Hasta la Victoria Siempre Fernando González Llort

dass mit uns auch ein Stück dieses heroischen Cubas eingesperrt ist, dessen Geschichte uns in diesen Augenblicken begleitet und macht, dass wir uns sogar im Gefängnis frei fühlen, so wie auch unser Land frei durch die Karibik steuert, die unserer mächtiger Nachbar immer als seinen Hinterhof betrachtet hat.

Und als ob das nicht ausreichen würde, begleitet uns auch noch eure Solidarität. Was kann man mehr verlangen? Nur wenige haben das Glück gehabt in ihrer Gefangenschaft von so vielen Menschen begleitet zu werden.

So werden wir weder Cuba noch euch gegenüber versagen. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die auf unsere Schultern gefallen ist und wir wissen uns unserer großen Geschichte entsprechend zu verhalten; das ist das mindeste, was wir für diese Welt tun können, die ihr und wir gemeinsam aufbauen.

Tausend Dank für eure Solidarität und eure Unterstützung

Es umarmt euch René González



Liebe Freunde, 30.04.2002

Mit Dankbarkeit und Freude habe ich euren schönen Brief der Unterstützung bekommen, mit dem ihr mir beweist, dass mit allem Geld der Welt und aller Macht, die sie haben, die Welt zu täuschen, sie es noch nicht erreicht haben, die Ehrlichkeit und die Werte, mit denen wir eine bessere Welt anstreben, aufzuhalten.

Weil wir ein Volk verteidigen, das anstrebt diese Welt aufzubauen und das in seiner Anstrengung dieses zu erreichen viele Jahre lang einen Mut und eine Moral bewiesen hat, die nicht

Estimados amigos:
Con agradecimiento y alegría he recibido su hermosa carta de apoyo, con la cual no alcanza todavía para poner freno al poder de engaño del mundo no alcanza todavía para construir a la sinceridad y a los valores con los que aspiramos a construir un mundo mejor.
Por defender a un pueblo que aspira a construir ese mundo, y que en su esfuerzo por lograrlo ha derrochado durante muchos años un coraje y una moral que no caben en su geografía, el enfermo sistema legal de esta país se enojó con quien escribió y con sus hermanos de causa desahucando sobre nosotros todo su odio en unas descomunales condenas. La solidaridad de ustedes en estas condiciones dice mucho de sus sentimientos y de su capacidad de discernir en un mundo que sólo estimula el individualismo y la ignorancia.
En personas como ustedes descansan el futuro de ese mundo, que no podrá ser levantado jamás sobre las ruinas de la última guerra de conquista, sobre las altas y bajas del mercado de valores o sobre las hipocritas apañaciones a defender una desmoronada a años atrás, "se ha plajado a un continente de miserias y desolaciones como ustedes mantienen con vida la inteligencia, don personas como ustedes humanos, evitando que nuestro género sea otra especie depredadora arrastrada por sus instintos más primitivos, estimulados irracionalmente a través del sistema de engaño más siniestro y sofisticado concebido jamás.
Junto a ustedes, aunque en medio del Caribe, nuestra pequeña isla se levanta también como salvaguarda de la dignidad y la conciencia del género humano, apoyándose en la bella historia de su heroico pueblo y en la solidaridad de las mejores almas del planeta para resistir en condiciones tan desfavorables. Ahora, gracias a otra bestialidad del imperio, cinco cubanos estamos en las cárceles de este país; tal y como navegamos en los mares con nosotros historia nos acompaña en estos momentos para hacernos libres en prisión, tal y como navega libre nuestra patria por ese Caribe que nuestro poderoso vecino ha considerado siempre su traspaso.
Y como si fuera poco también nos acompaña su solidaridad. ¿Qué más se puede pedir? Pocas personas han tenido la suerte de sufrir una prisión tan acompañados como nosotros. Así que no los fallaremos ni a ustedes ni a Cuba. Estamos conscientes de la responsabilidad que ha caído sobre nosotros hombres y sabremos comportarnos a la altura de nuestra historia, que es lo menos que podemos hacer por ese mundo que ustedes y nosotros estamos construyendo juntos.

Mil gracias por su solidaridad y por su apoyo.
Un abrazo:
[Signature]

seiner geographischen Größe entsprechen, hat das kranke Rechtssystem dieses Landes seine Wut an dem Schreiber dieses Briefes und an seinen Brüdern im Geiste der gemeinsamen Sache ausgelassen und all seinen Hass auf uns in einer ungeheuerlichen Verurteilung entladen. Unter diesen Bedingungen sagt eure Solidarität viel aus über eure Gefühle und über eure Fähigkeit, in einer Welt die richtige Wahl zu treffen, die nur den Individualismus und die Unwissenheit ermutigt.

In Menschen wie euch ruht die Zukunft dieser Welt, die nie wieder über den Ruinen des letzten Eroberungskrieges, über den Höhen und Tiefen der Aktienmärkte oder über den heuchlerischen Appellen errichtet werden wird, die aufrufen, eine Demokratie zu verteidigen, in deren Namen, so wie es Simon Bolívar vor fast zweihundert Jahren vorhergesagt hat, „ein Kontinent von Elend heimgesucht wurde.“

Menschen wie ihr haltet die Intelligenz lebendig, die kostbare Gabe, die uns zu Menschen macht, und ihr verhindert, dass unsere Gattung zu einer weiteren ausgeplünderten Spezies wird, die von ihren primitivsten Instinkten, die auch noch auf irrationale Weise von dem finstersten und ausgeklügeltsten Täuschungssystem, das jemals erdacht wurde, stimuliert werden, ins Verderben gerissen wird.

Zusammen mit euch erhebt sich unsere kleine Insel, auch wenn sie mitten in der Karibik liegt, als Wächterin der Würde und des Bewusstseins der menschlichen Gattung, um, unterstützt von der schönen Geschichte ihres heroischen Volkes und in der Solidarität der besten Seelen des Planeten, unter solch ungünstigen Bedingungen zu widerstehen.

Dank einer weiteren Gemeinheit des Imperiums sind fünf Cubaner in den Gefängnissen dieses Landes eingesperrt. Aber seid gewiss,

Liebe compañeros:

Mit viel Freude und Stolz habe ich eure Botschaft der Unterstützung und Solidarität erhalten, die für uns wegen der brüderlichen Bindungen, die unsere Völker immer vereint haben, eine besondere Bedeutung hat. Im Namen meiner vier Brüder und in meinem drücke ich euch unsere große Dankbarkeit aus

Viele feste solidarische Umarmungen!
Hasta la victoria siempre
Gerardo Hernández Nordelo

21.5.2002
FREUNDSCHAFTSGEMEINSCHAFT BRD - KUBA
LIEBER COMPANEROS:
CON MUCHA ALEGRÍA Y ORGULLO HE RECIBIDO SU MENSAJE DE APOYO Y SOLIDARIDAD, QUE TIENE PARA NOSOTROS UN ESPECIAL SIGNIFICADO POR LOS LAZOS DE HERMANDAD QUE SIEMPRE HAN UNIDO A NUESTROS PUEBLOS. EN NOMBRE DE MIS CUATRO HERMANOS Y MÚ LOS ESPERO NUESTRO ÚNICO AGRADECIMIENTO.
MUCHAS FELICIDADES POR SU PARTICIPACIÓN!
Hasta la Victoria Siempre!
[Signature]

Auf dem 10. Bundestreffen der Cuba-Solidarität wurde ebenfalls ein Solidaritätsbrief an die 5 in Miami inhaftierten cubanischen Patrioten verabschiedet und an sie geschickt.

Und auch darauf ist inzwischen eine Antwort von einem der Inhaftierten gekommen.

Liebe Freunde und Freundinnen,

vielen Dank für euren solidarischen Brief und für die Verpflichtung eurer Teilnahme an diesem Kampf für die Gerechtigkeit. Das betrifft nicht nur uns fünf, sondern auch das gesamte cubanische Volk.

Die Wahrheit wird in der Öffentlichkeit erscheinen, so sehr auch die Presse versucht, sie zu verstecken. Diese Presse ist verkauft an die großen wirtschaftlichen Interessen. Das amerikanische Volk und alle Völker der Welt haben das Recht, die historische Ungerechtigkeit zu sehen, die die amerikanischen Regierungen gegenüber unserem Land gemacht haben. Und sie haben das getan, nur weil Cuba ein würdiges, freies und souveränes Land ist.

Ich danke allen Freunden und Freundinnen Cubas in Deutschland, insbesondere den Teilnehmern des 10. Bundestreffen der Solidarität für Cuba und denjenigen, die für uns fünf den solidarischen Brief unterzeichnet haben, für die gesamte Unterstützung, die Freundschaft und den Antrieb, die ihr uns gibt.

Zusammen mit dem cubanischen Volk und Freunden wie ihr, durchdringen wir die Wahrheit.
!Hasta la victoria siempre!

Fernando González Llort

FREE THE MIAMI FIVE
Demonstrate for the freedom of the Cuban Heroes imprisoned in United States Gaols
If preventing the death of innocent human beings, defending our two countries from terrorism and preventing a senseless invasion of Cuba is the reason I am being sentenced, then let that sentence be welcomed. I will wear the prison uniform with the same honour and pride with which a soldier wears his most prized uniform... we are political prisoners.
Ramon Labañino, one of the Miami Five.
PICKET THE US EMBASSY GROSVENOR SQUARE, LONDON, W1 NEAREST TUBE: BOND STREET
Saturday 15 June, 4-6pm
ORGANISED BY ROCK AROUND THE BLOCKADE
www.ratb.org.uk



Anklage „Sind Soldaten potentielle Mörder?“ vor Gericht

Aktivist der Friedensbewegung und Cubafreund freigesprochen

Wie sehr es die Rechten und die Militaristen im Land wurmt, antimilitaristische Meinungen zu vernehmen, ist aus ihrem Weltbild heraus ja nachvollziehbar. Dass es sie offenbar aber besonders stört, wenn man diese auch noch publiziert, musste unser ehemaliges Bundesvorstands-Mitglied und Ansprechpartner in der FG-Regionalgruppe Augsburg, Franz Egeter am eigenen Leib erfahren.

Am 5.11.89 verteilte dieser nämlich - übrigens auch Mitglied in der DFG-VK-Gruppe Augsburg - bei der Ausstellung „Rührt euch“ des Streitkräfteamtes der Bundeswehr, 20 (!) Flugblätter mit einem Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung. Immer und immer wieder musste er nach einer Anklage dafür vor den Kadi.

Nach 12 Jahren Prozessierens einschließlich zweimaliger Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (!) wurde Franz nun endlich freigesprochen. Ein Urteil, dem in der antimilitaristischen Arbeit weitreichende Bedeutung zukommt, wie die Augsburger Friedensinitiative meint.

Seit dem „Weltbühnenprozess“ gegen Carl von Ossietzky 1932, in dem es um das Tucholsky Zitat „...Soldaten sind Mörder“ ging, müssen sich Antimilitaristen wegen ähnlicher Aussprüche vor deutschen Gerichten verantworten.

Juristisch soll dabei geklärt werden, ob nun der Angeklagte mit „a soldier is a murderer“ oder „Soldaten sind potentielle Mörder“ einen aktiven Bundeswehrsoldaten oder den „abgrenzbaren überschaubaren Kreis der Soldaten der Bundeswehr“ gemeint hat. Kann man ihm das nicht nachweisen und stellt sich im Laufe des Gerichtsverfahrens heraus, dass er alle Soldaten weltweit meinte, stellt das Bundesverfassungsgericht die Meinungsfreiheit des Antimilitaristen höher.

Andernfalls kommt es darauf an, ob der Inhalt des Flugblatts oder Transparents eine „Schmähhkritik“ der betroffenen Soldaten enthält. Die Schmähhkritik muss eine Beleidigung enthalten: Der „betroffene Soldat“ (also auch der enger begrenzte Personenkreis der Soldaten der Bundeswehr) muss mit der Bezeichnung „Mörder“ („potentieller Mörder“ genügt) beleidigt worden sein. Hier wird meist auf die hinterhältige und grausame Tour des § 211 StGB abgestellt, mit der ein Mörder vorgeht. „Merkmal der Schmähhung ist die das sachliche Anliegen völlig in den Hintergrund drängende persönliche Kränkung“, sagt das Bundesverfassungsgericht in seiner Begründung. Und

führt weiter aus: „... den Beschwerdeführern (Franz E. u.a.) gehe es erkennbar um eine Auseinandersetzung in der Sache, und zwar um die Frage, ob Krieg und Kriegsdienst und die damit verbundene Tötung von Menschen sittlich gerechtfertigt sind oder nicht.“ Denn wenn es „um einen Beitrag zu einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage geht“ und nicht „im wesentlichen um eine Diffamierung von Personen“ wird „die Annahme einer Schmähhkritik regelmäßig ausgeschlossen“. (Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10.10.95)

Kommentar 1:

In dem Plädoyer der Staatsanwältin beim Prozess vor dem Amtsgericht Landsberg am 12.03. hieß es: „der Tatvorwurf der Beleidigung setzt voraus, dass ein ‚anderer‘ beleidigt worden ist; d.h. ein ‚feststellbarer Personenkreis‘, z.B. die Soldaten in Landsberg oder der Bundeswehr im Lande. Es reicht nicht, wenn ‚die Soldaten weltweit‘ gemeint sind“.

Nachdem Franz von der Ausstellung durch ein Plakat Kenntnis erhalten habe und die Medienberichterstattung dieser Zeit der Anlass für sein Flugblatt gewesen sei, könne man nicht zwingend folgern, dass nur die Bundeswehr in Landsberg gemeint gewesen sei. Franz habe also ‚weltweit die Soldaten‘ gemeint, einen nicht abgegrenzten Personenkreis. Eine Diffamierung auf Grund des Werturteils sei deshalb nicht nachweisbar. Es sei nicht darum gegangen einen bestimmten Personenkreis in Misskredit zu bringen. Die Bezeichnung ‚Mörder‘ hätte man auch anders ausdrücken können und deshalb plädiere die Staatsanwaltschaft auf Freispruch.

Die Richterin stellte in ihrer kurzen Verkündung der Urteilsbegründung ebenfalls fest, dass das Flugblatt nicht eindeutig einzelne Soldaten der Bundeswehr meine und deshalb kein Beleidigungstatbestand vorliegt. Sowohl Staatsanwaltschaft als auch Richterin umgehen also vorsichtig, näher auf die Voraussetzungen für eine Schmähhkritik einzugehen. So gesehen ist der Freispruch von Franz

kein Freibrief für alle „Sind Soldaten potentielle Mörder“-Aussagen. *Elli Frana*
(aus: *Opposition, Mitteilungen der PDS für Augsburg und Schwaben, April 2002*)

Kommentar 2:

Wir freuen uns, dass diese Farce für Franz, nun endgültig juristisch ihr Ende gefunden hat. Man stelle sich vor: über 12 Jahre des Prozessierens zweimalig hinauf bis zum Bundesverfassungsgericht und wieder zurück zum Amtsgericht Landsberg bei der die Sache insgesamt dreimal aufgerollt wurde. Leider bezeichnend, das erst eine RichterINNEN-Mehrheit dem Freispruch zum positiven Ende verhalf.“

Kommentar 3:

Obwohl der Freispruch vor drei Monaten erfolgte und bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Augsburg mehrmals die Rückerstattung der verfassungswidrig verhängten Geldstrafe von 4.023.- DM angemahnt wurde, hat die Bayerische Justizkasse den Betrag bis Redaktionsschluss nicht zurückgezahlt. Auch die Zusendung des schriftlichen Urteils zum erkämpften Freispruch steht noch aus. So funktioniert halt die politische Justiz im Freistaat Bayern.

Franz und sein Anwalt werden wohl weiter daran arbeiten müssen. Der Verteidigungsminister Stoltenberg, der das Strafverfahren vor 12 Jahren auf den Weg gebracht hatte, ist inzwischen verstorben.

Im übrigen fanden seit dem Verteilen der Flugblätter vor mehr als 12 Jahren eine ganze Menge weiterer grausamer Kriege und Massaker statt. Auch die Bundeswehr beteiligt sich mit rasant zunehmender Tendenz militärisch an Auslandseinsätzen und Kriegen und wird dort in etlichen Ländern außerhalb des Bundesgebietes nicht gerade zu Verteidigungszwecken des Bundesgebietes oder auch der NATO aktiv sein sondern in der Regel Macht- und Kapitalinteressen verteidigen. Und dies sicher nicht mit Plastikpistolen.

BO für „Cuba Libre“

Adressen



Kampagne für „Saubere Kleidung“,
Koordinationsbüro, DGB-Bildungswerk,
Postfach103055 40021 Düsseldorf,
Telefon 0211-4301317
email: ccc-D@dgb-bildungswerk.de

Christliche Initiative Romero,
Kardinal von Galen Ring 45, 48149 Münster,
Tel.: 0251/89503 oder bei
SÜDWIND, Lindenstr. 58-60,
53721 Siegburg, Tel.: 02241-53617



Wie wär's mit dem Stehkragenpullover für nur 50 €?
Oder darf es der Melange-Cardigan für 99 € sein?

Schöne Eine Welt Globalisierte Kleider- produktion heute

Wie lebt die Näherin in einer ‚freien‘ Produktionszone? In einer schlecht gesicherten und belüfteten Fabrikhalle arbeitet sie bis zu sechzehn Stunden täglich, sechs oder sogar sieben Tage in der Woche. Der Monatslohn beträgt vielleicht 100 DM. Sexuelle Übergriffe sind an der Tagesordnung. Sich in einer Gewerkschaft zu organisieren ist verboten und wird mit Entlassung bestraft. Zur Zeit wird in allen Ländern der Welt den ArbeiterInnen nahegelegt, den Gürtel enger zu schnallen, um nur ja nicht den Standortvorteil ihrer Heimat zu gefährden. Dabei liegt der Lohnkostenanteil pro Kleidungsstück zwischen 0,15 (in Billiglohnländern) und 2,5 Prozent (in den Industrieländern). Die demagogisch geführte Standortdebatte will uns eine Art Naturnotwendigkeit weltweiter Verelendung suggerieren und die ArbeiterInnen der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielen. Nur tatkräftige Solidarität sichert letztlich den eigenen Arbeitsplatz. Und nur gemeinsam werden die ArbeiterInnen in Nord und Süd dem schrankenlosen Neoliberalismus Paroli bieten.

Die Großkonzerne sind es, die den Herstellern durch ihre Auftragsvergabe, ihre Preis- und Zeitvorgaben die Produktionsbedingungen diktieren.

Die europaweite ‚Kampagne für saubere Kleidung‘ will die Ladenketten und Versandhäuser dazu bringen, soziale Mindeststandards in den Herstellerländern einzufordern.

Die „Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung“

Eine ‚sozial saubere‘ Produktion von Bekleidungsstücken, durchgesetzt über die Macht der VerbraucherInnen - darauf zielt die europäische Clean Clothes Campaign. Die Kampagne entstand auf

Initiative niederländischer Organisationen und arbeitet mittlerweile auch in Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, der Schweiz und Spanien. Den an der Kampagne beteiligten Organisationen geht es darum, in enger Kooperation mit den PartnerInnen in der Dritten Welt die Umsetzung sozialer Mindeststandards und des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts bei der Herstellung von Kleidung zu erreichen. Sie stützt sich außerdem auch auf die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und schreibt folgendes fest:

- ★ Organisationsfreiheit,
- ★ Recht auf Tarifverhandlungen,
- ★ Verbot der Zwangsarbeit,
- ★ ein angemessener Lohn, Überstundenregelung
- ★ Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz,
- ★ Mindestalter und Antidiskriminierung,

Die bundesdeutsche Kampagne besteht aus einem TrägerInnenkreis von Nord-Süd-, Gewerkschafts-, Kirchen- und Frauenorganisationen (siehe homepage) sowie einem Aktiven-Kreis lokaler und regionaler Gruppen.

In der Kampagne für ‚Saubere‘ Kleidung sollen VerbraucherInnen den Einzelhandel dazu bewegen, eine sieben Forderungen fassende ‚Sozialcharta für den Handel mit Kleidung‘ zu unterzeichnen (nachfolgend dokumentiert). Mit dem Unterzeichnen dieser Charta verpflichten sich die Einzelhandelsunternehmen, nur solche Kleidung zu verkaufen, die unter ‚sauberen‘ Bedingungen produziert wurde - und dies von unabhängiger Stelle kontrollieren lassen.

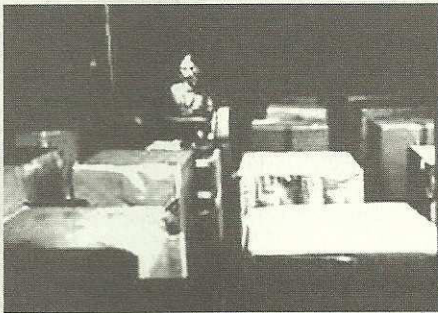
Einzelne Unternehmen wie der Otto Versand und C & A werden exemplarisch für die ganze Branche in den Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit gestellt. Die Kampagne ruft allerdings nicht explizit zum Boykott dieser Unternehmen auf. Die beteiligten Gruppen und Organisation wollen gemeinsam mit kritischen KonsumentInnen den Bekleidungshandel bewegen: zur konkreten Übernahme seiner Verantwortung für humane Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken.

BRD:Verhaltenskodex noch nicht ratifiziert

Leider hat in Deutschland noch niemand den Verhaltenskodex der Kampagne für Saubere Kleidung unterschrieben. Anders sieht es da in unseren Nachbarländern aus. So können die CCCs in den Niederlanden, in Frankreich, Schweden, Großbritannien und in der Schweiz konkrete Fortschritte in ihrer Zusammenarbeit mit Bekleidungsunternehmen vorweisen. Diese reichen von der gemeinsamen Erarbeitung von Kodizes über Pilotstudien in Herstellerländern bis hin zur Gründung einer unabhängigen Überprüfungseinrichtung wie der ‚Fair Wear Charter Foundation‘ in den Niederlanden. In der Schweiz wurde es jetzt ganz konkret. Dort haben die ersten Firmen den Kodex der Kampagne unterschrieben. Es sind Mabrouc SA, Migros und Veillon. Diese Firmen haben sich schriftlich verpflichtet, die Verhaltensgrundsätze bei allen ihren Lieferanten bekannt zu machen und die Einhaltung dieser Forderungen zu überwachen. Die unabhängige Kontrolle der Zulieferfirmen findet in Form eines Pilotprojektes statt. Es startet noch in diesem Jahr in zwei asiatischen Produktionsländern. Genau hier heißt es Druck machen und dran bleiben auch für die Kampagne in der BRD, denn die ‚tollen‘ Markenfirmen reden zwar in ihren Verhaltenskodizes immer vom verantwortlichen und sozialen Handeln ihrer Konzerne, aber gegen unabhängige Kontrollen zur Einhaltung der ArbeiterInnenrechte wehren sie sich bisher nach Kräften. Möglichkeiten dazu gibt es!

BO

Links: www.berlinercompagnie.de
www.saubere-kleidung.de



Berliner Compagnie: Schöne Eine Welt

Thematisiert wird die Herstellung von Bekleidung in den Freien Produktionszonen Südostasiens, Mittelamerikas

und Osteuropas in dem Stück ‚Schöne Eine Welt‘ durch die Theatergruppe ‚Berliner Compagnie‘. Sie hat das Stück vor 3 Jahren in Zusammenarbeit mit KampagnenaktivistInnen erarbeitet hat und tourt mit diesem und weiteren gesellschaftskritischen und aufklärerischen Stücken durch die Republik. Am 4.11. 2001 holten wir sie schließlich auch mit dem Stück hierher nach Regensburg, wo ein breiter Veranstalterkreis von christlichen Gruppen bis hin zu Ausländerbeirat, DGB und Attac aufriefen. Gezeigt wurde in schauspielerisch und inhaltlich hervorragender Art und Weise ein Stück zu den Produktionsbedingungen in der Bekleidungsindustrie (Brecht hätte seine Freude daran gehabt), verarbeitet werden darin Standortdebatte, Produktionsverlagerungen, gewerkschaftliche Rechte, Herrenmenschen und dünkeln. Hier möchte ich zum Thema ‚Berliner Compagnie‘ nicht mehr verraten und lediglich auf deren homepage verweisen, unter der neben den aktuellen Produktionen auch die alten Stücke begutachtet werden können. Darunter übrigens auch das Stück ‚Kuba-Krise‘. www.berlinercompagnie.de

BO

Liebe Cuba Freundinnen und Freunde,

der Zentralverband der cubanische Gewerkschaft CTC will ein Buch über die Geschichte der cubanischen Revolution unter dem Titel „Derechos Preservados“ (auf deutsch „Bewahrung der Rechte“) herausbringen. Das Buch umfasst etwa 250 Seiten und enthält auch Tabellen und Fotos. Es ist vorgesehen, einen Teil der Auflage kostenlos innerhalb der cub. Gewerkschaften auszugeben sowie einen weiteren Teil preiswert zum Verkauf anzubieten.

Die CTC hat uns für dieses Projekt um Unterstützung gebeten und benötigt für den Druck der cubanischen Auflage 10.000 US Dollar. Sie möchten das Buch schon jetzt im Juli in einer Auflage von 7.000 Exemplaren drucken, was bedeutet, dass sie das Geld möglichst bald brauchen. Der Druck wird von der Gewerkschaftsdruckerei ausgeführt, so dass die gesamte Spende auch in Cuba verbleibt.

Das Manuskript des Buches wird dem Netzwerk als Dank für unsere Unterstützung auch für die deutsche Übersetzung zur Verfügung gestellt. Erfreulicherweise haben sich auch drei Cuba-FreundInnen bereit erklärt, die Übersetzung zu übernehmen, so dass wir hoffen, „Bewahrung der Rechte“ auch bald auf deutsch herausbringen zu können.

Wir hoffen auf möglichst große Unterstützung und bitten daher um Spenden für dieses Projekt auf das **Netzwerk-Cuba e.V. Spendenkonto bei der Postbank Berlin: BLZ : 100 100 10; Kontonummer: 32 33 31 00 unter dem Stichwort: „CTC-BUCH“.**

Eine Spendenbescheinigung wird vom Netzwerk zugesandt, sofern die Adresse der SpenderInnen mitgeteilt wird.

Dieses Bändchen soll der Versuch sein, in kurzer Form zu zeigen, wie sich die Cubanische Revolution in mehr als vier Jahrzehnten entwickelt hat und was heute das revolutionäre Cuba ist, das durch die unauf löbliche Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer Revolution charakterisiert ist.

Netzwerk Cuba:

★ aus der AG "Alternative Energien"

1. Vorstellung der Einrichtung "Bengo" (s. Anlage und www.paritaet.org/bengo)

Tips und Richtlinien zur Förderung von Cuba-Projekten aus öffentlichen Mitteln

- ★ Teilfinanzierung: Träger des Projektes stellt 25 % Eigenanteil. Berücksichtigung des Anteils, den die Partnerorganisation in Cuba einbringt (Arbeitsleistung, Grundstück, Material) bis 15 % möglich,
- ★ Finanzierung vom BMZ: 75 % 2002: 19,5 Mio. Euro stehen zur Verfügung (für die ganze Welt)
- ★ Förderung im 1. Jahr: 37.500 € (Kleinprojekt); im 2. Jahr: 75.000 € usw.
- ★ Anträge können das ganze Jahr über gestellt werden. Aber: Kleinprojekte müssen immer zum Jahresende abgeschlossen sein!
- ★ Projekte sollen grundbedürfnisorientiert sein.
- ★ Keine Festlegung auf Länder/Regionen oder inhaltliche Schwerpunkte (Investitionen bilden Schwerpunkt des Projektes!).
- ★ Die Projekte müssen der ärmeren Bevölkerung zugute kommen.
- ★ Selbsthilfefanstrengungen müssen erkennbar sein.
- ★ Projektträger in Cuba: Ausnahmeweise Quasi-NGO (wie ICAP), Genossenschaften,.
- ★ Folgekosten müssen (sollen) vom Partnerland getragen werden.
- ★ Keine Finanzierung von begleitender Öffentlichkeitsarbeit.
- ★ Aber: Finanzierung von Transportkosten, entweder als Bestandteil eines Projektes oder 1 x jährlich pro Organisation als zusätzliche Leistung für Transport von Sachspenden,
- ★ Bisher 12 Projekte in Cuba genehmigt (Fördersumme 2 Mio. €).
- ★ Antragsteller: Gemeinnützig, 3 Jahre existieren, Tätigkeits- und Finanzbericht, 80 % der Spendeneinnahmen müssen für Projekte im Ausland ausgegeben werden. Der Antragsteller muss juristische Person sein und seinen Hauptsitz in

Deutschland haben. Er muss bereits länger in Projekten tätig sein.

2. Projekte (Kocher): Eurosolar:

"Effizienter Herd" entwickelt mit Materialien, die in Cuba vorhanden sind. Töpfe haben rd. 80 l Volumen, in Ofen eingesenkt. Brennmaterial: Holz o. a., z. B. Unkraut Mirabu

Z. Z. 2.000 Herde an Schulen im Einsatz; rd. 1.300 Herde bei Krankenhäusern, Hotels, Armee. Verbrauch des Brennmaterials gravierend verringert.

Cuba Sí Thüringen:

Solarkocher auf Kollektorbasis; sehr effizient und benutzerfreundlich. Problem: Material nicht komplett in Cuba verfügbar. Der Preis ist relativ hoch.

Biogasanlagen werden sowohl von Eurosolar als auch von Cuba Sí (gesamt) mit gutem Ergebnis gebaut und eingesetzt.

Parabolspiegel-Kocher:

Sowohl die stationären als auch die nachführbaren haben sich nicht bewährt. Sie werden nicht bei der Bevölkerung akzeptiert.

Kollektoren auf Solarthermie-Basis:

Erzeugung von Warmwasser scheint z. Z. nicht auf der Prioritätenliste in Cuba zu stehen, zumindest nicht im Privatbereich. Einsatz für Krankenhäuser, Industrie, Milchproduktion und im Tourismus jedoch nützlich.

3. Woher kommen Projektideen?

- ★ auf Vorschläge der cubanischen Partner reagieren, aber Wünsche kritisch hinterfragen.
- ★ Geduldige Diskussion und Informationsarbeit im Vorfeld von Projekten wichtig - besonders wichtig bei Projektvorschlägen, die von unserer Seite eingebracht werden.
- ★ Abbruch von begonnenen Projekten sinnvoll, wenn sich die Voraussetzungen verändern, auch wenn Fördergelder schon bewilligt sind.

Namen der cubanischen Gäste beim NC-Bundestreffen:

- * Marcelino Medina, Botschafter d. Rep. Cuba,
- * Juana Martínez, Leiterin der Außenstelle in Bonn,
- * Jesús Sierra, Botschaft Cuba,
- * Pedro Holmedo Pérez Rubio, Vizedirektor für ICAP Europa
- * Maria Reyes Letamendy, Zentrum für Europastudien, Havanna
- * Rebecca Orozo, Zentrum für Europastudien, Havanna
- * Francisco Bienvenido López, ICAP Camaguey
- * Freddy Castillo González, SMTNE, Villa Clara

NEUES HEFT MIT TOP THEMA

STICHWORT BAYER

RHEIN - ALARM
BAYER-Gifte für Millionen.

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

KOSTENLOSES PROBEHEFT
BESTELLEN, JETZT...

Bundestreffen der Cuba Solidarität

★ aus der AG "Gewerkschaften"

Als Vertreter der cubanischen Gewerkschaften nahm der Cro. Freddy Castillo Gonzáles, Bezirksleiter der cubanischen Gewerkschaft der Metall- und Elektroarbeiter der Provinz Villa Clara, an der AG teil. Er wurde vom Cro. Carlos Serrano begleitet.

Ein Großteil der TeilnehmerInnen waren junge GewerkschafterInnen. Da diese zum Teil über keine oder nur sehr geringe Kenntnisse, insbesondere im Kontext mit den cubanischen Gewerkschaften verfügten, verständigten wir uns darauf, dass der Cro. Freddy zunächst einige grundsätzliche Ausführungen zur Struktur und zum Aufbau der cubanischen Gewerkschaften machen sollte. Dem schlossen sich einige Erläuterungen zu den grundlegenden Aufgaben und der Politik der Gewerkschaften an.

In Anschluss daran wurden eine ganze Reihe von Fragen gestellt und diskutiert. Dazu gehörten unter anderem Fragen aus den folgenden Bereichen: Stellenwert und Bedeutung der politisch-ideologischen Dis-

kussion mit den Beschäftigten

- ★ Beteiligung der Beschäftigten und der Gewerkschaften bei der Entscheidungsfindung auf der Ebene der Geschäftsführung der Unternehmen
 - ★ Aspekte der Arbeitsgesetzgebung
 - ★ Bedeutung der "Convenios colectivo de trabajo" (wörtlich: Kollektiver Vertrag der Arbeit. Dieser ist am ehesten mit einem Haustarifvertrag zu vergleichen. Dabei handelt es sich um einen Vertrag wird zwischen der Unternehmensleitung und der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft ausgehandelt und abgeschlossen wird. Bei der Erarbeitung dieses Vertrages sind die Beschäftigten direkt einbezogen.
 - ★ Aufgaben und Rolle der Gewerkschaften in Prozess der Perfektionierung der Betriebe
 - ★ Individuelle und kollektive Möglichkeiten der Beschäftigten ihre Interessen zu vertreten
- Abschließend waren die Möglichkeiten

der konkreten Hilfe und Unterstützung der cubanischen Gewerkschaften Gegenstand der Gespräche.

Neben der politischen Unterstützung durch die Solidaritätsbewegung benötigen die Kolleginnen und Kollegen in Kuba am vordringlichsten:

- ★ Arbeitsschutzkleidung (Arbeitsanzüge, Sicherheitsschuhe, Arbeitshandschuhe Schutzbrillen usw.)
 - ★ Büromaterial (Papier, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte in verschiedenen Größen)
 - ★ Bürotechnik und Büromöbel
- Allgemein besteht ein grundsätzlicher Mangel an Gebrauchs- und Verbrauchsmaterialien.

Nächstes Koordinierungstreffen der AG Gewerkschaften:

Samstag, den 16. November 2002, 11:00 Uhr, Frankfurt am Main, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

Podiumsdiskussion beim diesjährigen Bundestreffen

„Gegen Neoliberalismus und Krieg - Solidarität globalisieren! Porto Alegre und wie weiter?“

Fidel Castro: Weltwirtschaft ist zum Spielcasino geworden

TeilnehmerInnen: Rebecca Orozo, Zentrum für Europastudien, La Habana, Cuba; Friederike Habermann, BUKO; Sven Gigold, ATTAC; Rainer Schultz, Linke Liste der Humboldt Uni, Berlin; Manfred Sill, Netzwerk Cuba

Moderation: Harald Neuber, Tageszeitung junge Welt

Einige Informationen zu Porto Alegre:

Beim 2. Gipfel gab es doppelt so viele TeilnehmerInnen wie beim ersten (50.000). Es zeigte sich Professionalität im Vorfeld: Große Werbeflächen für das Ereignis wurden beispielsweise vorbereitet. Der Gipfel selbst war gut durchgeplant. - Daran gab es auch Kritik: vielleicht zu gut, da über dem Bemühen, Ergebnisse der „conferencias“ nach außen zu transportieren (Pressekonzferenzen in sehr kurzem Rhythmus, zu allen mussten fertige Papiere vorliegen ...) die Spontaneität vielleicht zu kurz kam. Positive Erscheinung: Ein großer Anteil der Teilnehmenden und Gruppen kam aus Ländern des Südens bei diesem Gipfel in P.A.

ATTAC: In 40 Ländern gibt es mittlerweile ATTAC-Gruppen, durchschnittlich jeden Monat konstituiert sich eine neue. 6.000 Mitglieder sind es bisher (Stand April 02) mit einem Zuwachs von ca. 150 wöchentlich. Leute mit unterschiedlichen Ansätzen arbeiten konstruktiv zusammen, einigen sich auf Kernforderungen. Die Erkenntnis, die als gemeinsame Basis dient: Globalisierte Neoliberalisierung hat auf Süden und Norden vergleichbare Auswirkungen. Ziel ist es, einen

stärker werdenden Dissens im Globalisierungsprozess zu nutzen, um neoliberalen Konsens in den Köpfen zu brechen.

ATTAC will weiterhin außerparlamentarisch arbeiten und keine Parteigründung geplant, keine herkömmliche Machtausübung wird angestrebt (Vorbild: Zapatistas). Ein Problem ist zunehmend: Rechte greifen Positionen von ATTAC auf und instrumentalisieren Politikverdrossenheit für ihre Zwecke

Die Position CUBAS in diesem Themenkomplex:

Cuba verkörpert quasi den institutionalisierten Widerstand gegen Neoliberalismus. Cuba ist Motor und Vehikel, gleichzeitig, um in dieser Frage voranzukommen. Es wurde aber die Bedeutung dessen betont, dass Widerstand vor allem in den Ländern organisiert werden muss, von denen neoliberale Neuerungen ausgehen.

Im Hinblick auf das ALCA-Abkommen gab es einen Verweis seitens Rebecca Orozo auf eine Martí-Einschätzung aus dem Jahr 1883 zu den negativen Auswirkungen eines Handelsabkommens zwischen USA und Mexiko für alle Staaten Lateinamerikas. Insofern ist der heutige Kampf Cubas gegen Neoliberalismus und Globalisierung gar nichts so Neues.

Das Projekt der ALCA-Freihandelszone kann als das am weitesten reichende Unternehmen der USA zur Unterwerfung aller Staaten angesehen werden (die USA wollen die angeschlossenen Restländer als koloniale Zulieferer von Rohstoffen und Arbeitskräften

ausbeuten).

Es existiert eine gefährliche Drohung der USA: „Wer gegen ALCA ist, ist für den Terrorismus“.

Eine Erkenntnis auf Sao Paulo Forum von Havanna: Es gibt eine fortschreitende Präsenz der transnationalen Konzerne in sämtlichen Teilnehmerländern. Aber: Cuba kann nur aus der Distanz kritisieren, da es zwangsläufig aus allen kritisierten Institutionen ausgeschlossen ist.

WEITERE SCHLAGLICHTER:

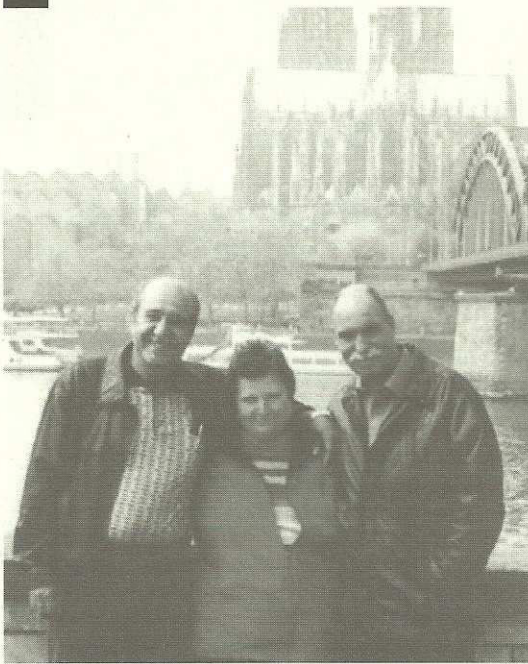
Rainer Schultz zum Thema im Studienbereich: Hierzulande haben wissenschaftliche Arbeiten zu Globalisierung und Neoliberalismus der Erhöhung der Akzeptanz zu dienen, sonst werden sie nicht angenommen.

Konsens aller: Die technischen Bedingungen für eine vernetzte Arbeit von Protestgruppen wesentlich besser als früher (Nutzung modernster Technik wie Internet etc.).

Ein deutlicher Unterschied zwischen Porto Alegre Gruppen und Gruppen der politischen Cuba-Solidarität: Die Kritik der ersteren richtet sich gegen Institutionen - letztere kritisieren die Mechanismen, die diese erst hervorbringen.

Bei der Diskussion ungelöster „casus knacktus“: Die Vielfältigkeit der Aktionsgruppen von P.A. - wie zum Beispiel auch ATTAC - (die nach ihrem Selbstverständnis als positiv anzusehen ist) birgt die ständige Gefahr, sich in Beliebigkeit (also etwas Negatives) zu verwandeln.

Soli-Cuba: Momente eines cubanischen Delegationsbesuchs, April 2002



Petra mit Pedro und Franzisco



In der Industriebäckerei Rietmann

Fotos: soli cuba

Die cubanischen Teilnehmer: Pedro Holmedes, ICAP, Havanna - Beauftragter für Osteuropa, Francisco Lopez Bienvenido Dominguez - von allen liebevoll Paquito genannt und vom ICAP, Delegado Camagüey, aus der Provinz Camagüey, zuständig auch für diese Provinz und unmittelbarer Ansprechpartner von Soli Cuba für alle Projekte, Lieferungen, Schulpatenschaften, die in der gleichnamigen Provinz abgewickelt werden.

22.04.02 - 9.00 Uhr

Besuch und Besichtigung der Firma Rietmann GmbH. Die Firma arbeitet für Industrie und Export und ist Hersteller von Backmitteln für die Industriebäckerei. So "Golden Toast" Gebäcke und weltweit im Fast Food Geschäft mit "Burger King".

11.00 Uhr

Empfang beim Bürgermeister Wolfgang Wiltz, Bürgermeister der Gemeinde Wallerfangen. Dem Empfang folgte ein ausführliches Gespräch über die Situation in Cuba. Gemeinsames Mittagessen.

14.00 Uhr

zur Besichtigung des größten Edelfabrikanten der Welt, dem Saarstahl Völklingen.

Von Paquito Berichterstattung aus Camagüey über Projekte von Soli Cuba bzw. Projektlauf des neuen Projektes "Bau einer Solarkollektoranlage auf dem Bezirkskinderkrankenhaus Pediatrico "Eduardo Agramonte Piña" in der Stadt Camagüey. Gespräch über Projektlauf, Schwierigkeiten, weiteres Vorgehen etc.

Fahrten nach Köln und Düsseldorf mit Stadt- und Dombesichtigung,

Stadtrundfahrten, Stadtmuseum und Düsseldorfer Rathaus. Besichtigung von Brauereien; Teilnahme an Podiumsdiskussion mit Juana Martinez (Botschaft Bonn) und Cuba Si, Düsseldorf in der Black Box in Düsseldorf.

**26.04.02 bis 28.04.02,
10. Bundestreffen
der Cuba-Solidarität.**

Weiterfahrt nach Kerkrade/Holland, wo ein gemeinsames Meeting mit einer holländischen Solidaritätsgruppe unter Rene Vanwersch und Dr. Borja Castillo stattfand, Ende ca. 23.30 Uhr.

29.04.02

Besichtigung eines landwirtschaftlichen Betriebes in Deelen. Vorführung der Fütterungszusammensätze, der Ställe, des Viehbetriebes. Highlight bei dieser Besichtigung war der Hütehund Balu, der durch seine Arbeit (Eintreiben der Kühe von der Weide zur Melkstation und Nachschub in Intervallen von je 12 Kühen in der Melkstation selbst) dem Bauern täglich zwei Stunden Arbeit abnimmt. Diese Art Arbeitsteilung kannte man von Cuba her nicht und man begegnete Balu mit großem Interesse.

Alles in allem war es eine stressige Angelegenheit. Aber unsere cubanischen Freunde haben sich tapfer geschlagen, wobei natürlich vieles Neue zu verarbeiten war. Nach ihrer Aussage haben sie sich sehr wohlgefühlt allerdings eines stets bemängelt, es sei zu kalt.

Petra Grübl, Soli-Cuba
(gekürzte Fassung für CL)

aus der fg

München:

Bundesdelegiertenkonferenz 2002

Arbeitsgruppe zur Öffentlichkeitsarbeit

Ausgehend davon, dass die „Produkte“ der FG folgende sind:

- ★ politische Inhalte
- ★ Cuba Libre
- ★ Eigene Materialien
- ★ Reisen
- ★ Materielle Solidarität
- ★ Cubanische Kultur

wurden die bislang (mehr oder minder) genutzten Medien aufgelistet:

- überregionale (bürgerl.) Zeitungen, Zeitschriften
- linke Publikationen

- örtliche Kleinzeitungen
- örtl. Rundfunksender
- Cuba Libre
- Internet
- Eigene Flugblätter/Plakate etc.
- Reise-Katalog
- Gruppenrundbrief
- Einladungen/Rundbriefe der Regionalgruppen

Darüber hinaus gibt konntn folgende weitere Medien aufgelistet werden, die allerdings nicht genutzt werden (können):

- Fernsehen

- Überörtlicher Rundfunk
- Videos
- Dia-Vorträge
- Plakatflächen / Lifaßsäulen
- Straßentheater
- Demobeteiligungen

Anschließend wurde an ausgewählten Beispielen geklärt, was die FG wem mit einigen Erfolgchancen anbieten kann:

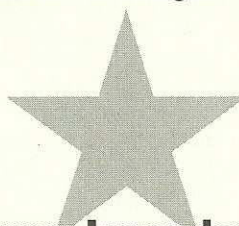
- bürgerliche, überregionale Zeitungen politische Inhalte mittels
 - Presseerklärungen
 - Leserbriefen

- kommerzielle Anzeigen
- cubanische Kultur (Veranstaltungen)
- Linke Publikationen
- (fast) alle politische Inhalte
- Cuba Libre
- Reisen (mit Einschränkungen)
- materielle Solidarität
- cubanische Kultur
- Internet (unsere homepage) UND Cuba Libre
- alles
- örtl. Medien
- Inhalte, Cuba Libre, Reisen

Anschließend wurden in drei Kleingruppen Aufgaben für die Arbeit der FG herausgearbeitet:

- a) Internetauftritt
- Aktualität
 - chat-room
 - e-mail-Verteiler
 - Flugblatt- / Aktionsliste
 - eigene Seiten, die alle Gruppen selbst hinstellen können
 - Terminkalender
- b) Regionalgruppen
- „Verteiler“ für gegenseitige Informationen (regio@fgbrdkuba.de)
 - Info-Austausch für Materialien, Aktionen, Veranstaltungen
 - Gruppenrundbrief des BuVo
 - Arbeit mit anderen Soli-Organisationen
 - funktionierende Geschäftsstelle

- c) Zentrale Arbeit
- Zielgruppen
 - Regionalgruppen
 - zentrale Medien
 - regionale Medien
 - Mitglieder
 - Kommunikationswege
 - e-mail
- Fragen nach Input und output: Wieviel und was hat der BuVo mitzuteilen?
Nur 1/3 der Gruppen hat eine Adresse
- Presseerklärungen
- Fragen nach input/output s.o. / nicht einmal eine Medienliste haben wir
- Flugblätter / Plakate / Materialien
 - funktioniert ganz gut



Arbeitsgruppe Jugendaustausch

1. Grundsätzlich muss das geplante Projekt „Jugendaustausch“ einen völlig anderen Charakter wie eine Jugendreise nach Cuba haben. D.h. es soll ein wirklicher Austausch sein, also auch cubanische Jugendliche sollen die BRD besuchen können, nachdem ihre deutschen Austauschpartner deren Gäste waren. Zugleich muss es vornehmlich die Aufgabe der deutschen Jugendlichen sein, die cubanischen Gäste in der BRD zu betreuen.

Ziel ist es dabei natürlich auch, die Jugendlichen für eine solidarische Weiterarbeit für Cuba und somit für eine Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft zu gewinnen.

2. Für die Idee eines solchen Projekts muss zunächst einmal das ICAP gewonnen werden, das im Grund ja bereits Erfahrungen mit einem ähnlichen Projekt der Chilenischen Jugend- und Kulturinitiative Hamburg hat.

3. Die größten Probleme für die Verwirklichung dieses Plans liegen voraussichtlich bei der Freundschaftsgesellschaft selbst.

Zum einen zeigen die Erfahrungen aus dem Hamburger (und Münchner) Austausch, dass ein bis max. zwei Gruppen sich dieses Projekt zu eigen machen müssen, d.h. es zumindest für zwei Jahre zum Schwerpunkt ihrer Solidaritätsarbeit wird. Diese Gruppen müssen gefunden werden.

Zum anderen braucht es sowohl aus diesen Gruppen mindestens ein Mitglied, das sich voll in diesem Jugendaustauschprojekt engagiert, sowie jemanden, der die ganze Organisation zentral für die Freundschaftsgesellschaft übernimmt. Einigermaßen gute Spanischkenntnisse sind nahezu Voraussetzung.

Ob die Freundschaftsgesellschaft dies im Kreuz hat wird sich erweisen müssen. Die Verwirklichung dieses Projekts bedeutet zwar einen relativ großen Aufwand, der viel privates Engagement erfordert. Die Erfahrungen aus Hamburg und München zeigen aber, mit welcher Begeisterung das gegenseitige sich Kennenlernen und die neuen Erfahrungen mit einem unbekanntem Land und seiner Kultur von den Jugendlichen aufgenommen werden. Auf die Arbeit der beteiligten Gruppen kann dies nur positive Auswirkungen haben.

Die Aufforderung geht daher an alle Gruppen der Freundschaftsgesellschaft, über eine eventuelle Mitwirkung an diesem Jugendaustauschplänen der FG ernsthaft nachzudenken.

4. Konkrete Fragen der Kontaktierung entsprechender Stellen und die Partnersuche in Cuba müssen wir mit der Chilenischen Jugend- und Kulturinitiative in Hamburg klären. Der Bundesvorstand wird aufgefordert dazu ein Treffen in Hamburg zu organisieren.

Für die Arbeitsgruppe Jugendaustausch : Wolfgang Smuda

Arbeitsgruppe 5 Gefangene

Nach einer Einführung durch Ulli Fausten über die Vorgeschichte der 5 Gefangenen und die neuesten Erkenntnisse wurde von dem cro. Holmedo vom ICAP die Gründung einer ständigen Arbeitsgruppe vorgeschlagen.

Das ICAP selbst unterhält eine solche aber auch in den USA existieren in den Bundesstaaten, in denen die 5 in Gefängnisse verbracht worden sind, solche speziellen Komitees.

Eine Kampagne für die 5 Gefangenen besteht aus 2 Komponenten. - einer mehr persönlichen und einer allgemein politischen.

Die 5 befinden sich isoliert in einer feindlichen Umgebung in einer Isolationshaft, deren Ende sie nicht absehen. Deswegen brauchen sie moralische Unterstützung in Form von Briefen, Karten, Besuchen o. ä.

Um ihnen das Gefühl zu vermitteln nicht allein zu sein, wurde vorgeschlagen, Jugendorganisationen und politischen Organisationen Informationen zu schicken, damit sie diese in ihren Websites veröffentlichen und ihre Mitglieder dazu aufrufen Briefe an die 5 zu schreiben. Dabei könnten wir vielleicht die Mumia Abu Jamal Gruppe kontaktieren und ihre Erfahrungen nutzen.

Um das Thema einem größeren Kreis zugänglich zu machen, wurde vorgeschlagen Ullis CL Artikel an fortschrittliche Zeitungen o. Zeitschriften zu schicken (Kolibri, die Ware, Junge Welt, UZ, Konkret - mit der Bitte um Veröffentlichung. Auch Gewerkschaftspublikationen u. ä. kämen dafür in Frage.

Wie immer könnte man auch die lokalen Radios mit einbeziehen. Auch könnte man versuchen, auf dem BUKO Kongress darüber zu informieren.

Alle Veröffentlichungen sollten dem ICAP bekannt gegeben werden und an 5heroes@icap.cu geschickt werden.

Um in die Medien zu kommen, könnten auch bezahlte Anzeigen geschaltet werden. Das Geld dafür könnte z. B. aus von uns erstellten Postkarten kommen, die verkauft werden, um eine solche Anzeige zu finanzieren.

Es sollte daraus sich natürlich eine politische Kampagne entwickeln, die aufzeigen soll, wie Terrorismus mit zweierlei Maß gemessen wird. Wie die USA angeblich den Terrorismus in anderen Ländern bekämpfen, bei sich selbst aber hegen und pflegen.

Dass die 5 nur die Aufgaben des FBI übernommen haben, welches sich weigert, Terroraktionen gegen Cuba von US-Territorium aus zu unterbinden usw.

Holmedo bot an, dass die Möglichkeit besteht Angehörige der 5 für Veranstaltung einzuladen.

Auch besteht die Möglichkeit die "Rock around the Blockade " Leute aus England einzuladen, die Aktionen für die 5 Gefangenen mit denen zu Bacardi verknüpfen.

Wir haben einen persönlichen Brief an die 5 vorbereitet, der von der BDK aus an die Gefangenen in den Gefängnissen in die 5 verschiedenen Bundesstaaten verschickt werden soll. (Siehe S. 30)

Renate

Beclomethason: das Ende und ein neuer Anfang

Inzwischen gibt es das Spray Beclomethason in allen cubanischen Apotheken, aber daran haben wir nur indirekt Anteil.

Wir ihr euch alle erinnern werdet, haben wir vor einigen Jahren mit Cuba vereinbart, den Rohstoff Beclomethason dorthin zu liefern, damit davon in cubanischen Labors und Fabriken das wirksame Asthma-Medikament gleichen Namens hergestellt werden kann.

Innerhalb einer groß angelegten Spendenkampagne haben viele Freunde z. T. viel Geld dafür gegeben. Wir haben davon den Rohstoff gekauft und zwei Mal eine Lieferung nach Cuba gebracht.

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der Rohstoff in dieser Form nicht zur Herstellung von Sprays geeignet ist und schließlich einer anderen Nutzung zugeführt wurde. Durch die Erprobungsphase, die man auf Grund der Neueinführung dieses Medikaments zwecks richtiger Dosierung und Wirkungsweise im Asthma-Zentrum und auch

darüber hinaus gestartet hatte, zeigte sich, wie wichtig dieses Medikament für die asthma-geplagte Bevölkerung Cubas war.

Daraufhin beschloss Cuba, Beclomethason in die offizielle Medikamentenliste aufzunehmen.

Ihr werdet euch sicher fragen, warum wir denn dann den anderen Beclomethason-Rohstoff nicht liefern.

Zum ersten könnten wir ihn nicht selbst besorgen. Es handelt sich offensichtlich um ein US-Patent und wir könnten ihn selbst nicht erwerben.

Aber das ist nicht der entscheidende Punkt.

„Noch nie hat die Regierung für einen einzigen Rohstoff so viel Geld ausgegeben“, sagte uns Ramiro Ledesma, der Technische Direktor der Fabrik, die das Asthma-Spray herstellt.

1 Million \$ hat Cuba für 10 kg Beclomethason Dipropionat in Freon gelöst bezahlt, so wichtig schätzt man dieses Medikament ein.

Diese Summe sprengt dann doch unseren bescheidenen Rahmen. Selbst wenn wir nur 1 kg davon übernehmen würden, müssten wir die stolze Summe von über 100.000 € pro Jahr aufbringen. Den Rohstoff in Gramm-einheiten zu finanzieren, kann man nicht ernsthaft in Erwägung ziehen, es wurde auch

von cubanischer Seite nicht vorgeschlagen.

Was machen wir mit den auf dem Spendenkonto ruhenden Geld? Auf der Grundlage unserer finanziellen Möglichkeiten hat uns die cubanische Seite vorgeschlagen, doch einen weniger teuren Rohstoff für ein anderes Medikament zu liefern, das man dann in Cuba herstellen könnte. Von den zwei Vorschlägen, die man uns machte, haben wir uns für Aciclovir entschieden. Davon würde Cuba 100 kg jährlich benötigen. Das Medikament wird hauptsächlich für Patienten, die an Aids und anderen Krankheiten des Immunsystems leiden, benötigt.

Wir sehen dies als die zufriedenstellendste Lösung des Problems an. So kommt das Geld zwar nicht den Asthma-Patienten zugute, aber wir ermöglichen weiterhin durch die Bereitstellung eines Rohstoffs die Medikamentenherstellung im Land. Und ob schließlich Patienten mit Asthma oder mit Immunschwäche geholfen wird, ist sicher letztendlich nicht so entscheidend.

Wir bedauern natürlich, dass das Spendengeld nicht dem Zweck zugeführt werden kann, zu dem es ursprünglich gedacht war. Wir hoffen aber, dass ihr auch dieses neue Projekt weiterhin unterstützen werdet.

R. Fausten

kultur

Son · Salsa · Merengue · Mambo · Bolero · Cha-Cha-Cha
Cubanische Nacht

mit **SONOC DE LAS TUNAS**

Live aus Cuba auf ihrer Europa-Tournee 2002

Samstag, 27.7.2002 - 20.00 Uhr

im Hof des AKW, Frankfurter Str. 87, Würzburg

Danach von 23.30 - 3.00 Uhr: Karibische Disco mit DJ Yohan



„Sonoc de Las Tunas“ wurde 1993 von dem Bassisten Gilberto Portilla Sánchez auf Cuba in der Provinzhauptstadt Las Tunas im Herzen des „Oriente“ gegründet. In dieser Region Cubas gehören Musik, Tanz und Gesang ebenso zum alltäglichen Leben wie Essen und Trinken.

Gilberto Portilla Sánchez, von Haus aus Dozent für Anglistik, hat sich seit nunmehr fast zehn Jahren ganz der Musik seiner Heimat verschrieben. Er hat „Sonoc de Las Tunas“ im Laufe dieser Zeit zu einem achtköpfigen Ensemble auf- und ausgebaut, das durch seine Innovationen, Experimentierfreudigkeit und außergewöhnlichen Vokalarrangements besticht. Das Ensemble greift dabei die musikalischen Wurzeln seiner Heimat auf und interpretiert diese auf moderne Weise.

Besetzung: Gilberto Portilla Sánchez (Bassist und Leiter der Band); Ernesto Thompson (Gitarre und Arrangements); Julio C. Carballosa (Saxophon, Querflöte, Gesang); Gilberto José Portilla (Percussion); Manuel Larramendy (Percussion und Gesang); Omar Briñones (Piano, Gitarre und Gesang); Edisney Portales (Lead Vocals); Raul Alberto Castillo (Gesang und Gitarre)

Kartenvorverkauf: Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23-25, Würzburg

Vorverkauf: 12,- € Abendkasse: 14,- €. Bei schlechtem Wetter findet das Konzert im Saal statt
Die Cubanische Nacht ist ein Solidaritätsfest der Cubasolidarität Würzburg e.V. Der Erlös fließt in Solarprojekte in Cuba (Ausstattung von Ärztehäusern in entlegenen Bergregionen mit Solarenergie). Spendenkonto-Nr.: 1182228700 bei SEB Würzburg; BLZ: 790 101 11

Die Cubasolidarität trifft sich jeden 1. & 3. Mittwoch im Monat um 20.00 Uhr im AKW

Weitere Informationen bei: Michael Meyer, Tel.: 0931-56323;

E-mail: cubasoli@onlinehome.de oder: www.cuba-solidaritaet-wuerzburg.de



XXII. Festival der Karibik, Fiesta del Fuego
03.07.-09.07.2002

CUBADANZA
5.-16.8.2002

XVIII. Internationales Ballett-Festival in Havanna
19.10.-28.10.2002

VIII. Biennale in Havanna
01.11.2002 - 10.01.2003

Int. Festival des neuen lateinamerikanischen Filmes
03.12.-13.12.2002

Internationales Jazz-Festival/Plaza
13.12.-17.12.2002

Weitere Infos über Messen und Veranstaltungen unter:

www.buroconv.cubaweb.cu

Die kubanische Kulturabteilung

unter: Stavangerstr. 20; 10439

Berlin, 030-44732800; 030-

9164533. mailto:culturacuba-

berlin@t-online.de

Fiesta Cubana in Köln

Große Fiesta Cubana am Freitag den 28. Juni 2002 im Großen Saal des Bürgerzentrums Köln-Ehrenfeld, Venloer Str. 429, Einlass ab 20 Uhr.

mit Raices Cubanas. Salsa, Son und klassische Trova live und original aus Cuba. Die Gruppe spielt die schönsten Klassiker der großen Meister kubanischer Musik. Ihr Frontmann „Fino“ Verdecia kennt die raices cubanas, die kubanischen Wurzeln aus seiner nun schon 50jährigen professionellen Laufbahn. Heute 70-jährig spielte er schon in den 50-er Jahren in und mit Gruppen wie z.B. „Los Compadres“, in der auch Compay Segundo (Buena Vista Social Club) bekannt wurde. Ein Leckerbissen kubanischer Musik (nicht nur) für alle Tanzbegeisterten.

Cubanisches Wochenende in Stuttgart

Am 5. und 6. Juli 2002 organisiert die FG-Gruppe Stuttgart zusammen mit dem Buchladen CLU ein cubanisches Wochenende. Es beginnt am Freitag, den 5.7. gegen 21 Uhr mit einer zünftigen Fiesta Cubana, wobei die Gruppe Pinar-Son traditionelle cubanische Musik wie Son, Rumba, Guajira, Merengue und Cha-Cha-Cha spielen wird. Eintritt: 15.- / 10.- Euros Nähere Infos: 0711-534022

Am Samstag, den 6. 7. werden Texte von Nicolás Guillén gelesen: eine „Hommage á Nicolás Guillén“, dem Vater des „Afrocubanismo“ und des „Son“ - dem Tanzgesang der Farbigen. Anlässlich seines hundertsten Geburtstages hat Claudio Sperandio sein Werk „West Indies Ltd.“ ins Deutsche übersetzt. In dem Stück werden politische Verhältnisse zum Tanz gebracht. Der cubanische Maler Jaime

Makinde hat den Text illustriert. Er wird ihn in seiner Heimatsprache lesen. Parallel wird auf Deutsch vorgetragen.

Beide Veranstaltungen finden im Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1, 70186 Stuttgart statt.

Cuba, ein Stück Erde

Auf allen Seiten umschlossen:

Durch das Meer und

Durch die Poesie von Nicolás Guillén.

Die Rumgläser, die Dattelpalmen

Und die schwingenden Hüften,

die Stürme und die Geschichten

mit dem herben Geschmack

der salzigen blauen Gischt der Antillen

- sie verbreiten einen Traum von

feinstem Silber und Silvesterglöckchen.

Der Son, die Sonidos,

die Nicolás Guillén mit dem Blut vererbt

wurden, oder die ihm sein ruheloses Herz

schenkt,

machen ihn zum Beherrscher der Lieder

des Volkes.

Pablo Neruda

Havanna ist eine ziemlich große Stadt



Fünfzehn Kurzgeschichten von Mirta Yáñez vereint der Band „Havanna ist eine ziemlich große Stadt“. Die Autorin, 1947 in Havanna geboren, ist in Kuba nicht nur als Schriftstellerin bekannt. Als Literaturwissenschaftlerin und Hochschullehrerin sind ihr auch feministische Studien

zu lateinamerikanischer und kubanischer Literatur zu verdanken. Durch dieses Engagement leistete sie einen wichtigen Beitrag dazu, dass kubanische Autorinnen in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Die vorliegenden Erzählungen eröffnen den LeserInnen ein breites Spektrum kubanischen Lebens und kubanischer Geschichte. Anhand von ProtagonistInnen, deren Wurzeln nach Haiti, Galizien oder China reichen, zeigen sie Kubas vielfältige historische Verflechtungen mit der Welt und werfen ein Licht auf die historisch gewachsene Zusammensetzung der kubanischen Bevölkerung. Heutige Verbindungen erschließen sich in den Geschichten über kurz- oder langfristig in anderen Ländern verweilende KubanerInnen. Darin zeigt sich eine Nähe zum Ansatz der kubanischen Kulturwissenschaft von nur einer kubanischen Kultur - ohne die Einteilungen afrokubanisch etc. - als eine eigenständige, aus vielen Wurzeln gewachsene zu sprechen. Dieser Aufhebung der Trennung nach Herkunft entspricht der Ansatz von Yáñez auch für die Gegenwart keine Trennungen vorzunehmen, sondern von einer einzigen kubanischen Lite-

ratur zu sprechen, die die Trennung von ‚drinnen‘ und ‚draußen‘ aufhebt.

In vielen der Geschichten führt uns die Ich-Erzählerin in die Gedankenwelt von Kindern und Jugendlichen, die sie in der Erzählung „Abgehauen“ auch versucht sprachlich einzufangen. Sprunghaft, ohne Punkt und Komma, erzählt darin die neunjährige Soniá von ihrem gescheiterten Versuch ein Leben als Piratin zu beginnen. Dass auch der geglückte Ausbruch nicht zwangsläufig das Erträumte bringen muss, zeigt Yáñez in der Erzählung „Der blinde Büffel“. Die Diskrepanz zwischen Traum und Realität, aber auch die unterschiedlichen Wahrnehmungen von Realität, ziehen sich wie ein roter Faden durch viele der Geschichten. Ihren Ausdruck finden sie oft im Aufeinandertreffen der kindlichen mit der Erwachsenenwelt. Sei es in der anderen Sicht des Kindes auf die Vorgänge während der Revolution, wie in „Havanna ist eine große Stadt“, das die ‚wahren‘ Zusammenhänge nicht begreift, sondern in einer eigenständigen Bildwelt lebt, oder in den daraus resultierenden Konflikten. Das Leben in einer anderen Bildwelt, in der eigenen Illusion, ist bei Yáñez jedoch nicht den Kindern vorbehalten. Die selbstgeschaffene Welt erscheint dabei oft als die glücklichere, da sie sich dem Vergleich von Traum und Realität nicht stellen muss. Aufgrund der Tatsache, dass dieser Vergleich fast immer und überall enttäuschte Erwartungen hervorbringt, ist die Interpretation im Vorwort, dass sich in den Erzählungen die Enttäuschung über die kubanische Revolution ausdrücken würde, zu kurz gegriffen. Es engt den Blick zu sehr ein, was der Autorin nicht gerecht wird, allzumal gerade die von Yáñez häufig geschilderten Schwierigkeiten von Frauen beim Aufbruch oder bei der Teilhabe wahrlich nicht der kubanischen Revolution geschuldet sind.

Trotzdem die Traumwelt, wie in „Nicolás

Geheimnis“, eine gleichberechtigte Existenz neben der real existierenden Welt besitzt und damit das Problem aufgeworfen wird, wie Realitäten durch unterschiedliche Wahrnehmungen entstehen oder ob es überhaupt Sinn macht Abgrenzungen entlang der Linie Traum-Realität zu ziehen, und trotzdem die Enttäuschung als Begleiterscheinung des Aufbruchs nie auszuschließen ist, lässt Yáñez keinen Zweifel daran, dass der Aufbruch zwar schwierig, die Umsetzung der Illusion aber immer den Versuch wert ist. Die sich bei der Verwirklichung ergebenden Konflikte sind ein weiterer wichtiger Bestandteil der vorliegenden Erzählungen. Viele Geschichten spiegeln die Aufbruchsstimmung der Revolutionszeit wieder. Sie zeigen eine Zeit des Umbruchs, die gekennzeichnet ist durch die Vorstellung, dass alles möglich sei. Die beiden in Umbruchsituationen existierenden Seiten, der Wille zum Aufbruch und das Moment des Verharrens, finden dabei ihre Personifizierung häufig im Konflikt der jugendlichen ProtagonistInnen mit den Eltern. Im beschriebenen Aufbruch der Jungen, vor allem der Frauen, lassen sich, wie in „Wir Schwarzen trinken alle Kaffee“, autobiographische Hintergründe vermuten. Ob es sich tatsächlich so verhält, ist jedoch zweitrangig, da sich darin die Erfahrungen einer ganzen Generation ausdrücken. So zeigt zum Beispiel die Auseinandersetzung der jugendlichen Ich-Erzählerin in „Wir Schwarzen trinken alle Kaffee“ mit ihrer Mutter, um die Erlaubnis sich einer Brigade zur Kaffee-Ernte anschließen zu dürfen, viele Ähnlichkeiten mit den von der Schauspielerin Mirta Ibarra vor einigen Jahren bei einem Podiumsgespräch in Augsburg geschilderten Stimmungen und Konflikten nach dem Sieg der Revolution. Wobei der Kampf um Teilhabe am Neuanfang, wie Yáñez deutlich zeigt, immer auch geschlechtsspezifische Züge trägt.

Im Ganzen ist das Buch „Havanna ist eine ziemlich große Stadt“ haptisch und optisch ansprechend, liegt sowohl am Sofa als auch in der Badewanne gut in der Hand, ist wunderbar lesbar und lässt am Ende jeder Geschichte eine nachdenkliche, teilweise gerührte, erstaunte und mehr von dieser Autorin begehrende Leserin zurück.

Trotzdem „Havanna ist eine ziemlich große Stadt“ uneingeschränkt zur Lektüre empfohlen werden kann, weist der Band am Rande einige kleine Mankos auf, die jedoch nicht der Autorin, sondern dem Verlag geschuldet sind. So fehlt die Angabe, wann die einzelnen Geschichten geschrieben wurden. Die kubanischen Ausgaben, denen die

einzelnen Erzählungen entnommen wurden, werden zwar benannt, aber nimmt man dazu die Daten, die Martin Franzbach im Vorwort liefert, müssen einige Kurzgeschichten älter sein als die Sammelbände in denen sie veröffentlicht wurden. Die genaue Datierung der einzelnen Erzählungen wäre aus zwei Gründen sinnvoll. Zum einen wäre es interessant nachzuvollziehen aus welchem zeitlichen Abstand die vergangenen Zeiten geschildert werden, da bei aller künstlerischen Freiheit, sich die Sichtweise auf Zeiten, die selbst erlebt wurden, im Laufe der Zeit und mit sich verändernden Lebensumständen formt. Zum anderen ließen sich die von Franzbach im Vorwort kolportierten ‚enttäuschten Erwartungen der Revolution‘ wenigstens auf ver-

schiedene Phasen der kubanischen Entwicklung seit 1959 beziehen. Bezüglich dieses Vorworts sei noch empfohlen, es erst nach der Lektüre der Geschichten zu lesen, da es den Blick zu sehr einengt und den verschiedenen Ebenen der Erzählungen mit einer Eindimensionalität begegnet, die diesen nicht gerecht wird. Wer trotzdem vor der Lektüre mehr über die Autorin wissen will, dem sei die Kurzbiographie am Ende des Buches oder das Interview mit Mirta Yáñez in den Lateinamerika Nachrichten vom November 2001 empfohlen.

Karin Schrott

Mirta Yáñez, *Havanna ist eine ziemlich große Stadt*, Atlantik Verlag Bremen, 2001, ISBN 3-926529-29-6, 12,90 EUR

leserbriefe

★ Zum Thema „Handel mit Cuba“ erreichte uns eine Leserschrift, die wir gerne abdrucken:

Ich habe seit langer Zeit Eure Zeitung abonniert und lese die Artikel aufmerksam. Natürlich war ich schon vor Jahren auf einer Arbeitsbrigade, um auch vor Ort meine Solidarität zu Cuba und deren Politik zu unterstützen.

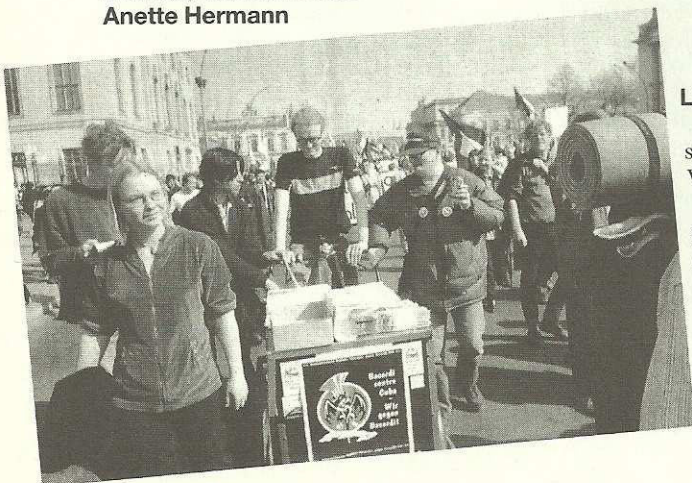
Jetzt lese ich im letzten Heft April/Mai 2002 zum Thema Handel mit Cuba zwischen Seile und Schnüre aus Naturfaser, CD, Früchten, Kunsthandwerk etc., usw. S. 31 ebenfalls so - auch Labortiere -. Das hat mich doch sehr befremdet, zumal jetzt endlich in Deutschland eine Änderung des Grundgesetzes ansteht, so dass Tiere endlich in unserer Gesellschaft nicht mehr als Sache vor dem Gesetz stehen, sondern als Lebewesen und Teil unseres Lebens und auch der Gesellschaft.

Ich erwarte natürlich, dass man sich über solche Artikel Gedanken macht und es nicht einfach darauf beruhen läßt. Als aufmerksame Leser Eurer Zeitung ist uns das natürlich sofort aufgefallen. Ich würde mich sehr freuen über eine Stellungnahme von Eurer Seite, was das denn heißen soll? Denn auch kleine Wirbeltiere haben Schmerzempfinden und es sollte nicht unnötig weiter gequält werden in unseren Laboren - egal wo.

Was mich auch ärgert ist, daß Ihr keinen Unterschied macht und Labortiere in einem Atemzug, zwischen anderen Produkten, nennt. Und dann kommt noch der letzte Satz in Euerem Artikel, wo direkter Kontakt des Handelsbüros von Cuba angeboten wird.

Abschließend will ich dazu nur sagen, man hat aus der Geschichte gelernt wie die Öffnung der DDR, daß es wenig bringt, einfach gedankenlos Dinge zu übernehmen. Viel wichtiger ist es doch, dass man aus Fehlern lernt, damit es weniger Ungerechtigkeit in unserer Welt gibt und für mich beginnt das im Alltag und im Hier und Jetzt und in großer Aufmerksamkeit, was um uns passiert.

Mit freundlichem Gruß
Anette Hermann



Liebe Anette Hermann,

Du wirfst mit deiner Kritik eine umstrittene Frage auf, die letztlich philosophische wie auch naturwissenschaftliche Aspekte berührt. Wir können deine Bedenken und Irritationen gut verstehen und es ist wirklich etwas daneben, Tiere wie Produkte als Handelsware aufzuzählen. Das hätten wir schon anders formulieren sollen. Andererseits ist es auch eine gerade von Tierschützern häufig recht emotional geführte Debatte, die dazu führt, jegliche Tierversuche abzulehnen.

Fakt ist, dass Tierversuche vordergründig nicht gerade als humanistisch zu bewerten sind, dennoch werden zukünftig trotz Verankerung im Grundgesetz auch in der BRD weiterhin Tierversuche stattfinden. Als humanistisch orientierte Menschen sind wir der Ansicht, dass diese Versuche, die mit Vergiftungen und dem langsamen Töten von Kreaturen unweigerlich verbunden sind, nur dort wo unbedingt notwendig, wissenschaftlich sinnvoll und verantwortungsbewusst, zur Entwicklung wichtiger Pharmazeutika die Leben retten sollen, eingesetzt werden dürfen. Nicht jedoch bei zweifelhaften Tests z.B. von Inhaltsstoffen kosmetischer Produkte, wie der fünfhundertsten Anti-Falten-Hautcreme.

Die cubanischen Tiere werden einzig und alleine für medizinische Laborzwecke angeboten, einsetzbar insbesondere in der Entwicklung und Produktion von Impfstoffen und in der Forschungsarbeit. Diese Tiere werden von einem Forschungsinstitut verkauft, das auch auf die Zucht von Labortieren spezialisiert ist. Der Handel mit Labortieren unterliegt mindestens ebenso wie in der BRD auch in Cuba strengen Vorschriften.

Cuba musste auf Grund der Blockade eine eigene, inzwischen sehr hochentwickelte pharmazeutische und Impfstoffindustrie entwickeln und dazu sind nach wissenschaftlicher Meinungslage diese Labortiere leider notwendig. Aber dank der so entwickelten Impfstoffe hat Cuba eben auch weltweit eine der geringsten Kindersterblichkeitsraten und auch die Lebenserwartung der Erwachsenen steigt kontinuierlich an

Die Redaktion

Liebe Companeros

gerade ist die große bundesweite Friedensdemo mit einem Konzert mit Konstantin Wecker zu Ende gegangen. Der SFB hat für die ARD u.a. live übertragen. Wir waren über 100 000 Menschen.

Und, was ich in der Bundesrepublik auf einer Demo noch nie gesehen habe, es gab einen riesigen Kuba-Block mit unzähligen Kubanischen Fahne, mit einem großen Transparent: ‚Stop the Blockade! Solidarität mit dem sozialistischen Cuba!‘ und mehreren hundert Personen.

Die Regionalgruppe Berlin und Brandenburg hat allein auf dem Karneval der Kulturen am Wochenende alle unsere Materialien an die Menschen gebracht und mit hauptsächlich dem Verkauf der „CL“ sage und schreibe 60 Euro eingenommen. Das Geld ist schon überwiesen worden.

Oli, Berlin

100 fragen + antworten

Wer von einer Cuba-Reise zurückkehrt und auch wer sich schon länger mit dem Land beschäftigt, hat viele Fragen. Zahlreiche Informationen und Fakten bietet ein kleines Büchlein aus Cuba von Carmen R. Alfonso Hernández, das auf 100 oft gestellte Fragen eine Sammlung von aufschlussreichen Antworten präsentiert. Die Cuba Libre wird nach und nach Teile daraus veröffentlichen, weil wir meinen, das es auch für unsere LeserInnen viel Interessantes beinhaltet.

Was Sie schon immer über Cuba wissen wollten ...

Was bedeuten die Fahne und das Wappen Cubas?



Die cubanische Fahne hat das Aussehen jener, welche Narciso López 1850 hisste, bei der Einfall in die Stadt Cárdenas. Während der ersten Periode des Krieges von 1868 - 1878 zog man eine Fahne auf, die derjenigen ähnelte, die Carlos Manuel de Cespedes in Yara am 10. Oktober 1868 hisste. Aber am 11. April 1969 beschloss die Abgeordnetenkammer der Republik unter Waffen die Übernahme des Banners von 1850 als offizielle Flagge Cubas.

Im Krieg von 1895 - 1898 wurde die Flagge weiterhin verwendet und bei der Konstituierung Cubas als von Spanien unabhängigen Staat wurde sie als Staatsflagge bestätigt. Die 1976 beschlossene sozialistische Verfassung legte auf der Flagge den Solidaritätsstern als eines der Staatssymbole fest.

Die drei blauen Streifen symbolisieren die drei Verwaltungseinheiten, in die Cuba in der Mitte des 19. Jahrhunderts eingeteilt war; das Rot des Dreiecks steht für das Blut, das vergossen wurde um die Unabhängigkeit zu erreichen und der weiße Stern die Erhabenheit und Reinheit der Ideale des Vaterlandes.

Das Wappenbild basiert gleichermaßen auf dem von den Aufständischen 1850 angenommenen; nach verschiedenen Änderungen hat es seine heutige Form erhalten. Im oberen Drittel wird Cuba als Schlüssel des Golfes symbolisiert. So pflegte man die Insel seit dem 16. Jahrhundert aufgrund ihrer strategischen Position zu nennen. Im Hintergrund erscheint die Hälfte einer Sonnenscheibe, die die Geburt eines neuen Staates symbolisiert.

Im Drittel unten rechts (vom Betrachter aus links) sind die drei obengenannten Landesteile vertreten. Das untere linke Drittel zeigt eine typisch cubanische Landschaft, die von einer Königspalme überragt wird. Das Wappen der Königspalme wird in der Verfassung als weiteres Staatssymbol festgelegt.

Was ist die cubanische Nationalhymne?

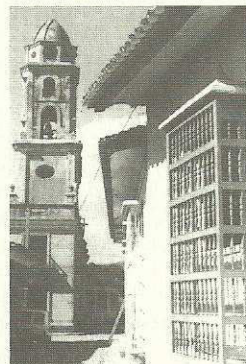
Die Nationalhymne wurde zum ersten Mal am 20. Oktober 1868 gesungen, zehn Tage nach dem Beginn des Unabhängigkeitskrieges.

Der Arzt und Musiker aus Bayamo, Pedro (Perucho) Figueredo hatte die Melodie ein Jahr vorher komponiert und sie in der Hauptpfarrkirche während der Fronleichnam-Feierlichkeiten zur Aufführung gebracht, ohne zu enthüllen, welche Bestimmung er der Hymne zugedacht hatte.

Als die Unabhängigkeitstruppen die Stadt Bayamo einnahmen und die Bevölkerung sich auf dem Hauptplatz versammelte, stimmte Perucho Figueredo im Sattel seines Pferdes sitzend, die Strophen der Nationalhymne an, die seit damals die Hymne von Bayamo heißt. Die zu diesem Anlass verfassten Strophen, die den offiziellen Text bilden, sind folgende:

Eilt zum Kampf Bayamesen,
dass das Vaterland stolz auf euch blickt,
fürchtet nicht einen ruhmreichen Tod,
denn für das Vaterland sterben heißt leben.
In Ketten zu leben, ist ein Leben
in Schimpf und Schande gleichermaßen,
Hört auf den Klang des Horns,
zu den Waffen, Ihr Tapferen, eilt!

Welches sind die Orte, die von der UNESCO zum Kulturerbe der Menschheit erklärt wurden?



Drei Areale des Landes sind von der UNESCO zum Kulturerbe der Menschheit erklärt worden: eine ist die Altstadt der Hauptstadt Havanna, ein anderes ist das Tal von San Luis, in der Nähe von Trinidad in der Provinz Sancti Spiritus und seit Kurzem die Festung von San Pedro de la Roca, besser bekannt als El Morro in Santiago de Cuba.

Gemeinsam mit der Stadt Trinidad ziemlich im Zentrum der Insel, bewahrt der als La Habana Vieja bekannte Stadtteil das koloniale Ambiente durch seine Bauwerke, die errichtet wurden zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert.

Es ist wie ein lebendiges Museum in dem fast hunderttausend Menschen leben. Seine Häuser sind versehen mit vergitterten Balkonen und Einfahrtstoren aus massivem Holz. Die Straßen sind eng und viele sind gepflastert. In La Habana Vieja gibt es zahlreiche Museen, Kirchen, Klöster, Festungsanlagen und attraktive Sehenswürdigkeiten für Einheimische und TouristenInnen. Berühmt ist die Kathedrale von Havanna, wo wie es heißt, die Gebeine von Christoph Columbus mehrere Jahre aufbewahrt wurden.

Das Tal von St. Luis ist auch als Valle de los Ingenios (Tal der Zuckersiedereien) bekannt. Seit dem 19. Jahrhundert wurden in dieser Gegend mehr als fünfzig Zuckerfabriken gebaut, von denen immer noch Reste überdauert haben. Das hatte die Stadt zu

einer der reichsten Städte des Landes gemacht.

Unter deren Bauten ragt der Torre de Iznaga hervor, ein Bild, das in der Welt Verbreitung als Symbol für Trinidad gefunden hat. Dieser Turm wurde auf Anweisung des Grundbesitzers Iznaga errichtet, um von hier aus die Arbeit seiner Sklaven auf den ihm gehörenden Gütern zu überwachen. Die Legende erzählt, dass einer der hiesigen Grundbesitzer so viele Reichtümer besaß, dass er den Boden seines Palastes mit Münzen in Form von Mosaiken bedecken wollte. Die spanischen Behörden jedoch warnten ihn, dass sie dies nur zulassen würden, wenn er sie senkrecht aufstellte, damit die Leute nicht das Bild des Königs oder das spanische Wappen mit Füßen treten würden. Der reiche Eigentümer z. B. musste selbstverständlich seine Vorschläge zurückziehen.

Anfang 1998 wurde in der italienischen Stadt Neapel die Burg von San Pedro de la Roca, die bekannter ist, als El Morro in Santiago de Cuba, in die Liste der Orte aufgenommen, die zum Weltkulturerbe gehören.

El Morro wurde zusammen mit La Socapa und La Estrella berücksichtigt, die Bestandteile des Verteidigungssystems der Bucht von Santiago sind. Sie bilden das größte und vollendetste Beispiel des Militäringenieurwesens der europäischen Renaissance, angewandt auf die Bedingungen in der Karibik durch eine Kolonialmacht. Man hat bei der Entscheidung der UNESCO den Erhaltungszustand der Anlagen gleichermaßen berücksichtigt. Deren Verfallsprozess hatte sich gesteigert in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und in der ganzen ersten Hälfte des vergangenen. Er konnte umgekehrt werden durch die konsequente Politik der Erhaltung und des Schutzes der ererbten Werte, die durch den Staat trotz der ökonomischen Einschränkungen durchgeführt wurde.

Dieser legendäre Wachposten wurde gebaut von 1638 bis 1643 durch den berühmten italienischen Militäringenieur Juan Bautista Antonelli, der auch El Morro in Havanna geschaffen hatte. Es ist ein Bauwerk aus Bruchstein, das ein Areal von 9,5 km² umfasst und sich über fünf Ebenen terrassenförmig zum Meer hin öffnet und zur Einfahrt in die Bucht.

Gegenwärtig befindet sich in El Morro in Santiago de Cuba das Piraterie-Museum und zu den zukünftigen Projekten zählt die Realisierung einer funktionalen Integration des Platzes und seiner Wehranlagen: ein historisch-kultureller Park, ein historisch-archeologischer Park, die Sanierung des Cayo Smith (Cayo Granma) und die Erhaltung und Restaurierung der Festung La Estrella.



Cuba-kurz

UruguayerInnen brechen Beziehungen zu Cuba nicht ab

(Montevideo, poonal).- Auch wenn die Regierung Jorge Battles es tat, ist die öffentliche Meinung in Uruguay eine Andere. Nach einer von der Tageszeitung „El diario“ veröffentlichten Umfrage sind 40 Prozent der Uruguayer nicht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Cuba einverstanden. 35 Prozent würden eine weniger drastische Maßnahme bevorzugen. Lediglich 8 Prozent der Befragten unterstützten die Haltung der Regierung.

Bereits vorher hatte eine andere Umfrage gezeigt, dass 65 Prozent der Bevölkerung das Votum Uruguays gegen Cuba in der UNO ablehnen, mit dem Vertreter des Staates bei der Genfer Menschenrechtskommission im April gegen die Karibikinsel Front gemacht haben. Nach Angaben des Unternehmens People's Tendencies „teilt die Mehrheit der Uruguayer die Entscheidung für einen Bruch mit Cuba nicht“. People's Tendencies differenziert weiter, dass die Befragten der betreffenden Gruppen kritische Ansichten gegen die Entscheidung der Regierung äußerten.

„Die UruguayerInnen identifizieren sich zunehmend mit einem Land, das ihnen klein und arm wie das Ihrige erscheint und halten den Weg des Streits und Bruchs für unangemessen.“

Immer mehr Cubanerinnen arbeiten als bezahlte Haushaltshilfen

Von Dixie Edith

(Havanna, poonal). Wegen des materiellen Mangels und auch sozioökonomischer Veränderungen wird die Hausarbeit ganz allmählich wieder eine Option für cubanische Frauen, die Arbeit suchen. Dabei geht es nicht um Haushaltsarbeiten im eigenen Zuhause, die in offiziellen Dokumenten „Hausarbeit“ genannt werden, sondern um die „entlohnte Beschäftigung im Haushalt“, wie die Definition einiger Fachleute lautet. Tamara Valdés, die einen Universitätsabschluss hat, erzählte, wie sie in den schwierigsten Jahren der 1990 beginnenden Wirtschaftskrise ihre Arbeit aufgab, um als Angestellte in einem Haushalt zu arbeiten, in dem sie in nordamerikanischen Devisen bezahlt wurde. Heute ist sie wieder in ihrem Beruf beschäftigt, aber ihr Fall ist eher die Ausnahme.

Man schätzt, dass in Folge der Wirtschaftskrise die Zahl dieser Hausarbeiterinnen im Land wächst. So begann die 18jährige Amarilis Labrada, die über einen mittleren Abschluss in Kühltechnik verfügt, erst im neuen Jahrtausend, gegen Bezahlung im Haushalt zu arbeiten. „Ich habe studiert, weil meine Eltern mich gezwungen haben, aber es gefällt mir nicht. Ich putze lieber, weil ich so meine Unkosten bezahlen kann, ohne von jemandem abhängig zu sein. Stell dir vor, ich verdiene in den zwei Häusern, in denen ich arbeite, mehr als meine Mutter und mein Vater zusammen“, sagt Amarilis. In jedem der besser gestellten Haushalte, in denen sie arbeitet, bezahlt man ihr zehn Dollar monatlich. Zusätzlich kann sie noch etwas verdienen, indem sie Wäsche mit nach Hause nimmt und dort wäscht. Hier hat sie ein garantiertes Monatseinkommen von 520 Pesos (20 US-Dollar). In ihrem Beruf würde sie 245 Pesos verdienen; das Durchschnittseinkommen in Cuba beträgt etwa 307 Pesos.

Es gibt keine Statistiken und keine veröffentlichten Daten über die bezahlte Hausarbeit. Sie zählt auch nicht zu den Tätigkeiten und Berufen, die mit Erlaubnis der Regierung auf eigene Rechnung

betrieben werden können.

Aber eine noch laufende Untersuchung der Soziologischen Fakultät der Universität Havanna, die die Lebensgeschichten von 15 jungen Frauen zwischen 18 und 30 Jahren aufgenommen hat, zeigt, dass sie ein wichtiger Teil des Arbeitsmarkts in Cuba ist. Die Hausangestellten finden ihre Arbeit normalerweise in der nahen Umgebung ihres Wohnortes, durch Empfehlungen, bei gut bekannten Nachbarn und manchmal bei Angehörigen mit höherem Einkommen. Während einige Frauen nur am Wochenende putzen und sonst studieren, beziehen andere ihr ganzes Einkommen aus dieser Arbeit. Die Bezahlung variiert von einem Minimum von 100 cubanischen Pesos für ein oder zwei Mal pro Woche putzen bis zu einem Maximum von 15 oder 20 Dollar, wenn die Frauen während der Woche mehrere Aufgaben erledigen.

In den cubanischen Familien waren die Frauen ohne Zweifel am meisten von der Krise betroffen und fanden die kreativsten Lösungen. Viele entschlossen sich, kleine Geschäfte zu eröffnen. Die Jüngeren erlernten Berufe, die Geld bringen oder die Arbeit im Ausland möglich machen, wie EDV oder Sprachen sowie einige traditionelle Berufe. Andere Frauen kehrten wegen des Abbaus staatlicher Arbeitsplätze in den Haushalt zurück und suchten andere Formen, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Nach Forschungen der Abteilung für Familie des Zentrums für psychologische und soziologische Studien (CIPS), einer Forschungseinrichtung der Regierung, kehrten in den Neunzigerjahren und auch heute viele ältere Frauen - auch über 80jährige - in die traditionellen Berufe ihrer Jugend oder ihrer Vorfahren zurück. Nach dem Zensus von 1953 waren 63,5 Prozent aller für Lohn arbeitenden Frauen privat angestellte Arbeiterinnen - in ihrer Mehrzahl Hausangestellte. Die meisten von ihnen putzen, bügeln, waschen und - seltener - kochen gegen Bezahlung in fremden Haushalten.

Vorteile für Kooperativen in Cuba

Michel Gonzalez Nuvez

Ein neuer Gesetzesentwurf für die Kooperativen, nach dem deren Mitglieder in den Genuss von 75 Prozent des Gewinns kämen, steht bei den Bauern, denen aus den neuen Maßnahmen der größte Vorteil erwächst, zur Debatte. Der Vorschlag, der sich in der Beratungsphase befindet, wird im Juli der Nationalversammlung der Poder Popular zur Abstimmung vorgelegt und stellt eine Abänderung des Gesetzes 36 von 1982 dar.

„Nach 20 Jahren Gültigkeit wird es nun notwendig, einige Konzepte abzuändern“, erklärte Orlando Lugo Fonte, der Vorsitzende des Nationalen Kleinbauernverbandes (ANAP), in einem Gespräch mit Granma Internacional. „Das Gesetz 36 definiert, was Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (CPA) und Kredit- und Dienstleistungsgenossenschaft (CCS) sind. Der neue Vorschlag ist sowohl für die CPA als auch für die CCS konkreter und räumt dem CPA-Vorsitzenden mehr Vollmachten ein. Der Vorsitzende ist demzufolge die höchste Autorität im Vorstand“, fügte er an.

„In dem Entwurf wird die CCS als eine Wirtschafts- und Handelsorganisation und als juristische Person definiert. Sie wird als Arbeitgeber angesehen und ist berechtigt Arbeitskräfte einzustellen und ermöglicht den Arbeitern auf Wunsch den Beitritt zur ANAP, auch wenn sie keinen Grund und Boden besitzen. „In Bezug auf die Gewinnaufteilung steht den CPA jetzt 75 Prozent des Gewinns,



anstelle der bisher 50 Prozent, zu. Außerdem legen sie 10 Prozent des CPA-Kapitals in einem Konto an, womit im Falle einer Katastrophe der Staat nicht voll für den Schaden aufzukommen hat.

Das Dokument unterscheidet die Rechte am Gewinn nach den Jahren der Zugehörigkeit eines CPA-Mitglieds, dessen Beteiligung fortschreitend zunehmen kann. Als eine strittige, aber sehr wichtige Angelegenheit wird in diesen gesetzlichen Abänderungen für die Bauernschaft die Möglichkeit der Auflösung einer CPA aufgenommen, auch wenn die Mitglieder nicht damit einverstanden sind. Dieser Fall könnte natürlich nur eintreten, wenn der Staat ein besonderes Interesse daran hat oder wenn die CPA wirtschaftlich unrentabel ist.

Der neue Gesetzesvorschlag stellt für die CCS eine unglaubliche Konsolidierung dar. Dazu Lugo Fonte: „Die Ziele dieser Kooperativen werden in Übereinstimmung mit der Konsolidierung dieser Kooperativen in den letzten Jahre weiter gesteckt. Sie werden über einen Kollektivfonds, der aus den Beiträgen der Mitglieder gebildet wird, verfügen. Die CCS können Boden, Einrichtungen und Güter zum kollektiven Nutzen in Nießbrauch erhalten. „Wichtig ist noch, dass die CCS nun auch Produktionsverträge mit ihren Bauern abschließen können, was bisher dem Staat vorbehalten war, und sie übernehmen auch die Vermarktung.

Und letztendlich sind sie mit dem Betriebskonto in der Lage, ihren Mitgliedern wirtschaftlich zu helfen und den Bau von Sozialeinrichtungen in der Gemeinde zu unterstützen.“ Die Diskussionen um Fragen zum Boden und zu seiner Bearbeitung werden sich in diesem Vorschlag kristallisieren, der zweifellos dazu bestimmt ist, das Leben der Bauern zu verbessern. Völlig im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen das Leben der Ärmsten mit der Perspektive der amerikanischen Freihandelszone ALCA verschlechtert wird. Der Vorsitzende der ANAP nannte diese „ein neues AIDS für die Armen in Lateinamerika“. „Die cubanischen Bauern erarbeiten ihre Gesetze selbst und legen sie dem Parlament vor. Wir wissen nicht, ob es das auch noch woanders auf der Welt gibt. Darin liegt der Unterschied zwischen den cubanischen und anderen lateinamerikanischen Bauern.“

Michel González studiert Journalistik an der Universität Havanna.

Cuba will Sozialismus für immer festschreiben

Als Antwort auf die jüngsten Reformforderungen von US-Präsident Bush will Cuba den Sozialismus für alle Zeiten festschreiben. Dem Volkskongress soll bei seiner nächsten Sitzung ein Entwurf vorgelegt werden, welcher die jetzige Gesellschaftsordnung für „unantastbar“ erklärt.

Am 1. Juni 02 versammelten sich trotz strömenden Regens 400.000 Menschen in Holguin, ca. 800 km östlich von Havanna, als Fidel u.a. sagte, dass die Revolution auf Cuba mehr EigentümerInnen geschaffen habe als mehrere Jahrhunderte Kapitalismus.

Cuba werde sich dem Druck aus Washington nicht beugen und am Sozialismus festhalten. Zur Bekräftigung dieser Worte waren am 12. Juni, einem Mittwoch, sogar Millionen Menschen in allen Orten Cubas auf der Straße zu Kundgebungen und Demonstrationen.

(Gesetzesinitiative siehe S. 24)



Jugendliche, StudentInnen, ArbeiterInnen, RentnerInnen, SoldatInnen... das ganze Volk folgte dem Aufruf zur Demonstration.

Carter berichtet Bush persönlich von seiner Cuba-Reise

Einige Tage nach der in den USA höchst umstrittenen Cuba-Reise von Expräsident Jimmy Carter hat US-Präsident George W. Bush seinen Vorgänger getroffen. Carter hat Bush privat von seiner Reise berichtet, Bush hatte erst am Vortag die Forderung Carters nach Beendigung des vierzig Jahre andauernden Wirtschaftsembargos gegen Cuba abgelehnt.

In der US-Presse räumte Mr. Carter allerdings ein, er habe den cubanischen Staatschef Fidel Castro nicht von einer „Öffnung seines geschlossenen politischen und wirtschaftlichen Systems überzeugen“ können, wie er es für möglich gehalten hätte. Carter war der ranghöchste Vertreter der Vereinigten Staaten, der Cuba seit der Revolution von 1959 besuchte.

Absender/Absenderin

Straße und Hausnummer oder Postfach

Postleitzahl Ort

Bitte freimachen

Postkarte

Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA

Zülpicher Str. 7

50674 Köln

Ich möchte:



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.
Zülpicher Str. 7, 50674 Köln
Tel./Fax: 0221-2405120
info@fgbrdkuba.de, www.fgbrdkuba.de

- Informationsmaterial über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.
- Mitglied in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. werden
- die Zeitschrift CUBA LIBRE abonnieren
- Informationen über die Spendenprojekte
- Informationen über das Reiseprogramm nach Kuba

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum: Unterschrift:

**CUBA
LIBRE**